

# CHANCEN NUTZEN

**WAHLPROGRAMM DER CDU KÖLN  
ZUR KOMMUNALWAHL 2014**

**CDU**



# Inhalt

VORWORT.....	7
1 WIRTSCHAFTLICHE BASIS STÄRKEN, SOZIALE ERRUNGENSCHAFTEN BEWAHREN .....	10
1.1 Finanzen .....	10
1.1.1 In den Wirtschaftsstandort investieren.....	10
1.1.2 Verwaltungsstrukturen und -prozesse modernisieren.....	11
1.1.3 Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sichern und optimieren.....	12
1.1.4 Für mehr Generationengerechtigkeit bei den Ausgaben sorgen .....	12
1.1.5 Bürger stärker in die Ausgabenverteilung einbinden.....	13
1.1.6 Stärkere Förderung des regionalen Finanzausgleichs .....	13
1.2 Unternehmen und Arbeit .....	14
1.2.1 Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern .....	15
1.2.2 Wirtschaftsförderung stärken .....	17
1.2.3 Stadtmarketing neu aufbauen.....	18
1.2.4 Wirtschaft und Wissenschaft besser vernetzen .....	19
1.2.5 Arbeit in Köln .....	20
1.2.6 Einzelhandel in seinem Wachstum unterstützen .....	20
1.2.7 Flughafen Köln/Bonn .....	21
1.2.8 Metropolregion voranbringen.....	21
1.3 Sozialpolitik für Köln .....	22
1.3.1 Förderung der Selbsthilfe .....	22
1.3.2 Stärkung des Wohnungsbaus .....	23
1.3.3 Politik für Senioren .....	24
1.3.4 Soziale Unterstützung.....	25
1.3.5 Umgang mit Flüchtlingen .....	25
1.4 Gesundheitspolitik für Köln .....	26
1.4.1 Gesundheitsorientierte Angebote für Kinder und Jugendliche.....	27
1.4.2 Frühe Hilfen (Gesundheits- und Jugendhilfe).....	27
1.4.3 Gesundheit im Alter.....	27
1.4.4 Suchterkrankungen und psychische Krankheiten .....	29
1.4.5 Infektionsschutz.....	29
1.4.6 Kommunale Planung muss Gesundheit im Fokus haben .....	29
1.4.7 Verbraucherschutz wird großgeschrieben .....	30
1.4.8 Modernes Rettungswesen.....	30
1.4.9 Krankenhausversorgung sichern .....	30

1.4.10	Gesundheitswirtschaft stärken.....	30
2	FÜR DIE GROßSTADTGESELLSCHAFT, LEBENSQUALITÄT VERBESSERN .....	32
2.1	Familien .....	32
2.1.1	Familienfreundliches Wohnen .....	32
2.1.2	Kinderbetreuungsangebot ausbauen.....	34
2.1.3	Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter fördern .....	35
2.2	Kinder und Jugend.....	35
2.2.1	Partizipation .....	36
2.2.2	Teilhabe am Kultur- und Freizeitangebot.....	36
2.2.3	Jugendzentren .....	36
2.2.4	Junge Bedürfnisse im ÖPNV und Straßenverkehr berücksichtigen.....	37
2.2.5	Kinderfreundlichkeit .....	37
2.3	Frauen.....	38
2.3.1	Förderung von Frauen .....	38
2.3.2	Leben mit einem Gefühl der Sicherheit.....	38
2.3.3	Integration von Frauen und Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte .....	38
2.3.4	Keine Akzeptanz der Zwangsprostitution in unserer Stadt .....	40
2.4	Senioren.....	40
2.4.1	Demografischer Wandel in Köln.....	40
2.4.2	Wir gestalten Köln für und mit älteren Menschen.....	41
2.4.3	Altersgerechtes Wohnen.....	41
2.4.4	Kontaktarmut und Einsamkeit vorbeugen .....	42
2.4.5	Häusliche, ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfsangebote .....	43
2.5	Politik für Menschen mit Behinderungen, Teilhabe erleichtern .....	43
2.6	Campus.....	44
2.6.1	Ein Campus zum Wohlfühlen .....	44
2.6.2	Hochschulen zur Standortstärkung bewerben.....	45
2.6.3	Campus modernisieren und ausbauen.....	45
2.6.4	Mehr Wohnraum für Studenten .....	46
2.7	Bildung.....	46
2.7.1	Vielfältiges und wohnortnahes Schulsystem.....	46
2.7.2	Frühe Förderung der Kinder .....	48
2.7.3	Ausbau schulischer Ganztagsangebote .....	48
2.7.4	Kindeswohl-orientierte Inklusion .....	49
2.7.5	Stärkung des dualen Ausbildungssystems.....	50
2.7.6	Weiterbildung.....	50

2.8	Integration .....	50
2.8.1	Integration durch Förderung von Sprache und Bildung .....	51
2.8.2	Die älteren Generationen .....	53
2.8.3	Umgang mit EU-Bürgern.....	53
2.8.4	Integration durch Sport .....	53
2.8.5	Interessenvertretung der Migrantenverbände .....	54
2.9	Vertriebene und Aussiedler.....	54
2.10	Bürgergesellschaft .....	55
2.11	Diversity.....	55
3	INFRASTRUKTUR BEWAHREN, IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN .....	57
3.1	Verkehr .....	57
3.1.1	Mobilität bedeutet Bewegung .....	57
3.1.2	Weg mit dem Schilderwald.....	59
3.1.3	Sicher geht vor.....	59
3.1.4	ÖPNV .....	60
3.1.5	Parken in Köln.....	61
3.1.6	Hauptbahnhof und Köln-Messe/Deutz stärken.....	62
3.1.7	Fernbuslinien und Busbahnhof.....	62
3.1.8	Umweltschutz.....	63
3.1.9	Baustellenmanagement .....	63
3.1.10	Infrastrukturfinanzierung .....	64
3.2	Planen und Bauen.....	64
3.2.1	Nachhaltige Stadtentwicklung.....	64
3.2.2	Masterplan für die Gesamtstadt .....	65
3.2.3	Nachhaltiges Flächenmanagement .....	65
3.2.4	Gewerbeflächenentwicklung.....	66
3.2.5	Barrierefreie Stadtentwicklung .....	67
3.2.6	Gesicherte Nahversorgung revitalisiert die Stadtteile .....	67
3.2.7	Städtebauliche Qualitäten sichern .....	68
3.3	Medien und IT/Digitale Wirtschaft.....	69
3.3.1	Infrastruktur .....	69
3.3.2	Neue Medien .....	70
3.3.3	Film und Fernsehen .....	71
3.3.4	Internationalisierung der Medienwirtschaft in Köln .....	71
3.3.5	Arbeitsmarkt und Nachwuchsförderung .....	72
3.3.6	Standortfaktor Medienrecht .....	72

4	LEBENSWERTES KÖLN, BASIS FÜR EINE GUTE ZUKUNFT .....	73
4.1	Sicherheit.....	73
4.1.1	Politische Maßnahmen.....	73
4.1.2	Organisatorische und personelle Maßnahmen.....	74
4.1.3	Technische Maßnahmen .....	75
4.1.4	Stadtgestalterische und sozialräumliche Maßnahmen .....	76
4.2	Sauberkeit.....	76
4.3	Wohnen .....	77
4.3.1	Wohnungsbauförderung optimieren .....	77
4.3.2	Familien berücksichtigen.....	78
4.4	Kultur .....	78
4.4.1	Eine Kulturmetropole von europäischem Rang .....	78
4.4.2	Das Spitzenniveau der Darstellenden Kunst in Köln muss gehalten werden.....	79
4.4.3	Musikstadt Köln fördern.....	81
4.4.4	Köln als international bedeutende Museumsstadt weiter entwickeln .....	82
4.4.5	Kulturmarketing setzt den Kunst- und Kulturort Köln in Szene .....	83
4.4.6	Exzellenzförderung und Avantgarde im Kunststandort .....	83
4.4.7	Nutzen des verfügbaren Netzwerkes .....	84
4.4.8	Räume schaffen .....	84
4.4.9	Baudenkmale und Kunst im öffentlichen Raum.....	84
4.4.10	Fortführung der Kultur des Mäzenatentums und der Stiftungen .....	85
4.5	Sport .....	85
4.6	Umwelt .....	87
4.6.1	Grünflächen und Grüngürtel .....	87
4.6.2	Gewässer .....	89
4.6.3	Stadtklima.....	90
4.6.4	Energie.....	91
4.6.5	Wasserver- und -entsorgung.....	94
4.6.6	Tiere.....	95
4.7	Veedel.....	97
5	METROPOLREGION KÖLN, MOTOR IM HERZEN EUROPAS.....	98
5.1	Die Metropolregion der Zukunft .....	98
5.2	Der Wirtschaftsstandort der Zukunft .....	98
5.3	Verkehrskreuz des Westens .....	98
5.4	Die Kulturmetropole.....	99
5.5	Der Wissenschaftsstandort .....	99

5.6	Die grüne Region .....	100
5.7	Die Freizeit- und Sportregion .....	100

# VORWORT

## KÖLNS POTENTIAL NUTZEN

Liebe Kölnerinnen und Kölner,

am 25. Mai 2014 findet in Köln die nächste Kommunalwahl statt. Für unsere Heimatstadt ist diese Wahl von herausragender Bedeutung. Vorrangiges Ziel unserer Politik sind der Erhalt und Verbesserung der Lebensqualität der Kölner Bürger. Grundlage unseres politischen Handelns ist es, die Grundwerte und Tugenden der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit des christlichen Menschenbildes auf die Bedingungen des 21. Jahrhunderts auszurichten. Freiheit und Pluralismus sind in Einklang mit der Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft zu bringen. Denn Köln steht am Scheideweg. Die letzten Jahre waren keine guten Jahre für Köln. Die Verschuldung der Stadt ist explodiert, die Mieten steigen rasant, die Kinderbetreuung kommt nur auf dem Papier voran, wichtige Unternehmen wie die Lufthansa AG wandern ab, viele städtische Mitarbeiter sind demotiviert. Wenn dieser Irrweg fortgesetzt wird, dann wird der Abstieg sich beschleunigen und Köln dem Schicksal vieler Ruhrgebietsstädte folgen.

Doch es gibt eine Alternative: Die Verschuldung der Stadt eindämmen, den Mietpreisanstieg wirksam bekämpfen, eine echte familienfreundliche Stadt schaffen, die Wirtschaftsförderung stärken und die Stadtverwaltung durch ein modernes Stadtmanagement motivieren. Für diese Alternative steht die Kölner CDU: Die Partei, die Kölns Chancen, Kölns Potentiale nutzen wird, um die lebenswerte, weltoffene Handelsstadt langfristig zu erhalten.

Es ist Ihre Stimme, die darüber entscheidet, ob neue Prestige- und Monumentalbauten entstehen oder das Geld besser in den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Stadt investiert wird. Sie entscheiden, ob und wie die Infrastruktur weiter ausgebaut wird, ob und wie Schulen und Kindergärten ausgestattet werden. Sie stimmen darüber ab, ob und wie das Veedel, in dem sie leben, zukünftig aussehen wird. Keine andere Wahl als die Kommunalwahl 2014 hat einen größeren Einfluss auf die Entwicklung der Kölner Veedel und die Lebensqualität der gesamten Stadt.

**Für alle Kölnerinnen und Kölner gibt es daher einen guten und wichtigen Grund, zur Wahl zu gehen. Am 25. Mai 2014 geht es um Sie persönlich und ihr direktes Lebensumfeld.**





Die Kölner CDU steht mit ihrer einzigartigen Historie für die positive Weiterentwicklung unserer Stadt: Angefangen mit der Schaffung der Inneren und Äußeren Grüngürtel und der Ansiedlung von Ford durch Konrad Adenauer vor dem zweiten Weltkrieg, über die Gestaltung des Wiederaufbaus unserer Stadt in den 50er Jahren bis hin zu der Modernisierung wichtiger Bereiche unserer Stadt, z. B. dem Rheinauhafen oder Kalk unter Harry-Blum und Fritz Schramma.

Hierauf wollen wir aufbauen. Wir werden die Potentiale unserer Stadt nutzen, um Köln voranzubringen: Mit ihrer herausragenden Position im Herzen Europas, mit ihrer einzigartigen Anbindung an das europäische Hochgeschwindigkeitsbahnnetz, mit ihrer Nähe zu drei internationalen Flughäfen mit einer Exzellenz-Universität und mit einer weltbekannten Messe, mit ihrer toleranten Gesellschaft und ihrer blühenden Kulturlandschaft bietet Köln mehr als viele andere europäische Metropolen.

Es gilt diese Dinge besser zu vernetzen, zu fördern und zu vermarkten. Im Dialog mit unseren Mitgliedern, den Initiativen und Verbänden haben wir viele Vorschläge hierfür geprüft, diskutiert und beraten. Die Ergebnisse sind in unser Wahlprogramm eingeflossen. Sollten Sie weitere Anregungen haben, so stehen wir, die CDU Köln, gerne als Ansprechpartner zur Verfügung. Schreiben Sie uns unter [wahl2014@cdu-koeln.de](mailto:wahl2014@cdu-koeln.de).

Mit der Umsetzung dieses Wahlprogramms werden wir Köln gemeinsam wieder auf Erfolgskurs bringen und das große Potential unserer Heimatstadt richtig nutzen.

**Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. Wählen Sie am 25. Mai 2014 die Kölner CDU – für unsere Heimatstadt Köln.**

# **1 WIRTSCHAFTLICHE BASIS STÄRKEN, SOZIALE ERRUNGENSCHAFTEN BEWAHREN**

## **1.1 Finanzen**

Eine solide Finanzpolitik ist die Basis für den Erhalt der sozialen und kulturellen Errungenschaften und die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Köln. Denn jeder kreditfinanziert ausgegebene Euro fehlt zukünftig für Investitionen sowie soziale und kulturelle Aufgaben. Haushaltsdefizite sollten deshalb ausschließlich durch Investitionsprojekte begründet sein. Der von Rot-Grün beschlossene Doppelhaushalt 2013/2014 verletzt mit einer Gesamtneuerschuldung von über 500 Millionen Euro und nur wenigen investiven Projekten diesen Grundsatz deutlich. Die Neuverschuldungsquote ist damit so hoch, wie in EU-Mitgliedsländern, die auf den Euro-Rettungsschirm angewiesen sind. Ein Ende der Verschuldungspolitik ist bei Rot-Grün nicht abzusehen: auch in den Folgejahren sind jährliche Defizite von über 200 Millionen Euro geplant. Es fehlen investive Projekte, die die künftige Wirtschaftskraft Kölns stärken.

Wir wollen deshalb eine Umkehr in der städtischen Finanzpolitik: Mehr Investitionen in den Wirtschaftsstandort Köln, eine Modernisierung der Verwaltungsstrukturen und -prozesse sowie eine sozialverträgliche Überprüfung aller Ausgaben unter Einbindung der betroffenen Bürger. All dies hilft, den Haushalt zu konsolidieren.

### **1.1.1 In den Wirtschaftsstandort investieren**

- Wir werden vorrangig in die Zukunft der Stadt, ihrer Menschen und ihrer Wirtschaft investieren. Deshalb werden wir alle Prestige- und Monumentalbauten, wie das geplante Museum auf dem Rathausvorplatz, nach der Kommunalwahl stoppen. Priorität haben stattdessen der Erhalt der bestehenden Infrastruktur und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.
- Die Schaffung neuer Gewerbegebiete gehört ebenso zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts wie die Einrichtung spezieller Handwerkerhöfe, die gerade kleineren Betrieben ein kontinuierliches Wachstum ermöglichen sollen.
- Universität und Fachhochschulen sind stärker mit der Wirtschaft zu vernetzen.
- Den Wirtschaftsstandort stärkt auch eine Festschreibung der bestehenden Gewerbesteuerhebesätze für einen längeren Zeitraum. Dies schafft Planungssicherheit für unternehmeri-

sche Investitionen. Bei entsprechendem Finanzspielraum sollte der Gewerbesteuerhebesatz auch wieder gesenkt werden. Die Einführung neuer Substanzsteuern lehnen wir entschieden ab, da sie Investitionen verhindern und damit Arbeitsplätze vernichten.

### **1.1.2 Verwaltungsstrukturen und -prozesse modernisieren**

Die Rot-Grün geführte Stadtspitze hat durch die konsequente Re-Zentralisierung der Entscheidungsstrukturen die unter Harry Blum begonnene Modernisierung der Stadtverwaltung gestoppt. Die Konsequenz ist eine Demotivierung der Mitarbeiter in einer Vielzahl von Dezernaten und ein überdurchschnittlich hoher Krankenstand. Dies ist untragbar.

#### **Aufgabenkritik initiieren**

Wir werden deshalb als erstes eine komplette Aufgabenkritik starten. Damit soll zunächst geprüft werden, welche Aufgaben zwingend durch die Stadtverwaltung erfolgen müssen. Ziel ist eine schlanke und effektive Verwaltung zur Minimierung bürokratischer Belastungen. Im nächsten Schritt müssen die Arbeitsprozesse zur Erledigung dieser Aufgaben neu definiert und an die Möglichkeiten der modernen Informationsverarbeitung (E-Government) angepasst werden. Hierbei sind vorrangig die Nutzerfreundlichkeit für Bürger und Unternehmen sicherzustellen. Dann müssen die Aufgaben auf die Bereiche und Mitarbeiter angemessen verteilt werden, sodass faire und motivierende Arbeitsstrukturen in der gesamten Verwaltung gelebt werden. Abschließend sind diese Strukturen im Rechnungswesen der Stadtverwaltung optimal abzubilden, sodass die Dienstleistungen dem Bürger und den Unternehmen auch zu adäquaten Preisen zur Verfügung gestellt werden können.

Ebenso muss auch die Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Dienststellen gefördert werden. So könnten z. B. Synergieeffekte zwischen den Finanzämtern und der Stadtkasse bei der Erhebung der Grundsteuer genutzt werden.

#### **E-Government**

Bislang ist Köln im Bereich E-Government im Vergleich zu anderen Städten ungenügend aufgestellt. Dies soll im Rahmen der Aufgabenkritik zügig aufgearbeitet und verbessert werden. Dabei soll auf die Erfahrung bereits erfolgreicher Städte zurückgegriffen werden. E-Government im oben genannten Sinne beinhaltet nicht nur die Ausweitung der über Internet verfügbaren Dienst-

leistungsangebote für die Bürger und Unternehmen, sondern auch spezielle Applikationen für mobile Endgeräte. Zentrale Dokumente müssen zeitnah online und kostenlos den Bürgern und Unternehmen zur Verfügung stehen.

### **Mitarbeiter motivieren**

Die hohen Ausbildungsquoten bei der Stadtverwaltung müssen beibehalten und das Trainee-Programm fortgesetzt werden. Ebenso sollen hochqualitative und umfassende Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Verstärkt gefördert werden soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die städtischen Beschäftigten. All dies trägt zur Verbesserung der Mitarbeitermotivation bei.

### **1.1.3 Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sichern und optimieren**

Wir bekennen uns klar zur Daseinsvorsorge in kommunaler Hand. Beispiele aus dem Ausland haben in den letzten Jahren klar gezeigt, dass private Monopole eine deutlich schlechtere und kostenintensivere Versorgung der Bevölkerung zur Folge haben. Die kommunalen Gesellschaften und Eigenbetriebe der Stadt Köln haben sich erfolgreich behauptet. Auch künftig werden sich die Menschen darauf verlassen können, dass sie zu vertretbaren Preisen mit Strom, Wasser und Gas versorgt werden. Ebenso sichern wir die Müllentsorgung, den öffentlichen Nahverkehr und die Versorgung mit günstigem Wohnraum.

Ungeachtet dieses klaren Bekenntnisses zur Daseinsvorsorge in kommunaler Hand gilt der Grundsatz, dass die Leistungserbringung wirtschaftlich zu optimieren ist und sich auf das Kerngeschäft der Daseinsvorsorge konzentrieren sollte. Konkret bedeutet dies, dass auch im Stadtwerkekonzern jedes Großprojekt einen klaren Wirtschaftlichkeitsnachweis erbringen muss und nicht in Randaktivitäten wie z. B. Gebäudereinigung expandiert werden sollte.

Wenn die rechtzeitige Sanierung oder Errichtung von Gebäuden durch die Stadt nicht unmittelbar dargestellt werden kann, sind auch Partnerschaften zwischen Stadt und privatwirtschaftlichen Gesellschaften (ÖPP - Öffentlich-Private Partnerschaft) eine Alternative.

### **1.1.4 Für mehr Generationengerechtigkeit bei den Ausgaben sorgen**

- Bei der Ausgabenpolitik muss die Generationengerechtigkeit ein wichtiger Prüfstein sein. Der städtische Haushalt muss deshalb nicht nur die aktuellen Bedürfnisse der Bürger und

Unternehmen berücksichtigen, sondern auch dafür sorgen, dass nicht unüberschaubare Kosten auf kommende Generationen verlagert werden. Unsere Stadt muss auch in der Zukunft noch handlungsfähig sein.

- Zu den Investitionen in den Wirtschaftsstandort Köln gehört auch die Investition in Kinder und Familien. Deshalb werden wir den Ausbau der Bildungseinrichtungen und der Kindertagesstätten fortsetzen. Köln soll genügend Kinderbetreuungsplätze anbieten und damit zu einer wirklich familienfreundlichen Stadt werden. Nur hiermit und mit einem ausreichenden Angebot an Arbeitsplätzen, Wohnungen sowie sozialen, kulturellen und anderen Freizeitangeboten können wir uns junge Arbeitskräfte sichern und eine Überalterung der Stadt verhindern.
- Das umfassende soziale Netz, das insbesondere auf Initiative der Kölner CDU die Stadt gemeinsam mit Kirchen, Vereinen, Stiftungen und anderen Trägern aufgebaut hat, werden wir erhalten und modernisieren. Die Zuschüsse sollen in Zusammenarbeit mit den Trägern an die veränderten Anforderungen angepasst werden. Pauschale Kürzungen mit dem Rasenmäher lehnen wir ab. Die Übernahme neuer Aufgaben muss vordringlich durch Umschichtung von Mitteln finanziert werden. Die laufenden Ausgaben sind immer wieder daraufhin zu überprüfen, ob sie noch ihren eigentlichen Zweck erfüllen.

### **1.1.5 Bürger stärker in die Ausgabenverteilung einbinden**

Die CDU hat den Bürgerhaushalt erfolgreich in Köln eingeführt. Die Kölner Bürger können selber bei den Ausgaben unmittelbar mitreden. Jetzt ist es Zeit, über Erweiterungen und Optimierungen nachzudenken.

Zur größeren Bürgernähe gehört auch, dass die Budgets für Bezirksvertretungen deutlich vergrößert werden, sodass bürgernäher entschieden werden kann.

### **1.1.6 Stärkere Förderung des regionalen Finanzausgleichs**

Wir wollen uns parteiübergreifend dafür einsetzen, dass die Sonderlasten von Großstädten von Bund und Land stärker anerkannt werden.

- Im Zuge einer intensiveren regionalen Zusammenarbeit streben wir eine stärkere Beteiligung der Kommunen im Umland an den Kosten von Infrastruktur-, Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten an, von denen die gesamte Region profitiert.

- Darüber hinaus steht das Land Nordrhein-Westfalen in der Pflicht neben dem Ruhrgebiet auch die Metropolregion Köln stärker zu fördern. Als Millionenstadt hat Köln besondere Lasten im Bereich der Infrastruktur und der sozialen Sicherung zu tragen, die durch das Land abgedeckt werden müssen.
- Der Bund ist aufgefordert, ein „Aufbauprogramm West“ aufzulegen, um die teilweise marode Infrastruktur nachhaltig zu sanieren. Auch muss bei der Bewältigung der Sozialkosten stärker darauf geachtet werden, dass Bund und Länder nicht Verträge zu Lasten der Kommunen abschließen.

## 1.2 Unternehmen und Arbeit

Im Zentrum des europäischen Wirtschaftsraumes gelegen bietet Köln als Wirtschaftsstandort beste Voraussetzungen. Köln ist nicht nur die größte Stadt in Nordrhein-Westfalen und mit über einer Million Einwohnern die viertgrößte Stadt in Deutschland, sondern auch verkehrstechnisch optimal angebunden.

Wirtschaftlich wird die Stadt im Wesentlichen geprägt durch einen breiten Branchenmix: Die Chemiebranche, die Autoindustrie, die Metall- und Elektroindustrie, Medienunternehmen, das Dienstleistungs- und Versicherungsgewerbe, die Banken, den Handel sowie zahlreichen Start-ups der Digitalbranche. Mittelständische Unternehmen sind besonders im traditionell in Köln verankerten Handwerk zu finden. Die in Köln ansässigen Medien bieten der Stadt zudem eine wichtige Grundlage für Internationalität.

Gleiches gilt für den Messe- und Veranstaltungsort Köln, der sich zwar zwischenzeitlich positiv entwickelt hat. Dennoch fehlt das seit einem Jahrzehnt in Planung befindliche Kongresszentrum, das wichtige Impulse für den Wirtschaftsstandort Köln geben kann.

Im Bereich des Einzelhandels bedarf es dringend einer Weiterentwicklung des Einzelhandel- und Zentrenkonzeptes. Dies schließt die Innenstadt ein, bei der insbesondere die westliche Altstadt rund um das Rathaus, aber auch der Bereich rund um die Ringe Optimierungsbedarf aufzeigt.

Wir wollen den Wirtschaftsstandort Köln stärken, in dem wir die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern, die Wirtschaftsförderung stärken, das Stadtmarketing neu aufbauen, die Vernetzung von Wirtschaft, Universität und Fachhochschulen fördern, den Einzelhandel in seinem Wachstum unterstützen und die Metropolregion Köln voranbringen.

## **1.2.1 Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern**

### **Wachstum durch Bürokratieabbau fördern**

Die Anzahl der bürokratischen Vorgänge innerhalb der Stadtverwaltung muss reduziert werden. Damit werden Verfahren wie beispielsweise Unternehmensansiedlungen, Neubauprojekte oder auch Grundstücksentwicklungen beschleunigt und bieten Raum für Entwicklung. Es darf nicht sein, dass Projektentwickler sich aus der Stadt zurückziehen, weil die bürokratischen Verfahren zu lange dauern, somit das Kapital verschlingen und die wirtschaftliche Existenz von Unternehmen – und damit immer auch von Arbeitsplätzen – gefährden. Hier ist schnelles Handeln in Richtung Bürokratieabbau nötig. Dabei hilft auch die Umsetzung des E-Government Konzepts und die anzu-stoßende Optimierung der Verwaltungsprozesse.

### **Steuer- und Abgabenlast begrenzen**

Unternehmen benötigen bei Investitionsentscheidungen Planungssicherheit. Hierzu gehört auch die Festschreibung von Gebühren und Steuerhebesätzen für einen längeren Zeitraum. Bei einem entsprechenden Finanzspielraum, darf auch die Senkung von Abgaben und Steuerhebesätzen kein Tabu-Thema sein: Der Gewerbesteuersatz in Köln liegt bei 475 Punkten, die meisten Kommunen im erweiterten Kölner Raum liegen unter diesem Niveau; die Grundsteuer B beträgt in Köln 515 Punkte, der zweithöchste Wert in der Region. Hinzu kommen die sonstigen Abgaben, die im Laufe der Jahre entweder erhöht oder eingeführt wurden. Bekanntestes Negativ-Beispiel ist für die Hotel-lerie die „Bettensteuer“.

Eine Erhöhung der Steuern und Abgaben zur Haushaltskonsolidierung lehnen wir ab, denn der Kölner Haushalt hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem.

### **Ausreichendes Flächenangebot für Wachstum und Neuansiedlung schaffen**

Die Ausweisung von branchenspezifischen Gewerbegebieten und die damit verbundenen Syner-gien sind für einen Wirtschaftsstandort prägend und fördern die Ansiedlung von Mittelstand. Die CDU will, dass ausreichende Flächen zur Ansiedlung von Industrie und Gewerbe bereitgestellt werden, dass diese auch im Bedarfsfall zeitnah zur Verfügung stehen. Es darf nicht sein, dass auf Brachland Biotope entstehen und somit eine zeitnahe Nutzung unmöglich ist. Insbesondere auch Handwerksbetrieben muss die Chance für eine Betriebserweiterung gegeben werden. Handwerker-höfe kommen hierfür ebenso in Frage wie Erweiterungsmöglichkeiten in den Veedeln. Wenn im

städtischen Bereich keine Gewerbeflächen mehr zur Verfügung stehen, müssen Kooperationen mit den angrenzenden Kommunen initiiert werden.

### **Infrastruktur sanieren und ausbauen**

Rot-Grün hat in NRW den Kahlschlag für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur beschlossen. Die Kürzung der kommunalen Straßenbauförderung für 2013 wird rund 80 Prozent betragen. Für Köln bedeutet das: Bis 2016 wird die Stadt auf über 30 Millionen Euro verzichten müssen – ein Desaster für die Infrastruktur in Köln.

Die CDU fordert: Die Mittel, die der Bund hierfür zur Verfügung stellt, muss das Land ungekürzt und zeitnah an Köln weitergeben. Schon jetzt verliert beispielsweise ein Handwerksunternehmen durchschnittlich 10.000 Euro jährlich durch Staus auf den Straßen in Köln.

Neben der lokalen Infrastruktursanierung bei Straßen, Brücken und Tunneln bedarf es auch eines weiteren Ausbaus der überregionalen Verkehrsachsen. So sind bereits heute die meisten überregionalen Bahntrassen zu 100 Prozent ausgelastet und auch viele Autobahnen haben die Kapazitätsgrenze erreicht. Der Bund bleibt aufgefordert, ein Beschleunigungsgesetz zur Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur auf den Weg zu bringen und die Maßnahmen auch finanziell positiv zu begleiten. Gleiches gilt für die Stromnetzwerke, da nur deren Ausbau die Versorgungssicherheit langfristig gewährleisten kann.

Zur Infrastruktur eines innovativen Wirtschafts- und Bildungsstandorts gehört die flächendeckende Verfügbarkeit breitbandiger Zugänge zum Internet. Es müssen nicht nur Gewerbestandorte, sondern auch Wohngebiete angebunden werden. Nur so kann der wachsenden Anzahl der von zu Hause Arbeitenden sowie den heutigen Bildungsanforderungen unserer Kinder Rechnung getragen werden. Dienstleistungsfirmen, vor allem aus der Medien- und IT- Branche, sind aufgrund dezentraler Bearbeitungsplätzen auf sichere Hochleistungsnetze (größer 50 MBit/s) für schnellen Datenaustausch angewiesen. Köln muss den vor fünf Jahren begonnenen Glasfaserausbau schneller vorantreiben, um auch zukünftig in Deutschland zu den attraktiven Standorten zu gehören. Es bedarf eines digitalen Ausbauplans, der durch die Stadtverwaltung zu koordinieren ist. Dabei soll die Expertise der städtischen Unternehmen genutzt werden, die bereits im Breitbandausbau tätig sind. Ähnliches gilt für die Versorgung wichtiger Teile der Innenstadt und von Bezirkszentren mit öffentlichen WLAN-Zugängen.

### **Ausreichend bezahlbaren Wohnraum sicherstellen**



Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Arbeitnehmer und Auszubildende in Köln arbeiten und auch wohnen können. Deshalb müssen mehr geeignete Flächen für den Wohnungsbau bereitgestellt und Genehmigungsverfahren abgekürzt werden, um so das Angebot zu vergrößern. Nur ein ausreichendes Angebot an Wohnraum – dies umfasst Einfamilienhäuser sowie Geschosswohnungsbau – sorgt für stabile Preise auf dem Wohnungsmarkt.

Wohnraum darf aber nicht auf Kosten der Gewerbe- und Industrieflächen gewonnen werden. Für jede in Wohnraum umgewandelte Gewerbefläche soll die Stadt an anderer Stelle eine neue Gewerbe- bzw. Industriefläche ausweisen.

Zudem hat Köln als Universitätsstadt eine besondere Bedeutung. Es fehlen Konzepte, wo Studierende wohnen oder die Bildungseinrichtungen schneller von außerhalb Kölns – insbesondere mit dem öffentlichen Personennahverkehr – erreichen können.

### **Betriebskindergärten fördern**

Durch die Förderung von Betriebskindergärten wollen wir das Interesse von qualifizierten Arbeitnehmern an Kölner Unternehmen steigern und damit diesen helfen adäquate Fachkräfte zu finden und zu binden.

## **1.2.2 Wirtschaftsförderung stärken**

### **Unternehmensservice ausweiten**

Das Standortmarketing der städtischen Verwaltung muss sich aktiver in die Geschehnisse einbringen und die Bedürfnisse der einzelnen Branchen in seine Arbeit einbeziehen. Der Unternehmensservice muss personell wieder besser ausgestattet werden. Unter Rot-Grün ist die Bedeutung des Unternehmensservice stetig gesunken. Er muss erster Ansprechpartner der Wirtschaft mit Rückendeckung der Stadtspitze sein, um Unternehmen in Köln zu halten und um Unternehmensneuan siedlungen zu ermöglichen. Freigewordene Stellen beim Unternehmensservice müssen unverzüglich besetzt werden.

### **Wirtschaftsförderungsmaßnahmen konsequent umsetzen**

Unternehmertum und städtisches Leben sind miteinander verknüpft. Nur in der Akzeptanz der gegenseitigen Abhängigkeit kann eine Stadt prosperieren. Wir möchten regelmäßige Wirtschaftsrunden etablieren, die aus Verantwortungsträgern der Branchen und der Stadtverwaltung bestehen. Es

müssen gezielte und mit der Wirtschaft abgestimmte Wirtschaftsförderungsmaßnahmen erarbeitet werden. Dabei sind die Belange der bereits angesiedelten Branchen, aber auch die Bedürfnisse neuer Industrien, Dienstleistungszweige und Investoren entsprechend zu evaluieren, zu berücksichtigen und vor allem auch umzusetzen. Der von der Verwaltung vorgelegte Businessplan „Industrie“, der bisher von Rot-Grün blockiert wird, muss endlich belebt werden.

### **Neue Impulse für den Standort geben**

Eine Kernaufgabe für die Wirtschaftsförderung ist auch, immer wieder neue Impulse für die Weiterentwicklung eines Wirtschaftsstandorts zu geben. Dies kann z. B. darin bestehen, dass gezielt innovative Branchen (z. B. Biotechnologie) angesprochen werden oder bei der Stadtverwaltung Investitionen initiiert werden. Es ist dabei grundsätzlich zu prüfen, wie die Rolle der Wirtschaftsförderung strukturell gestärkt werden kann. Dies schließt die Ausstattung mit einem adäquaten Marketing-Etat ein sowie die Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten mit Kammern, Verbänden und Unternehmen ein. Es macht vor allem Sinn die Kooperation mit der Handwerkskammer und der IHK zu intensivieren und ihr Fachwissen für die Entwicklung von Stadt und Region noch stärker zu nutzen.

### **1.2.3 Stadtmarketing neu aufbauen**

Der Versuch der Wirtschaftsdezernentin, eine neue schlagkräftige Marke „Köln“ aufzubauen, ist bislang gescheitert. Anstatt die Vorzüge Kölns herauszuarbeiten, regiert die Beliebigkeit. Wir fordern eine zügige Neuausrichtung des Markenbildungsprozesses. Dazu gehören Punkte wie die stärkere Einbindung des kulturellen Aspekts, aber auch des Tourismus.

### **Kultur ins Standortmarketing einbinden**

In der Außenwahrnehmung wird unsere Stadt als eine „lebenslustige und lebenswerte“ Kommune angesehen – Köln bietet Lebensqualität, ein gutes Kultur- und Freizeitangebot sowie ein einzigartiges kulturelles Erbe. Diese kulturellen Angebote müssen stärker ins Profil der Stadt eingebunden werden – mit gezielten Maßnahmen wie beispielsweise Kulturfestivals zu bestimmten Themen.

Kultur als weicher Standortfaktor ist für die verschiedensten Zielgruppen von Bedeutung: Für Investoren, für Touristen und für qualifizierte Nachwuchskräfte der Wirtschaft, die ihre beruflichen Karriereziele an einem attraktiven Standort verwirklichen möchten.

Viele Museen sind sanierungsbedürftig, gleichzeitig werden neue Museumsbauten angedacht, deren Finanzierung und Unterhaltung nicht gesichert ist. Hier müssen Prioritäten gesetzt werden: der Museumsbestand ist zu sichern, erst danach dürfen neue Projekte umgesetzt werden. Dabei haben Kölns Museen auch jetzt schon viel zu bieten. Wir fordern endlich einen gemeinsamen überregionalen Marketingauftritt unserer Museen.

### **Tourismus ausbauen und stärker für das Standortmarketing nutzen**

Köln nutzt sein touristisches Potential nicht aus, weil Hindernisse nicht konsequent beseitigt und neue zusätzlich aufgebaut werden. Seit Jahren fehlt ein Busleitsystem. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass dies durch die Verwaltung mit einer höheren Priorität bearbeitet wird.

Die Kulturförderabgabe (Bettensteuer) muss wieder abgeschafft werden. Allein dem Übernachtungstourismus (Hotellerie und Gästen) wird nach den Planungen der Stadt durch die Bettensteuer sieben Millionen Euro an Kaufkraft entzogen. Gleichzeitig wird das Potential der Touristen als Wirtschaftsbotschafter unterschätzt. Es bedarf konkret einer stärkeren Vernetzung der touristischen Vermarktung Kölns (inkl. der Anbieter untereinander) mit dem Standortmarketing. Generell gilt es, die mit der Stadtwerbung beauftragten Bereiche der Stadtverwaltung (insbesondere Presseamt, Amt für Wirtschaftsförderung und KölnTourismus) besser zu verzahnen.

### **1.2.4 Wirtschaft und Wissenschaft besser vernetzen**

Köln bietet aus der Tradition und unter Größengesichtspunkten eine einzigartige Wissenschaftslandschaft in Deutschland und Europa. Dennoch wird die Stadt kaum als Wissenschaftsstandort gesehen. Im Dialog mit der Universität und den Fachhochschulen sollte deshalb auf eine bessere Vermarktung hingewiesen werden. Es müssen Formen und Strukturen für Wissenstransfer und Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft entwickelt werden, damit die Studienabgänger von morgen noch heute über den Wirtschaftsstandort Köln informiert und von Unternehmen angeworben werden können. Nur so profitiert ein Wirtschafts- und Bildungsstandort nachhaltig und hält die Fachkräfte in der Region. Des Weiteren sollte auch die Ausgründung von Unternehmungen aus dem Wissenschaftsbetrieb besser gefördert werden. Das MIT in Boston ist hier ein wichtiges Beispiel für eine gelungene Vernetzung zwischen Universität und Wirtschaft.

### **1.2.5 Arbeit in Köln**

Wir wollen durch die Stärkung des Wirtschaftsstandortes neue Arbeitsplätze in Köln schaffen. Dies ist die Voraussetzung, damit Arbeitslose und junge Menschen problemlos in den Arbeitsmarkt (re-)integriert werden können. Daneben sind weitere Maßnahmen erforderlich:

- Ein möglichst nahtloser Übergang von Schule, Fach(-hoch)schule oder Hochschule in den Beruf ist für junge Menschen sehr wichtig. Mängel in der Bildung und Sprachprobleme bei Jugendlichen erschweren ihre Integration in den Arbeitsmarkt. Ohne sie wird sich der Fachkräftemangel in Zukunft kaum bewältigen lassen. Wir brauchen daher für sie eine gezielte und nachholende Bildungs- und Qualifikationsoffensive.
- Das Job Center muss weiterhin innovative Ideen verfolgen, um für junge Menschen spezielle Förder- und Unterstützungsprogramme zur Berufs- und Jobfindung anzubieten. Außerdem gilt besonderes Augenmerk älteren arbeitslosen Menschen, Langzeitarbeitslosen und Alleinerziehenden.
- Qualifizierte Einwanderung soll gezielt gefördert werden, um den Standort Köln zu stärken. Dazu sollen entsprechende Werbekonzepte der Wirtschaftsförderung verbessert und ausgebaut werden.
- Bei Arbeitgebern ist mehr für die Integration behinderter Arbeitnehmer zu werben. Die Stadt und ihre Gesellschaften müssen für sie mehr Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten.

### **1.2.6 Einzelhandel in seinem Wachstum unterstützen**

Die großen Einkaufsstraßen wie Schildergasse und Hohe Straße gehören zu den beliebtesten und meist frequentiertesten Einkaufsstraßen Europas. Zur Absicherung dieser Position und zur Ermöglichung eines weiteren Wachstumsprozesses muss der kleinteilige, spezialisierte Einzelhandel in den Nebenstraßen der Innenstadt gezielt gefördert werden. Wichtig ist dabei, die Nebenstraßen zusätzlich zu den innerstädtischen Haupteinkaufszonen (wie z. B. die westliche Altstadt rund um das Rathaus) so aufzuwerten, dass weitere Ladenflächen zu annehmbaren Mietzinsen entstehen.

Ferner ist darauf zu achten, dass bei der Verkehrsplanung der Einzelhandel nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt für die Erreichbarkeit mit dem Auto genauso wie für die Bereitstellung von Parkplätzen im öffentlichen Raum. Quartiersgaragen in der Nähe von Einkaufsstraßen sollten verstärkt gebaut und auch für Kunden geöffnet werden. Straßenbauamt und Wirtschaftsdezernat sollen die

Baumaßnahmen intensiver abstimmen, um Beeinträchtigungen des örtlichen Einzelhandels möglichst gering zu halten.

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept muss zügig aktualisiert und an die gestiegene Bevölkerung in Köln angepasst werden. Auch dezentrale Zentren müssen stärker gefördert und durch stadtplanerische Maßnahmen unterstützt werden.

Die Beschränkung der verkaufsoffenen Sonntage durch die rot-grüne Landesregierung auf 11 kreisweite Termine behindert die Weiterentwicklung der Veedel. Die Anzahl ist ausreichend, die Entscheidung über den konkreten Termin sollte aber auf Bezirksebene getroffen werden können.

### **1.2.7 Flughafen Köln/Bonn**

Der Flughafen Köln/Bonn ist für die Verkehrsinfrastruktur unserer Region von überragender Bedeutung. Der Flughafen bietet dank seiner Anbindung an das Straßenverkehrsnetz sowie an den öffentlichen Nah- und Fernverkehr eine schnelle und bequeme Vernetzung mit Wirtschaftsräumen in Deutschland, Europa und in der ganzen Welt. Dies ist als Standortfaktor sowohl für mittelständische Betriebe als auch für „Global Player“ in unserer Stadt nicht zu unterschätzen. Die CDU Köln bekennt sich zum Flughafen Köln/Bonn als wichtigem Wirtschaftsfaktor in der Region und wird sich für seine Weiterentwicklung als zentrale Infrastruktureinrichtung für Passagiere und Fracht einsetzen. Gleichzeitig haben die jüngsten Ergebnisse der Lärmwirkungsforschung aber erneut bestätigt, dass Nachtfluglärm gesundheitsschädliche Auswirkungen haben kann. Wir wollen deshalb wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Lärmschutz im Sinne der Betroffenen miteinander in Einklang bringen und streben eine Reduzierung des Nachtfluglärms an. Dies kann beispielsweise durch leisere Flugzeuge, optimierte Anflugverfahren und lärmabhängige Flughafengebühren erreicht werden. Lärmabhängige Gebühren müssen dabei so bemessen werden, dass Sie – auch im bundesweiten Vergleich – eine tatsächliche Lenkungswirkung erzielen können.

### **1.2.8 Metropolregion voranbringen**

Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und Kreisen der Region muss konkret und verbindlich vorangetrieben werden. In vielen Bereichen ermöglicht die regionale Zusammenarbeit zweckmäßigere Lösungen für Wirtschaft, Bürger und Besucher: Verkehrsplanung und Flächennutzung sind ebenso Beispiele wie eine Abstimmung der Kultur- oder der Bildungsangebote. Eine Bestandsanalyse zum Wirtschaftsstandort ist notwendig. Damit werden Lücken in der Branchenvielfalt gesehen und können geschlossen werden.

## **1.3 Sozialpolitik für Köln**

Eigenständigkeit und Selbstbestimmung sind die Kernelemente der christlich-demokratischen Sozialpolitik in Köln. Der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Hilfe zur Selbsthilfe kommt daher eine zentrale Bedeutung zu. Die Stadt muss ihr Eingreifen und damit auch ihre begrenzten Mittel auf die Punkte konzentrieren, bei denen ein staatliches bzw. kommunales Engagement unverzichtbar ist.

Für die CDU gilt nach wie vor das Prinzip der Subsidiarität und damit schwerpunktmäßig die Förderung der freien Träger, und zwar nicht nur projektbezogen, sondern auch über die globale Zuweisung von Finanzmitteln. Vor diesem Hintergrund hat auch die finanzielle und organisatorische Unterstützung von Selbsthilfegruppen eine herausgehobene Bedeutung.

Unser Ziel ist es aber auch Doppelstrukturen, insbesondere im Beratungswesen, abzuschaffen, denn sie sind ineffizient, weil sie konkurrieren statt zu vernetzen und weil sie Gelder binden, die an anderen Stellen besser eingesetzt werden könnten. Stattdessen soll das vielfältige Beratungsangebot bedarfsgerecht ausgebaut werden und noch mehr als bisher öffentlich bekannt gemacht wird, damit Rat und Hilfe suchende Bürgerinnen und Bürger schneller und leichter das für sie richtige Beratungsangebot finden.

### **1.3.1 Förderung der Selbsthilfe**

Seit fast einem halben Jahrhundert sind Selbsthilfegruppen ein wichtiges Element in der Kölner Gesundheits- und Sozialpolitik. Die Selbsthilfe ist ein bedeutender und wirksamer Bestandteil in unserer Gesellschaft und ergänzt die professionellen Angebote in der Gesundheitsversorgung und im Sozialwesen. Die Selbsthilfegruppen in Köln sind vielfältig und befassen sich mit einem breiten Themenspektrum. Ihre Bedeutung liegt nicht nur darin, Beratung und Hilfe selbst zu organisieren, sondern darin, dass Menschen, die eigenen Erfahrungen einbringen und sich daher gegenseitig authentisch und vertrauensvoll unterstützen können.

Aufgabe der Politik ist es, diese Gruppen zu unterstützen, indem sie bei Bedarf organisatorische Unterstützung und Anleitung, Fortbildungsmöglichkeiten und (kleine) finanzielle Hilfen für z.B. Raumieter, Referenten und Sachkosten erhalten. Auch die Bestandsübersicht und Information über die bestehenden Angebote ist eine städtische Aufgabe, die in Köln von einem Freien Träger (KISS) mit finanzieller Unterstützung der Stadt wahrgenommen wird. Dies ist fortzuführen und zu optimieren.

### 1.3.2 Stärkung des Wohnungsbaus

Wohnungsbaupolitik ist zwar in weiten Teilen eine Landesaufgabe; sie kann aber nur in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen gelingen. Vor allem Ballungsräume wie Köln sind gefordert, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass der Bevölkerung bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Daher treten wir ein für:

- Ausweisung von geeignetem Bauland für unterschiedliche Wohnformen, d.h. nicht nur Geschosswohnungsbau, sondern auch Ein- und Zweifamilienhäuser, wobei uns die Förderung von Wohneigentum – auch in Form von Eigentumswohnungen – ein besonderes Anliegen ist. Damit ist allerdings nicht nur die „grüne Wiese“ gemeint. Auch in unserer Stadt gibt es noch Flächen, die für den Wohnungsbau genutzt werden können.
- Der GAG als kommunales Wohnungsunternehmen obliegt die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit sicherem Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen. Hier ist das Unternehmen noch mehr als in den letzten Jahren gefordert, mit Unterstützung und in enger Kooperation mit der Stadt Köln Lücken in der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu schließen und verstärkt stadtentwicklungspolitische Aufgaben wahrzunehmen. Vor allem eine gute Durchmischung der Quartiere und die Förderung von Nachbarschaften muss weiter ausgebaut werden, um für die Menschen in Köln Lebensräume zu schaffen.
- Die Vergabe bei Erstbezug von öffentlich geförderten Wohnungen durch die Stadt Köln muss unter besserer Beachtung der Einwohnerstruktur vor Ort erfolgen. Zielsetzung sollte dabei langfristig die Verhinderung der Bildung von neuen „sozialen Brennpunkten“ sein.
- Für Familien mit Kindern müssen preisgünstige Grundstücke angeboten und größere Wohnungen geschaffen werden.
- Die Zahl senioren- und behindertengerechter Wohnungen muss angesichts des demographischen Wandels ausgebaut werden. Dabei sollen auch Mehrgenerationenwohnungen und Wohngemeinschaften eine wesentliche Rolle spielen.
- Köln ist der Hochschulstandort mit der höchsten Studierendenzahl. Der Mangel an Wohnraum für Studenten ist hier besonders groß und wird durch den doppelten Abiturjahrgang

bis ins Jahr 2016 noch verschärft; er wird dann allmählich wieder absinken. Hier sind kurzfristig wirksame, aber flexible Maßnahmen gefragt, die auf den sich wandelnden Bedarf reagieren können.

### **1.3.3 Politik für Senioren**

Der demografische Wandel macht auch vor Köln nicht halt. Die CDU steht für ein Handlungskonzept, das den zu erwartenden gesellschaftlichen Umbrüchen begegnet und der Lebenswirklichkeit einer älter werdenden Gesellschaft gerecht wird und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in unserer Stadt fördert.

Senioren sind heutzutage keine homogene Gruppe mehr. Sie haben sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Unsere Politik muss sich sowohl den „jungen Alten“, die aktiv ihr Leben gestalten möchten und können, als auch den Hilfebedürftigen ausrichten.

Daher treten wir ein für:

- Den Erhalt und weiteren Ausbau der Seniorenetzwerke
- Die Unterstützung von Seniorentreffs insbesondere durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten
- Den Ausbau der Wohnraumanpassungsberatung und die Schaffung einer kostenlosen und zertifizierten Tauschbörse für Wohnungen (Familienwohnung gegen altersgerechte Wohnung)
- Förderung des Seniorensports und Ausbau von Präventionsangeboten insbesondere durch Informationsveranstaltungen, die für ältere Menschen attraktiv sind
- Ausbau der Seniorenberatung, die Beratung und Hilfe „aus einer Hand“ bietet und die die Senioren ebenso wie Angehörige über alle Formen von Unterstützungsangeboten ambulanter und stationärer Art informiert und Hilfe vermittelt, insbesondere mit dem Ziel des lebenslangen Wohnens in der eigenen Wohnung und wenn dies nicht mehr möglich ist, einer Betreuung, die weiter ein würdevolles Leben ermöglicht
- Fachgerechte Planung von ambulanten und stationären Pflegeangeboten und ergänzenden sozialen und hauswirtschaftlichen Diensten mit dem Ziel, Versorgungslücken aufzuzeigen und diese zielgerichtet mit bedarfsgerechten Angeboten in Zusammenarbeit mit freien und privaten Trägern zu schließen



- Immer wichtiger wird die Vernetzung aller Hilfsangebote im Jugend-, Familien und Seniorenbereich in den Quartieren. Mit dem Konzept „Veedel für Menschen“ beginnt Köln die Lebensbedingungen für die älteren Menschen, dort wo sie wohnen, durch bessere Information und Koordination zu verbessern. Diesen Ansatz will die CDU flächendeckend ausbauen.

### **1.3.4 Soziale Unterstützung**

Bürger, die über kein eigenes Einkommen verfügen oder von ihrem Einkommen oder ihrer Rente nicht leben können, benötigen qualifizierte Beratung und Hilfe durch das Sozialamt.

Dabei muss ein besonderes Augenmerk auf ältere Menschen (in der Mehrzahl Frauen), die in „Altersarmut“ leben, gerichtet werden. Sie wissen oft nicht, welche Hilfen sie in Anspruch nehmen können und viele wollen es auch aus Scham nicht. Sie sind über Hilfemöglichkeiten aufzuklären und zu ermuntern, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

- Die Personalausstattung in der Stadtverwaltung muss ausreichend sein, damit Hilfesuchende eine intensive Beratung zur Verbesserung ihrer Lebenssituation erhalten und gemeinsam überlegt werden kann, welche Maßnahmen zu einem Weg aus der Sozialhilfe/Grundsicherung führen könnten.
- Die Bemühungen um eine gemeinsame Suche nach preisgünstigen Wohnungen bzw. Wohnungstausch sind zu intensivieren.
- Die bürokratischen Hürden zur Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes sind weiter zu reduzieren, damit Kinder und ihre Familien davon besser profitieren können und der Haushalt der von diesen Leistungen Stadt entlastet wird.
- Bei der Beratung von Wohnungslosen muss der Fokus noch stärker auf den Ausstieg aus dem Hilfesystem in ein möglichst eigenverantwortliches Leben gelegt werden. Wohn- und Beschäftigungsangebote für diesen Personenkreis sind zu erhalten.

### **1.3.5 Umgang mit Flüchtlingen**

Die Stadt Köln ist verpflichtet, die zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass sie menschenwürdig untergebracht werden. Hierzu gehört eine Betreuung, die auch dazu beiträgt, Spannungen im Wohnumfeld zu reduzieren. Zudem muss klar sein, dass es sich für dauerhaft geduldete Flüchtlinge bei der Unterbringung in Flüchtlingsheimen nur um Zwischenlö-

sungen handeln kann. Die Unterbringung bedarf transparenter Kriterien bei der Standortauswahl. Einzelne Stadtteile dürfen nicht überbelastet werden. Wenn Unterbringungen durch kurzfristige Anmietungen notwendig werden, ist die Wohnbevölkerung im betroffenen Stadtteil zeitnah zu informieren und Ansprechpartner für eine Begleitung und Ansprache bei Problemen sind zur Verfügung zu stellen.

## **1.4 Gesundheitspolitik für Köln**

Ziel der Kölner CDU ist es, den Gesundheitszustand der Bevölkerung auf Dauer zu sichern und zu fördern. Wir wollen die Rahmenbedingungen für gesündere Lebensverhältnisse verbessern und die Bürger zu einer gesundheitsbewussten Lebensweise anzuhalten. Dies bezieht sich auf alle sozialen Schichten und jedes Alter. Der demografische Wandel und seine Folgen müssen hier ebenso berücksichtigt werden wie die Einflüsse von Umwelt und Sozialstruktur.

Zugleich ist die Gesundheitsbranche ein Wirtschaftsfaktor von wachsender Bedeutung, der auch auf dem Arbeitsmarkt als Jobmotor immer stärker wahrgenommen wird und dort zugleich auf Probleme bei der Findung von genug und geeignetem Personal stößt.

Darüber hinaus sind gesunde Lebensverhältnisse und eine gute gesundheitliche Versorgung für viele Unternehmen und ihre Beschäftigten ein wichtiges Kriterium für ihre Standortwahl.

Die vielfältigen Angebote können und sollen nicht alle durch die Stadt getragen werden. Vielmehr ist ein Zusammenspiel zahlreicher Akteure notwendig, bei dem es Aufgabe der Stadt ist, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Als Beispiel seien genannt die ambulante und stationäre medizinische Versorgung durch Ärzte und Angehörige der Heilberufe, die privaten, frei-gemeinnützigen und kommunalen Krankenhäuser, die Apotheken, ein breit gefächertes Angebot an Beratungsstellen, die Krankenkassen und Ärzteverbände, die Pharmabranche, aber auch Kindergärten, Schulen, die Universität zu Köln und andere Kölner Hochschulen und Fachhochschulen, die Sporthochschule, Sportvereine und andere Anbieter für sportliche Aktivitäten.

Das Handeln und die Aktivitäten der Bürger selbst werden in den Vordergrund der gesundheitspolitischen Überlegungen treten. Dabei ist eine zentrale Frage, wie wir die Bürger in Gesundheitsfragen aktivieren können. Aber auch andere Politikfelder sollen stets ihre Auswirkungen auf die Gesundheit im Fokus haben wie z.B. Verkehrspolitik, Stadtentwicklung, Jugendpolitik, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik Wohnungsbaupolitik und Wirtschaftsförderung.

Wichtige gesundheitliche Fragen sind daher immer Gemeinschaftsaufgaben. Lösungen sind nur zu finden, wenn es auch gelingt, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der Familien und An-

gehörigen, der Freunde und Bekannten, der kleinen Lebenskreise oder primären Netzwerke für die individuellen und sozialen Gesundheitsfragen zu gewinnen.

### **1.4.1 Gesundheitsorientierte Angebote für Kinder und Jugendliche**

Gesundheitsbewusstes Verhalten kann Kindern und Jugendlichen nicht früh genug vermittelt werden. Bereits im Kindergarten muss Bewegung eine große Rolle spielen, ebenso das Heranführen an eine gesunde Ernährung. Das Konzept des Bewegungskindergartens fördert die körperlich-motorische, die sozial-emotionale und die kognitive Bildung der Kinder und prägt sie nachhaltig bis ins Erwachsenenalter. Daher soll dieses Konzept schrittweise auf alle Kindergärten in Köln ausgedehnt werden. Bei der Einschulung soll an alle Eltern eine Broschüre mit Tipps zu Bewegung und Ernährung verteilt werden. Durch die Zunahme von Ganztagsangeboten spielt die gesunde Ernährung bei den Schulmahlzeiten eine besondere Rolle; das gemeinsame Essen soll auch zur Aufklärung über gesunde Ernährung genutzt werden. Bewegungs- und Sportangebote sollen insbesondere in Partnerschaft mit den Sportvereinen in den Offenen Ganztag integriert werden. Die Zahl der Vorsorgeuntersuchungen von Schülern durch das Gesundheitsamt muss ausgedehnt werden, damit mehr Kinder dadurch erfasst werden und nicht nur die, deren Eltern gesundheitsbewusst sind.

### **1.4.2 Frühe Hilfen (Gesundheits- und Jugendhilfe)**

Die sog. „Frühen Hilfen“ vernetzen die Angebote und Aktivitäten der Gesundheits- und Jugendhilfe der Stadt, der Freien Träger und der im Gesundheits- und Sozialsektor tätigen Akteure. Insbesondere für sehr junge, aber auch sonst ohne Unterstützung überforderte Schwangere und Väter stellen sie eine wichtige Hilfe und Zukunftsperspektive dar. Sie sind nicht nur zu erhalten, sondern ggf. bedarfsgerecht weiter auszubauen.

Auch die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sind weiter zu fördern.

In besonderen Notfällen, wie z. B. bei Krankheit eines Elternteils oder bei pädagogischen Problemen der Eltern ist eine Finanzierung der Familienpflege sicherzustellen.

### **1.4.3 Gesundheit im Alter**

Die Zahl der Senioren wird in den kommenden Jahren stark zunehmen. Dies muss auch in der kommunalen Gesundheitspolitik ihren Niederschlag finden. Die Wahrnehmung von Alter hat auch

eine starke psychologische Komponente. Die Menschen bleiben heute länger mobil. Es ist unsere Aufgabe, ihnen diese Mobilität und damit die gesellschaftliche Teilhabe so lange wie möglich zu erhalten.

### **Seniorenport und Beratungsangebote**

In diesem Zusammenhang sind präventive Angebote von besonderer Bedeutung. Daher schenken wir der Förderung des Seniorensportes ein großes Augenmerk. Wichtig sind differenzierte Beratungsangebote, Vorträge zu gesunder Ernährung im Alter, Vorbeugung vor typischen Alterserkrankungen und deren Erkennung und Therapie. Der Zusammenarbeit mit Begegnungsstätten, Senioreneinrichtungen, Selbsthilfegruppen, der Sporthochschule, Ärzten, anderen Heilberufen und Krankenhäusern kommt bei der Erhaltung und Förderung der körperlichen und geistigen Gesundheit im Alter eine zentrale Bedeutung zu.

### **Mehrgenerationenspielflächen**

Bei der Planung und Sanierung von Spielflächen soll die Gestaltung so erfolgen, dass sie als Mehrgenerationenspielflächen nutzbar sind, um Familien ein gemeinsames Aktionsfeld zu bieten und ältere Menschen zu Bewegung anzuregen.

### **Angebote für Demenzerkrankte**

Die Angebote für Demenzerkrankte sind weiter auszubauen. Neben den Beratungsangeboten der Stadt und der Freien Träger, insbesondere für Angehörige, sind die Gesprächskreise und Selbsthilfegruppen zu unterstützen. Darüber hinaus sollen weitere Wohngruppen für demente Menschen unterstützt werden.

### **Krankenhäuser**

Die Krankenhäuser müssen auf die Bedürfnisse älterer Menschen besonders eingehen. Es gilt nicht nur, die akute Krankheit zu behandeln, sondern ihre besondere psychische und physische Gesamtsituation zu beachten. Dies gilt besonders für Demenzerkrankte. Ein weiteres wichtiges Aktionsfeld ist die „Übergangspflege“, weil im Zuge der Verkürzung der Liegezeiten in den Krankenhäusern ältere Menschen nach der Entlassung in ihrer Häuslichkeit oft nicht ausreichend nachbetreut werden.

#### **1.4.4 Suchterkrankungen und psychische Krankheiten**

Die Ausprägungen von Suchterkrankungen sind vielfältig. Drogenkonsum, Medikamentenabhängigkeit und Spielsucht sind ein gesellschaftliches Problem. Eine frühe Aufklärung über die Gefahren, vor allem in Schulen, ist eine wichtige Aufgabe. Beratungsstellen und Hilfeangebote sind weiter zu fördern und ggf. auszubauen.

Die Sozialpsychiatrischen Zentren in den Stadtbezirken sind weiter zu fördern. Sie sollen sich noch weiter in die Stadtteile öffnen, um kein isoliertes Dasein zu führen, sondern als Anlauf- und Kontaktstellen zu fungieren.

Besonderes Augenmerk gilt den Hilfen für Kinder von suchterkrankten und psychisch kranken Eltern. Neben bedarfsgerechten Angeboten der Stadt und Freier Träger ist vor allem eine Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die Problematik notwendig, damit nicht nur betroffene Eltern, sondern auch sie sich an die Beratungsstellen wenden, wenn sie feststellen, dass Kinder Hilfe benötigen, die sie aufgrund ihrer Erkrankung nicht selbst anstoßen können.

#### **1.4.5 Infektionsschutz**

Das Gesundheitsamt der Stadt hat in den vergangenen Jahren permanent und aktuell über Themen des Infektionsschutzes aufgeklärt und informiert. Diese Bemühungen sind fortzusetzen, insbesondere beim Thema Impfschutz. Aufklärung in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten über ausreichenden Impfschutz ist wichtig, um die Gesamtbevölkerung vor Erkrankungen zu schützen und ins Bewusstsein zu rufen, dass Infektionsschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

#### **1.4.6 Kommunale Planung muss Gesundheit im Fokus haben**

Gesundheitliche Aspekte müssen bei allen öffentlichen Planungen von Anbeginn an einbezogen werden. Ein gesundes Wohnumfeld in gestalterischer Hinsicht, bei der Auswahl von Materialien und Bepflanzungen (Vermeidung der Pflanzung allergener Pflanzen, Auswahl von für das Klima günstigen Pflanzen), der Schutz vor Lärm und Abgasen und die Schaffung ausreichender Bewegungsräume für alle Altersstufen – all dies sind wichtige Beiträge auch zur Gesundheitsvorsorge.

### **1.4.7 Verbraucherschutz wird großgeschrieben**

Die Vorfälle im Lebensmittelbereich der letzten Jahre haben gezeigt: ein leistungsfähiger Verbraucherschutz ist wichtig. Lebensmittelkontrolle ist wichtig. Die personelle Ausstattung der für die kommunalen Aufgaben zuständigen Stellen muss so bemessen sein, dass notwendige Kontrollen in dem Umfang durchgeführt werden können, wie es für die Sicherheit der Bürger notwendig ist.

Zum Verbraucherschutz gehört auch eine effektive Verbraucherberatung. Verbraucher müssen aufgeklärt und für gesunde Lebensmittel sensibilisiert werden.

### **1.4.8 Modernes Rettungswesen**

Das moderne Rettungswesen in Köln muss weiterhin die Sicherheit bieten, im Notfall schnelle und fachlich qualifizierte Hilfe zu erhalten. Das Rettungswesen muss auf neue Herausforderungen flexibel reagieren können. Die Errichtung der Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg muss zügig vorangetrieben werden. Die Modernisierung der noch nicht sanierten Feuerwachen ist voranzutreiben.

### **1.4.9 Krankenhausversorgung sichern**

In Köln gibt es 38 Krankenhäuser in staatlicher (Uniklinik), kommunaler (Kliniken der Stadt Köln), kirchlicher und privater Trägerschaft. Nahezu alle Spezialangebote sind, zum Teil mehrfach, vertreten. Die CDU steht nach wie vor zu den kommunalen Kliniken in Merheim, Holweide und an der Amsterdamer Straße, deren wirtschaftliche Zukunft es in schwierigem Umfeld zu sichern gilt. Sie haben einen wichtigen Versorgungsauftrag und müssen sich zugleich als moderner Dienstleister mit hoch qualifiziertem Angebot und als Anbieter, der eventuell Versorgungslücken in Köln schließt, aufstellen.

### **1.4.10 Gesundheitswirtschaft stärken**

Die Gesundheitsbranche gilt in Deutschland als Jobmotor. Die Nachfrage nach qualifizierten Gesundheitsleistungen steigt stetig. Es wird immer schwieriger, in genügender Zahl qualifiziertes Personal zu gewinnen; dies gilt für den ärztlichen ebenso wie für den pflegerischen Bereich. Hier müssen wir verstärkte Anstrengungen unternehmen.

Köln ist auch ein herausragender Standort der Gesundheitswirtschaft. Auch medizinische Spitzenforschung (z.B. Universität zu Köln, Universität Witten/Herdecke bei den Städtischen Kliniken,

Max-Planck-Institute) und bedeutende Unternehmen der Medizinwirtschaft haben hier ihren Sitz. Wir wollen den Medizinstandort Köln durch weitere Vernetzung von Forschung und Firmenansiedlungen ausbauen.

## **2 FÜR DIE GROßSTADTGESELLSCHAFT, LEBENSQUALITÄT VERBESSERN**

### **2.1 Familien**

Die zu erwartende demografische Entwicklung macht Familienfreundlichkeit zu einer zentralen Aufgabe kommunaler Entwicklung. Die Zukunftsfähigkeit hängt auch in Köln davon ab, ob es gelingt, die Attraktivität des urbanen Lebensraums für junge Familien zu erhalten und zu stärken. Das kann nur gelingen, wenn kommunale Politik und kommunales Verwaltungshandeln in allen lokalen Handlungsfeldern Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe begreift und ernst nimmt.

Familienfreundlichkeit bedeutet dabei nicht nur, eine ausreichende Anzahl von qualitativ angemessenen Kinderbetreuungsplätzen zu schaffen. Eine angemessene Versorgung mit Betreuungsplätzen kann allenfalls das Fundament einer familienfreundlichen Stadt sein. Für den Aufbau einer familienfreundlichen Stadt muss der gesamte Lebensraum der Familien einbezogen werden. So brauchen gerade junge Familien angemessenen Wohnraum, der auch bezahlbar ist. Weiterhin gilt es auch die Serviceleistungen rund um die Familie zu betrachten. Von Interesse ist dabei beispielsweise die Fragestellung, wie es in einem Veedel um die ärztliche Versorgung (Hausärzte, Kinderklinik, Kinderärzte etc.) bestellt ist. Auch die Öffnungszeiten von Ämtern und Behörden sowie Fachgeschäften sind wichtig. Ebenso die Erreichbarkeit dieser Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten.

Konkret wollen wir folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität von Familien in Köln umsetzen:

#### **2.1.1 Familienfreundliches Wohnen**

Wir fordern ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für Familien mit mehr als zwei Kindern und für Alleinerziehende zu schaffen. Es ist ein Skandal, dass Landesmittel zur Förderung des Sozialen Wohnungsbaus von der Stadt Köln nicht abgerufen werden.

#### **Familiengerechte Wohnmöglichkeiten**



Bei allen Stadtentwicklungsprojekten muss anhand eines Fragenkatalogs zwingend geprüft werden, ob familienfreundliche Maßnahmen adäquat berücksichtigt wurden. Ein derartiger Fragenkatalog sollte zum Beispiel Kriterien wie eine ausreichende Zahl an Großwohnungen oder die verfügbare Zahl an Betreuungsplätzen im Umfeld enthalten

### **Verstärkte Bereitstellung von Einfamilienhausgrundstücken**

Es ist in den letzten Jahren vermehrt zu beobachten gewesen, dass junge Familien den Traum von den eigenen vier Wänden in Köln mangels Angebot und/oder den damit einhergehenden Knappheitspreisen nicht realisieren konnten und deshalb ins Umland ziehen mussten. Für die soziale Struktur der Stadt ist es nicht hilfreich, wenn sich der Anteil des Mittelstandes in Köln weiter reduziert. Deshalb muss die Stadt Köln dieser „Stadtflucht“ durch die verstärkte Bereitstellung von Einfamilienhausgrundstücken entgegenreten.

### **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch Förderung des gemeinschaftlichen Bauens**

Kooperative Baumodelle haben nach dem Krieg für die schnelle Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum gesorgt. Diesen positiven Grundgedanken gilt es jetzt wieder aufzugreifen und durch die Stadt positiv zu begleiten.

### **Unterstützung von Mehrgenerationenhäusern**

Die Überalterung von Stadtteilen und Veedeln kann durch die Förderung von Mehrgenerationenhäusern reduziert werden. Es ist in vielen Veedeln festzustellen, dass sich homogene Altersschichten herausgebildet haben, die ganz spezifische Anforderungen haben. Zumeist berücksichtigt die Stadtentwicklung dies genauso wenig wie spätere Wechsel in der Altersstruktur. Mehrgenerationenhäuser helfen diese Altershomogenität zu überwinden.

### **Kinder in die Planungen einbeziehen**

Kinder gehören in die Wohnviertel, und ein Zusammenleben von „Alt und Jung“ ist der Garant für ein lebendiges Viertel. Dazu gehören bewusst geschaffene Verweilmöglichkeiten, Bolzplätze, Spielplätze- und wiesen. Die Familien mit ihren Kindern sind in die Planung und Gestaltung von Spielplätzen einzubeziehen.

## 2.1.2 Kinderbetreuungsangebot ausbauen

Das Tagesbetreuungsangebot in der Stadt Köln ist immer noch nicht zufriedenstellend um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Trotz vielfältiger Versprechungen seitens der Verwaltungsspitze besteht in vielen Quartieren ein erheblicher Mangel an angemessenen Betreuungsplätzen. Dies beginnt mit den U3-Plätzen, setzt sich mit den Ü3-Plätzen fort und endet mit dem Offenen Ganztage.

Mit dem bestehenden Tagesbetreuungsangebot für unter Dreijährige kann die Nachfrage nicht gedeckt werden. Für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt wird der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zwar de facto fast zu 100 Prozent erfüllt. Unbefriedigend sind weiterhin die hohen regionalen Unterschiede in der Betreuungsplatzdichte. Während manche Stadtteile überversorgt sind, gibt es unverändert Bereiche in denen erheblicher Bedarf besteht. Da es den Eltern nicht zuzumuten ist, lange Wege in Kauf zu nehmen, fordern wir die weißen Flecken auf der Kölner Stadtkarte mit Sondermaßnahmen schnellstmöglich zu schließen.

Über den gesetzlichen Mindestanspruch hinaus wurde das Angebot an Ganztagsplätzen in den vergangenen vier Jahren zwar erweitert, reicht aber bei Weitem nicht aus.

Alle Grundschul Kinder sind mindestens halbtags schulisch betreut. Das Angebot an Ganztags- und ergänzender Ferienbetreuung für Grundschul Kinder entspricht ebenfalls noch nicht der Nachfrage.

Die Situation verbessern könnten:

- kürzere Genehmigungsverfahren bei der Schaffung neuer Betreuungsplätze
- stärkere Rücksichtnahme auf Bedarf an Tagesrandzeiten (z. B. Schichtarbeiter)
- Verbesserung und Ausbau der OGTS-Plätze (Offenen Ganztagschulen)

Wir machen Politik für unsere Kinder und damit auch für unsere Zukunft. Die Kinderbetreuungs-einrichtungen müssen sich stärker zu Bildungseinrichtungen entwickeln. Kinder müssen sich dort geborgen fühlen, sie müssen gefördert und gefordert werden. Kinder brauchen ein Umfeld, in dem sie ihre Fähigkeiten entwickeln können.

Nicht für alle Kinder ist jedoch eine U3-Betreuung mit vielen Kindern das richtige Angebot, deshalb brauchen wir unterschiedliche Betreuungsmöglichkeiten. Auch brauchen Familien flexiblere

Betreuungszeiten, die u. a. den Anforderungen, die sich aus flexiblen Arbeitszeiten oder Schichtarbeit ergeben, nachkommen.

### **2.1.3 Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter fördern**

Fast die Hälfte der jungen Mütter und ein knappes Drittel der jungen Väter im Alter von 16 bis 25 Jahren sind ohne Berufsausbildung. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit und eröffnet jungen Familien Perspektiven. Junge Eltern, insbesondere auch junge Alleinerziehende, stehen vor der besonderen Herausforderung, Berufsausbildung mit der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu vereinbaren. Die Möglichkeit der dualen Teilzeitausbildung bietet eine gute Chance, dennoch zu einem Ausbildungsabschluss zu kommen und wirtschaftlich unabhängig zu werden. Die Möglichkeit der Teilzeitausbildung wird aber in Köln noch viel zu wenig genutzt. Deshalb muss bei jungen Eltern, Alleinerziehenden und Betrieben verstärkt auf diesen Weg aufmerksam gemacht und dafür geworben werden. Hier sind IHK und Handwerkskammer besonders in der Pflicht. Eine erfolgreiche Berufsausbildung von Alleinerziehenden setzt eine auf diese besondere Lebenssituation abgestimmte Kinderbetreuung sowie passende Berufschul- und betriebliche Ausbildungszeiten voraus.

Auch die Kölner Unternehmen und Hochschulen sollen in die Verantwortung genommen werden und Betreuungsangebote anbieten. Ggf. sollen Netzwerke gebildet werden, die die Unternehmen in familienpolitischen Fragen durch externe Beratung unterstützen, da entsprechende Überlegungen bislang häufig (noch) nicht zum „Kerngeschäft“ der Firmen und Betriebe – insbesondere dann, wenn sie im produzierenden Gewerbe zuwege sind – gehören.

## **2.2 Kinder und Jugend**

Gute Kinder- und Jugendpolitik ist eine Investition in die Zukunft. Die Stadt Köln muss wesentliche Rahmenbedingungen schaffen, damit Kinder wohlbehütet und in einem funktionierenden Sozialgefüge aufwachsen. Es muss ein breites Teilhabeangebot für Jugendliche unterstützt werden, um die bestmöglichen Voraussetzungen für die spätere berufliche Entwicklung zu schaffen. Die CDU möchte Familien unterstützen, aber nicht bevormunden. Dazu gehört auch eine Förderung des Miteinanders von Schulen, Vereinen, Unternehmen und Verbänden auf allen Ebenen.

### **2.2.1 Partizipation**

Die CDU Köln fordert, Jugendliche stärker am Geschehen in dieser Stadt teilhaben zu lassen. Dazu gehört eine moderne Ausrichtung der Verwaltung. Zentrale Dokumente (Amtsblatt, Haushalt) müssen zeitnah online kostenlos zur Verfügung stehen.

Für Jugendliche soll ein spezielles Team mit Ansprechpartnern eingerichtet werden. Diese verwalten eine zentrale e-Mail-Adresse sowie eine Rufnummer für Kinder und Jugendliche in Not, über welche Betroffene Kontakt mit der Stadt aufnehmen können. Dieses Team soll auch Ansprechpartner für Schulen sein um z. B. Projekttag und Politikunterricht zu begleiten und Abläufe der Kommunalpolitik vorzustellen.

Jugendlichen sollen zur Mitwirkung vor Ort ermutigt werden. Anregungen wie z.B. Rad-Ampelschaltungen, Sanierungsbedarf auf Spielplätzen, Öffnungszeiten von Jugendzentren, Probleme mit der KVB können so jugendgerecht aufgenommen und bearbeitet werden.

### **2.2.2 Teilhabe am Kultur- und Freizeitangebot**

Das vielfältige Kultur- und Freizeitangebot der Stadt Köln kann von Schülern, Auszubildenden, Studenten und kinderreichen Familien aufgrund hoher Eintrittspreise nur begrenzt wahrgenommen werden. Daher fordert die CDU die Einführung von Ermäßigungen alle Kölner Einrichtungen wie z. B. Museen und Schwimmbädern. Hierbei können auch freie Kapazitäten genutzt und besser verteilt werden. Für Studenten können die Museen z.B. besondere Zeiten ermäßigt anbieten (z.B. Römisch-Germanisches Museum bei schlechtem Wetter, Wallraff-Richartz-Museum freitags, Museum Ludwig von 11-13 Uhr in der Woche). Für Schüler fordert die CDU Köln eine Ferienkarte. Auch hier kann auf freie Kapazitäten geachtet werden (z.B. Schwimmbad in den Morgenstunden). Besonders der Besuch von Freibädern darf in den Sommerferien nicht zu sozialer Selektion führen.

### **2.2.3 Jugendzentren**

Die CDU Köln fordert ein Konzept für Jugendzentren in Köln mit stadtteilspezifischen Schwerpunkten. Besonders in sozialen Brennpunkten muss die Stadt auf mehreren Wegen die Jugendlichen ansprechen. Hier muss die Zusammenarbeit mit Schulen, Unternehmen, Verbänden und Vereinen gefördert werden. Zum Beispiel die Vermittlung von Praktika zum Einstieg in die Berufswelt muss koordiniert und vereinfacht werden.

Die CDU Köln fordert die Kürzungen der letzten Jahre für Jugendzentren in ganz Köln zu stoppen. Wir fordern, dass der Bürokratieaufwand zur finanziellen Absicherung der Jugendzentren abgebaut wird, Sozialarbeiter müssen mit Jugendlichen arbeiten und nicht Anträge schreiben.

Jugendzentren sollen ein attraktives aber ergänzendes Angebot darstellen und sollen statt Konkurrenz die Kooperation mit Vereinen suchen. Um Jugendliche, die keinen Zutritt zu Bars und Clubs bekommen, eine Anlaufstelle zu bieten, sollen Jugendzentren auch Ü16-Partys anbieten können.

### **2.2.4 Junge Bedürfnisse im ÖPNV und Straßenverkehr berücksichtigen**

Für die CDU Köln steht die Familie im Mittelpunkt unserer Politik. Deshalb muss auch der Schulweg unserer Kinder sicher gestaltet werden ohne Rücksicht darauf, mit welchem Verkehrsmittel der Weg zur Schule bestritten wird. Deshalb fordert die CDU Köln den Einsatz von Gelenkbussen gerade an überlasteten Strecken vor Schulbeginn gezielt zu verstärken. Auch der Fußweg sollte für die Kleinsten noch sicherer gemacht werden. Deshalb müssen beispielsweise die Zebrastreifen in Schulgebieten ausgeweitet und Schülerlotsen gezielt an Gefahrenpunkten eingesetzt werden. Ein Projekt für mehr Schülerlotsen sollte mit geringen öffentlichen Mittel umsetzbar sein und durch freiwillige Helfer (ältere Schüler, Eltern, Nachbarn, Senioren) getragen werden.

Die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im ÖPNV muss verbessert werden. Gleiches gilt für die Anbindung der Veedel. Dazu bedarf es einer höheren Taktung und einer Ausweitung der Betriebszeiten auf allen Linien.

Damit der Studienstandort Köln weiterhin so attraktiv bleibt, muss beispielsweise auch die Anbindung an die Universität verbessert werden. Deshalb setzt sich die CDU Köln dafür ein, dass die Taktung der Linie 9 nicht nur von 8 bis 10 sowie von 15 bis 19 Uhr verstärkt, sondern vor allem auch zu Vorlesungsbeginn kurz vor 12 und 14 Uhr erhöht wird. Außerdem soll die Linie 142 später als 20:10 Uhr fahren, da die Vorlesungsveranstaltungen regulär bis 21 Uhr stattfinden.

### **2.2.5 Kinderfreundlichkeit**

Köln ist für Kinder eine wunderbare Stadt. Um die Kinderfreundlichkeit weiter zu verbessern fordert die CDU Köln:

- von Kindern gesprochene Ansagen in der KVB und von Kindern gestaltete Abteile.
- Gestaltung von öffentlichen Plätzen und Spielplätzen mit Grundschulen und Kindergärten.

- Gemeinsames Abgehen von Schulwegen, Spielplätzen, Straßen, Bibliotheken etc. mit Kindern und Vertretern der Verwaltung, wobei Kinder konkret auf Probleme, die Erwachsene nicht bemerken würden, aufmerksam machen können.
- Unterstützung eines Kinder- und Jugendprogramms im lokalen TV, das sich mit den kommunalpolitischen Themen von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzt und auch von diesen gestaltet wird.

Kinderfreundliche und jugendpolitische Maßnahmen werden am besten von Kindern und Jugendlichen genutzt, daher unterstützt die CDU besonders junge und kinderreiche Familien.

## **2.3 Frauen**

### **2.3.1 Förderung von Frauen**

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften soll erhöht werden, um beispielhaft für die freie Wirtschaft zu agieren. Wir wollen Frauen auf allen Ebenen unterstützen. Dazu gehört auch eine gleichwertige Entlohnung von Frauen und Männern in der Stadtverwaltung.

### **2.3.2 Leben mit einem Gefühl der Sicherheit**

Die CDU Köln wünscht sich für die Bürger unserer Stadt ein lebens- und liebenswertes sicheres Köln. Die Sicherheitslage in Köln weist ein großes Manko auf. Ein erhöhtes Risiko Überfällen ausgesetzt zu werden, besteht insbesondere bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel in den Abend- bzw. Nachtstunden. Wir fordern daher mehr Sicherheit auf den Bahnsteigen, in allen Tunneln und in Bahnen. Dazu gehören: Bahnbegleiter in der KVB, der Ausbau der Taxirufe an Haltestellen, Beleuchtung aller Tunnel und die Verbesserung der Beleuchtung von Fahrradwegen.

### **2.3.3 Integration von Frauen und Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte**

Werte wie Rechtsgleichheit, Selbstbestimmungsrecht, Menschenwürde, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, gewaltfreie Konfliktlösung usw. sind das Ergebnis einer über sehr viele Jahre dauernden sozialen Entwicklung hin zu einer demokratischen Gesellschaft. Sie sind nicht in allen Kreisen gleich stark durchgesetzt und einige davon können

noch längst nicht als vollständig verwirklicht gelten.

Die Rechte der Frauen als Menschenrechte sind in unserer Gesellschaft unantastbar.

Wir fordern ein Netzwerk zum Schutz von Frauen und Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte vor Gewalt in der Stadt Köln. Die Federführung soll hier bei der Stadtverwaltung liegen. Wir planen langfristig angelegte Aufklärungskampagnen zum Thema „Gleichstellung“ von Mädchen und Frauen:

- Die muttersprachlichen Beratungsangebote sind auszuweiten, sowie Projekte, die kultursensible Unterstützungsangebote für Frauen bereitstellen.
- Ausweitung der Förderung von Projekten, die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit in Kindertagesstätten und Schulen durchführen.

### **Situation von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt**

Erwachsene Zuwanderer werden in unserer Gesellschaft vor allem über den Arbeitsplatz integriert. Die berufliche Situation ist also auch ein entscheidender Faktor für eine gelungene Integration.

Die erste Generation von Zuwanderinnen übte fast ausschließlich niederschwellige Tätigkeiten aus. Sie waren als Fabrikarbeiterinnen oder Reinigungskräfte tätig. Mittlerweile hat sich das berufliche Tätigkeitsfeld von Zuwanderinnen geändert.

Eine besonders wichtige Rolle bei der Integration spielen die Töchter der Einwanderer. Diese Mädchen müssen wir ausbilden. Eine berufliche Ausbildung und eine berufliche Tätigkeit sind für viele junge Zuwanderinnen sehr wichtig und müssen gefördert werden. Jedoch haben sie im Vergleich zu deutschen Frauen schlechtere berufliche Positionen und zeigen eine hohe Konzentration auf einige wenige Berufe auf.

- Wir fordern gesonderte Anreizsysteme, insbesondere in der Stadtverwaltung, und Nachqualifizierungsmaßnahmen. Ebenso wollen wir, ähnlich der Landesregierung, ein Mentoringprogramm für junge Zuwanderinnen einführen, d. h. junge Zuwanderinnen sollen von berufserfahrenen Mentorinnen bei ihrer Berufswahl und der Suche nach einem Ausbildungsplatz individuell begleitet werden.

### **2.3.4 Keine Akzeptanz der Zwangsprostitution in unserer Stadt**

In Köln sind die Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes aus dem Jahr 2002 besonders eklatant. Die Zuhälterbanden erwerben einen hohen Profit auf Kosten der zur Prostitution gezwungenen Frauen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Zustände im Sperrbezirk am Eifeltor. Wir fordern den Oberbürgermeister auf, den ordnungspolitischen Rahmen auszuschöpfen, um Zwangsprostitution in Köln zu verhindern. Zwangsprostitution darf in unserer Stadt keinen Platz haben.

## **2.4 Senioren**

Seniorenpolitik in Köln ist eine Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung, die angesichts des demographischen Wandels vielmehr Beachtung und Unterstützung verdient.

### **2.4.1 Demografischer Wandel in Köln**

Köln unterscheidet sich in seinem Wachstum wesentlich von anderen deutschen Großstädten, die zum Teil erhebliche Einwohnerverluste verkraften müssen. Die Bevölkerung Kölns wird nach allen derzeitigen bekannten Prognosen bis 2025 weiter wachsen und dann stagnieren. Die Kölner Bevölkerungsstruktur wird sich allerdings stark verändern: Köln wird älter, bunter in den Lebensformen und multikultureller.

Es ist eine umfassende kommunale Strategie sowie bedarfsgerechte Investitionen in eine altersgerechte Infrastruktur erforderlich. Auf die gesellschaftlichen Umbrüche, verursacht durch Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartung, muss adäquat und zeitnah gehandelt werden.

Die Stadt der Zukunft muss sich weitaus stärker auf die Lebenswirklichkeit der über 60-jährigen einstellen. Der Bedarf nach infrastrukturellen Maßnahmen im Bereich Versorgungs- und Freizeitmöglichkeiten wird ebenso wie eine gute ÖPNV-Anbindung und gute Einkaufsmöglichkeiten für Menschen mit eingeschränkter Mobilität steigen.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind eine Chance, in einer zur Vereinzelung neigenden Lebenswelt wieder mehr Gemeinsinn, Solidarität und Zusammenhalt zu stiften.

Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, Grundlagen für ein Handlungskonzept zum demografischen Wandel in Köln zu erarbeiten. Die CDU Köln setzt sich mit dieser wichtigen und wesentlichen Aufgabe des demografischen Wandels intensiv auseinander und wird adäquate Lösungsvorschläge in den Entscheidungsprozess einbringen.



## **2.4.2 Wir gestalten Köln für und mit älteren Menschen**

Unsere Senioren haben in ihrem Leben sehr viel geleistet. Ihre dabei gemachten Erfahrungen sind für uns unverzichtbar. Wir empfinden es außerdem als unsere Pflicht und Aufgabe, ihre Wünsche und Sorgen angemessen zu berücksichtigen.

Moderne Seniorenpolitik ist Zukunftspolitik für die Menschen im dritten Lebensabschnitt. Senioren wollen sich einbringen, mitreden und teilnehmen in allen Bereichen des Lebens wie Politik, Wirtschaft und Kultur. Unser Ziel ist eine Partnerschaft der Generationen, nicht nur untereinander, sondern vor allem auch miteinander.

Senioren können und wollen eigenverantwortlich handeln. Um sie dabei zu unterstützen, will die CDU die Kürzungen von Rot-Grün bei der Seniorenberatung und Seniorenarbeit zurücknehmen. Wir wissen, dass gerade die älteren Bürgerinnen und Bürger ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis haben. Dem müssen wir gerecht werden.

Die älteren Menschen besitzen einen großen Schatz an Lebenserfahrung und Wissen. Diese Erfahrung und das Wissen der Älteren muss für die Kommunalpolitik und für jüngere Mitbürger in Köln nutzbar gemacht werden.

Die steigende Zahl der älteren Mitbürger ist für die Kommunalpolitik der Zukunft eine zentrale Herausforderung. Bereits heute sind in Köln 191424 Menschen im Alter zwischen 60 und 80 Jahren, 46133 80 Jahre und älter. Die Zahl der Älteren, vor allem der Hochbetagten, nimmt in den nächsten Jahren weiter zu. Damit wächst der Bedarf an Alten- und Krankenpflege. Gleichzeitig wird es immer wichtiger, die zunehmende Vereinsamung alter Menschen zu bekämpfen.

Politik für ältere Mitbürger muss jede Möglichkeit ausschöpfen, die Menschen so lange wie möglich ihr Leben eigenverantwortlich führen und gestalten zu lassen. Das liegt sowohl im Interesse der Einzelnen an einer der Würde des Menschen orientierten Lebensgestaltung, als auch im Interesse der Gemeinschaft.

## **2.4.3 Altersgerechtes Wohnen**

Als grundlegend für ein altersgerechtes Wohnumfeld sieht die Kölner CDU: Barrierefreiheit (DIN18024), ÖPNV, Freizeitmöglichkeiten, Wohnraumgestaltung, Beratungs- und Serviceangebote. Selbstbestimmtes und unabhängiges Wohnen und Leben im Alter sind aber nicht nur durch Wohnraumgestaltung und Haushaltsorganisation zu erreichen, sondern durch gelingendes Mitei-

ander von älteren Bewohnern, ihren Angehörigen, Nachbarschaften, Ehrenamtlichen, Vereinen, Institutionen und den professionellen Mitarbeitern.

„Wohnen im Alter“ wird nicht nur mit Zement gestaltet. Die Stadt Köln ist aufgefordert neben Pilotprojekten Konzepte für Köln vorzustellen. Es muss neben integrierter Planung und Konzepte für eine gesamte Stadt auch Konzepte in den einzelnen Stadtbezirken und in den Quartieren geben. Um alten- und familiengerechte Quartiere mit einer Mischung von Jung und Alt zu schaffen, werden Analysen von sozialräumlichen Entwicklungsprozessen benötigt. Diese Analyse soll den Handlungsbedarf aufzuzeigen und Konzepte für das jeweilige Quartier hieraus ableiten. Alle Beteiligten müssen zum Gelingen der Implementierungen umfassend eingebunden werden: z.B. Immobilieninvestoren, private Einzeleigentümer, Wohlfahrtsverbände, private Dienstleister, Anwohner, Vereine, Verbände, etc.

Die CDU Köln fordert am Menschen orientierter kooperativer und integrierter Ansätze, die Wechselwirkungen zwischen Wohnen und Teilhabe sowie inter- und intragenerationelle Beziehungen im Quartier einbeziehen. Es sollen Interessen und Kompetenzen der beteiligten Akteure gebündelt werden; Bauliche und soziale Maßnahmen ineinander wirken. Es sollen nicht vorrangig weitere stationäre Pflegeeinrichtungen entstehen, die der Heimgesetzgebung unterliegen, sondern wohnumfeld-integrative und partizipative, vernetzte Wohnlebensformen. Bürgerschaftliches Engagement und Gegenseitigkeitshilfen müssen gefördert werden. Zur Koordinierung in den Quartieren soll entsprechend jeweils ein professionelles Quartiermanagement eingesetzt werden.

Mit neuen Wohnformen soll die Eigeninitiative, Teilhabe und Selbsthilfe durch niedrigschwellige Angebote gefördert werden, wobei professionelle Dienstleistungen integriert werden. Durch die Nutzung formeller und informeller Ressourcen soll die Gefahr sozialräumlicher Isolation gebannt werden. Geht De-Institutionalisierung des Wohnens im Alter nicht mit einer Vernetzung der Prozesse und Strukturen (Community Care) im Wohnumfeld einher, kann dies zu Isolation und sozialer Desintegration führen. Erforderlich sind daher Rahmenbedingungen zur Organisation von Kommunität.

#### **2.4.4 Kontaktarmut und Einsamkeit vorbeugen**

Altern wird mehrheitlich als Verlust empfunden, als Verlust von Kontakten, Freizeitmöglichkeiten, Mobilität und familiärer Unterstützung. Deshalb erfreuen sich die Seniorennetzwerke in vielen Kölner Stadtteilen wachsender Beliebtheit. Die CDU verfolgt und unterstützt die flächendeckende Einrichtung von Seniorennetzwerken, deren politischer Initiator sie war.

Gerade im Bereich der Altenhilfe bedarf es der Förderung des ehrenamtlichen sozialen Engagements. Die CDU Köln tritt daher dafür ein, um neue ehrenamtliche Helfer zu werben, die die Arbeit der professionellen Helfer sinnvoll ergänzen können. Nur durch ein Netz gegliederter Altenhilfe ist es möglich, alten Menschen und ihren Familien die selbständige Lebensführung auch bei Pflegebedürftigkeit zu sichern, wo immer das gewünscht wird. In Köln müssen noch stärker als bisher Hilfen für die älteren Mitbürger und ihren Familien angeboten werden.

#### **2.4.5 Häusliche, ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfsangebote**

Absolute Priorität hat die ambulante vor der stationären Versorgung. Die Bürger sollen so lange als möglich in ihrer eigenen Wohnung selbst bestimmt leben können. Heimaufenthalte sollen durch die zahlreichen flankierenden ambulanten Angebote verhindert bzw. solange hinausgezögert werden wie möglich und verantwortbar.

Die ambulanten oder stationären Angebote werden in der Regel zurückhaltend betrachtet, anders dagegen die besonderen Wohnformen, die auf immer größere Zustimmung stoßen. Sie stellen eine gute Alternative zum Leben im Heim dar. Die Zusammenarbeit zwischen den Investoren und den Angehörigen der Mieter, den Vertretern von Selbsthilfegruppen und Wohnungsbaugenossenschaften ermutigt, in weiteren Projekten die Vorstellungen von einem selbst bestimmten Leben zu realisieren.

### **2.5 Politik für Menschen mit Behinderungen, Teilhabe erleichtern**

Mitbürger mit Behinderungen erfahren in Köln immer noch vielfach Barrieren und Ausgrenzungen. Köln muss eine behindertenfreundlichere Stadt werden. Aufgabe der Politik ist es, die Lebensbedingungen so zu gestalten, dass behinderte Menschen gemeinsam mit nicht behinderten möglichst eigenständig am sozialen und kulturellen Leben der Stadt teilhaben und eigenständig leben können.

- Dazu soll die Rolle der Behindertenbeauftragten und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gestärkt werden. Wohnungen, Arbeitsplätze, Verkehrsmittel und Verkehrswegen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen müssen so gestaltet werden, dass auch Behinderte aktiv und selbstverständlich am öffentlichen Leben teilhaben können. Hier ist auch die KVB gefragt, insbesondere im Hinblick auf die Beförderung von Rollstuhlfahrern – gleiches gilt für die Benutzer von Rollatoren, die ausreichend Platz in Bus und Bahn finden

können müssen. Auch städtische Gebäude, Kultureinrichtungen (z. B. Oper, Schauspiel, Philharmonie, Museen) und Schwimmbäder müssen behindertengerecht gestaltet werden.

- Die Wartelisten für behindertengerechte Wohnungen sind lang. Die CDU Köln setzt sich dafür ein, dass mehr behindertengerechter Wohnraum bereitgestellt wird. Ein Ausbau behindertengerechter, vor allem rollstuhlgerechter Wohnungen, ist dringend notwendig. Die Problematik stellt sich nicht nur bei Wohnungsneubauten. Auch bei der Renovierung und Modernisierung im vorhandenen öffentlichen und privaten Wohnungsbestand ist der behindertengerechte Ausbau, nach Möglichkeit mit Aufzug, voranzutreiben.
- Immer noch kaufen sich Kölner Betriebe und Verwaltungen von der Einstellungspflicht für Behinderte frei. Die CDU Köln fordert, dass sich die Stadt und die von ihr beeinflussten Unternehmen beispielgebend verhalten.
- Der Behindertensport ist noch mehr als bisher zu fördern. Dazu ist den Sportvereinen Hilfestellung in fachlicher und finanzieller Hinsicht zu gewähren, damit sie behinderte Menschen integrieren und ggf. besondere Angebote für sie machen können.

## **2.6 Campus**

Köln hat seit dem Mittelalter eine bedeutende Universität, die heute um zahlreiche weitere Hochschulen ergänzt wird. Das Angebot der Kölner Hochschulen mit einem Vollzeitstudium oder als duales System von beruflicher Tätigkeit und Studium ist sehr differenziert. Die in Köln etablierten 20 Hochschulen, Akademien und 5 Forschungseinrichtungen bilden einen wichtigen Standortfaktor für die Stadt. Dass die Kölner Universität mit ca. 100 Studienfächern auch auf Qualität setzt, wird bestätigt durch die Anerkennung als „Exzellenz-Universität“.

### **2.6.1 Ein Campus zum Wohlfühlen**

Hochschullehrer und Studierende sollen sich in unserer Stadt wohl fühlen. Dafür müssen neben den bereits an der Hochschule in vielfältiger Weise vorhandenen geeignete Maßnahmen ausgebaut werden: Öffentliche Verkehrsmittel, vielfältige kulturelle und sportliche Angebote und die Möglichkeit der Entspannung in den zahlreichen Grünanlagen sind in ausreichendem Maße vorhanden. Insbesondere muss das Fahrradwege-Netz weiter ausgebaut werden.

Trotz eigener Initiativen der Hochschulen ist das Angebot für die Betreuung von Kindern im Hochschulbereich noch nicht ausreichend und bedarf dringend weiterer Förderung.

Ausländische Studierende und Hochschullehrer, vor allem auch solche aus den Partnerstädten, bedürfen zusätzlicher Unterstützung, sofern sie von den Hochschulen nicht oder nicht hinreichend geleistet wird, z. B. bei der Vermittlung von Praktika oder bei finanzieller Unterstützung.

### **2.6.2 Hochschulen zur Standortstärkung bewerben**

Die Hochschulen mit ihren Lehrern und Studierenden liefern zahlreiche Ergebnisse, die auch die Menschen und das Leben in Köln maßgeblich beeinflussen und damit den Standort Köln in Gänze stärken. Dazu gehören u.a. ein verbessertes Bildungs- und kulturelles Niveau des Einzelnen und der Gesellschaft. Die Hochschulen bilden aber auch Experten für die vielfältigen Gebiete des Arbeitsmarktes aus, die in einer Großstadt wie Köln hilfreich sind. Die Vielzahl von ausländischen Studierenden und Hochschullehrern sind Multiplikatoren in ihren Heimatländern und fördern den Tourismus. Zudem schaffen die Hochschulen ein soziales Umfeld mit nationalen und internationalen Netzwerken. Deshalb sollten auch die bestehenden Sprachkurse für ausländische Studierende in den Sommermonaten in Zusammenarbeit mit der Stadt Köln und ihren Institutionen, z. B. Volkshochschule oder IHK, ausgebaut werden, um das in Deutschland bewährte System der dualen Ausbildung näher zu bringen und damit die Attraktivität unseres Arbeitsstandorts zu bewerben. Nicht zuletzt gehören die Institutionen fest zum Stadtbild. Dies wollen wir unbedingt beibehalten.

Von den Kölner Hochschulabsolventen wählen etwa 40 Prozent Köln als ihren Lebensmittelpunkt und stehen somit dem hiesigen Arbeitsmarkt als qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung. Auch wenn diese Angaben eine eindeutige Sprache sprechen, wird die Bedeutung des Kölner Hochschulbereichs mit seinen nahezu 80.000 Studierenden in der Öffentlichkeit nicht hinreichend sichtbar. Wir fordern, dass der Kölner Hochschul-Campus in der Kölner Außenwerbung deutlicher sichtbar gemacht wird. Dazu wollen wir einen jährlichen Hochschultag einführen, um die Kölner Wirtschaft mit den Hochschulen zusammenzuführen. Außerdem wollen wir die Fachkompetenzen unserer Hochschulen unmittelbar nutzen, indem z. B. Schwerpunktstudenten der Bereiche Marketing und Kommunikation o.ä. der Stadt beratend zur Seite stehen.

### **2.6.3 Campus modernisieren und ausbauen**

Der Erfolg der Hochschulen wird nicht nur durch die Qualität der Forscher und Lehrer, sondern auch von der Ausstattung bestimmt, die von der Politik im Bund, Land und in der Kommune geschaffen werden. Zur Beseitigung des Raummangels an den Hochschulen muss Köln als Kommune den Institutionen Grundstücke für den Bau zusätzlicher Raumkapazitäten bereitstellen. Die mit

der Bereitstellung geeigneter städtischer Grundstücke zur Kapazitätserweiterung verbundenen Genehmigungsverfahren müssen unbürokratischer und zügiger erfolgen.

#### **2.6.4 Mehr Wohnraum für Studenten**

Kölner Studenten leiden stark unter der akuten Wohnungsnot in unserer Stadt. Die CDU Köln fordert bei leerstehenden öffentlichen Gebäuden und ungenutzten Flächen anzustreben, dort Wohnraum für Studenten zu schaffen. Des Weiteren kann die Wohnungsnot von in Köln Studierenden entschärft werden, indem Randgebiete Kölns mit einem höheren Wohnungsangebot besser über öffentlichen Nahverkehr und Fahrrad-Schnellstraßen an die Hochschulstandorte angebunden werden.

Die CDU Köln fordert die Schaffung von Wohnraum für die zunehmende Studierendenzahl durch Nutzung leer stehender städtischer Gebäude und Bundesliegenschaften. Der Leerstand der Wohnungen kostet die Stadt Köln jedes Jahr mehrere Millionen Euro. Bevor wir das Geld für leere Räume ausgeben, sollten wir damit lieber den wohnungssuchenden Studenten in dieser Stadt helfen. Diese leer stehenden Räumlichkeiten können Wohnraum für die steigende Zahl von Studierenden an den Kölner Hochschulen bieten. Wir fordern die Stadt Köln daher auf, die Nutzung der Räumlichkeiten als Wohnraum eingehend zu prüfen, da die Studenten dringend bezahlbaren Wohnraum brauchen. Daneben soll von der Stadt und den Wohnungsgenossenschaften Tauschbörsen initiiert werden. Vor allem ältere Menschen können dem Wunsch, in eine kleinere Wohnung zu ziehen, oftmals nicht nachkommen, da sie für die kleinere Wohnung teils mehr bezahlen als für die bisherige. Hier sollen Plattformen und vertragliche Rahmen gefunden werden, um Angebot und Nachfrage von Mietern zueinander zu bringen.

## **2.7 Bildung**

### **2.7.1 Vielfältiges und wohnortnahes Schulsystem**

Das Ziel der Bildung muss es sein, den jungen Menschen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln, damit sie selbstbestimmt ihr Leben gestalten, am künftigen Berufsleben erfolgreich teilhaben und sich im Bewusstsein ihrer sozialen Verantwortung in die Gesellschaft einbringen.

Wir wollen jedem Kind die jeweils bestmögliche Bildung ermöglichen, damit es motiviert und erfolgreich sein Leben gestalten kann. Wir setzen uns für ein differenziertes Schulsystem ein und

befürworten die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Schulformen. Wir bejahen die Ergänzung des Angebotes der öffentlichen Schulen durch private Träger.

Wir wissen, wie wichtig es für Kinder und Eltern ist, ihre Schule vor Ort zu haben. Daher setzen wir uns für wohnortnahe Schulen ein. Wir akzeptieren nicht, dass es in einzelnen Stadtteilen manche Schulformen gar nicht mehr gibt. Unser Maßstab für eine erfolgreiche Schule ist ihre Qualität, die Nachfrage durch die Eltern und nicht allein ihre Größe. In Köln fehlen vor allem Schulplätze an Gymnasien und Gesamtschulen, für deren Ausbau wir uns nachhaltig einsetzen wollen.

Wir gehen davon aus, dass die Eltern aufgrund ihres Sorgerechtes und ihrer Sorgspflicht das Wohl ihrer Kinder im Blick haben, wie dies im Grundgesetz in Art. 6 Abs.2 verankert ist. Wir respektieren den Elternwillen und setzen gleichzeitig auf Beratung, damit Eltern und Pädagogen gemeinsam den für das Kind erfolgversprechendsten Weg finden. Wir fördern die Durchlässigkeit unseres Schulsystems, damit jedes Kind den für es bestmöglichen Schulabschluss erreichen kann.

Wir unterstützen unsere Lehrerinnen und Lehrer, damit sie in Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten den Fragen und Problemen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden und sie unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Bildungsforschung auf das Leben vorbereiten.

Wir wollen gemeinsam mit allen Beteiligten daran arbeiten, den Anteil an nicht ausbildungsreifen Schulabgängern zu verringern. Die Hilfen zur Berufsorientierung an Schulen sollen früher einsetzen und intensiviert werden.

Schulen brauchen die spürbare Wertschätzung der Gesellschaft. Dazu gehört ein anregendes, geordnetes Lernumfeld. Neubau, Sanierung und Pflege der Kölner Schulen sind hierfür ein sichtbarer Ausdruck und müssen auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel weiter vorangebracht werden. Dies wurde bereits unter unserem Oberbürgermeister Fritz Schramma begonnen. Die Investitionen von mehr als einer Milliarde Euro seit 1999 waren dringend notwendig, um die Zeichen der Vernachlässigung zu beheben. Noch immer sind viele Kölner Schulen ungepflegt und in einem schlechten baulichen Zustand. Das muss sich ändern.

Unsere Kinder und Jugendlichen müssen befähigt werden, mit den neuen Medien kritisch und verantwortungsvoll umzugehen. Daher muss die Ausstattung der Schulen ein zeitgemäßes Angebot an modernen Medien umfassen.

Um den zunehmenden sozialen und erzieherischen Herausforderungen begegnen zu können, fordern wir einen erhöhten Einsatz von Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern für alle Schulformen und ihre bessere Integration in den Schulbetrieb. Zusätzlich setzen wir uns für die Erhöhung der Mittel für eine wirksame Gewaltprävention ein.

## **2.7.2 Frühe Förderung der Kinder**

Im Kindergarten werden die Grundlagen gelegt, um das Kind in seiner Entwicklung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu fördern. Gemeinsam mit dem Elternhaus stärken die Erzieherinnen und Erzieher die Verantwortungsbereitschaft, Gemeinsinn und Toleranz der Kinder. Sie sind gesetzlich beauftragt, die interkulturellen Kompetenzen der Kinder zu stärken, die Herausbildung kultureller Fähigkeiten zu ermöglichen und die Aneignung von Wissen und Fertigkeiten in allen Entwicklungsbereichen zu unterstützen.

Die spezielle Förderung von Kindern ist umso erfolgreicher, je früher sie einsetzt. Damit werden für die Kinder entmutigende Erfahrungen und teure Fördermaßnahmen in späteren Jahren vermieden. Wir wollen daher die Rahmenbedingungen verbessern, damit unsere Kinder die gesetzlich vorgesehenen Bildungsziele im Kindergarten auch tatsächlich erreichen.

Der derzeitige Engpass an Erzieherinnen und Erziehern auf dem Arbeitsmarkt behindert den weiteren Ausbau einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung. Durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen wollen wir künftig mehr gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher für die Arbeit in unseren Kindergärten gewinnen. Schule und Kindergarten sollen enger zusammenarbeiten und einen problemlosen Übergang der Kinder vom Kindergarten in die Schule vorbereiten. Insbesondere für Kinder mit Behinderung, mit sprachlichem Förderbedarf sowie für hochbegabte Kinder sind differenzierte Förderangebote bereitzustellen. Zur Frühförderung gehört auch die musikalische Bildung. Die CDU Köln setzt sich darum für den Erhalt der Rheinischen Musikschule ein.

## **2.7.3 Ausbau schulischer Ganztagsangebote**

Immer wichtiger wird es für Eltern, dass ihre Kinder Ganztagesangebote wahrnehmen können. Die von der bisherigen Ratsmehrheit beschlossene Deckelung der Ganztagesplätze ist nicht hinnehmbar. Sie verhindert die angestrebte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schließt Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern von der Teilhabe an anregenden Angeboten aus. Wir fordern kindgerechte und flexible Ganztagesangebote, die den Bedürfnissen der Kinder, den schulischen Bedingungen und den beruflichen Erfordernissen der Eltern gerecht werden. Insbesondere in kinderreichen Stadtteilen müssen vorrangig die OGTS-Plätze aufgestockt werden. Solange eine Aufstockung der OGTS-Plätze an Grundschulen z.B. aufgrund der Küchensituation nicht machbar ist, fordern wir zunächst eine Übermittagsbetreuung bis 14.00 Uhr. Familien benötigen langfristige Planungssicherheit. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Familien erst kurz vor den Sommerferien



erfahren, ob sie einen OGTS-Platz erhalten. Um Plätze nicht unnötig zu blockieren, sollen Familien, die einen OGTS-Platz haben, bereits zu Beginn des Jahres mitteilen, ob sie ihn auch im Folgejahr benötigen. Die Räume, Mensen und Außenanlagen, in denen sich unsere Kinder am Nachmittag aufhalten, müssen gepflegt, attraktiv und gut ausgestattet sein. Die Ideen und Eigenleistungen von Eltern, Schülerinnen und Schülern sind zu fördern.

Die Qualität der Angebote hängt entscheidend von der Qualifizierung und den beruflichen Perspektiven des Personals ab. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Betreuerinnen und Betreuer deutlich verbessern, um auch weiterhin motiviertes und qualifiziertes Personal für die Betreuung unserer Kinder zu haben.

#### **2.7.4 Kindeswohl-orientierte Inklusion**

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung unterzeichnet. Inklusion ist als Zielvorstellung, die ein Idealbild von schulischer Ausbildung und gesellschaftlichem Miteinander verfolgt, zu bejahen.

Die Umsetzung der Inklusion im Bildungsbereich ist ein Groß- und Langzeitprojekt, das nur im Dialog mit den Betroffenen, den Eltern sowie den Lehr- und Fachkräften gelingen kann. Dafür müssen vom Land deutlich mehr Mittel für die Stadt Köln zur Verfügung gestellt werden.

Ausgehend von den Bedürfnissen des Kindes müssen Eltern nach einer qualifizierten Beratung zwischen einem Platz an einer geeigneten Regelschule oder Förderschule wählen können. Wir setzen weiterhin auf den Fortbestand der Förderschulen mit ihren spezifischen Fördermöglichkeiten und ihren langjährigen Erfahrungen.

Der Weg zur Inklusion darf nicht zur Ideologie werden, welche die Verantwortlichen und die Kinder innerhalb des bestehenden Systems überfordert und polarisiert. Wir setzen uns dafür ein, die Unterschiedlichkeiten in Art und Grad der Behinderungen zu erkennen und zu respektieren. Wir orientieren uns bei der Wahl der Schule am Wohl jedes einzelnen Kindes, seinen individuellen Möglichkeiten, seiner Entwicklungsperspektive, den Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl des jungen Menschen, die familiäre Umsorge der Behinderten sowie an der fachliche Kompetenz und der Verantwortung aller Beteiligten. Wir setzen auf das Zusammenwirken aller Schulformen und aller am pädagogischen Prozess Beteiligten.

## **2.7.5 Stärkung des dualen Ausbildungssystems**

Die Berufskollegs haben in der Kölner Bildungslandschaft einen unverzichtbaren Auftrag. Auch aus dem Umland besuchen viele junge Menschen die Berufskollegs unserer Stadt und bereichern mit ihren vielfältigen Qualifikationen den Kölner Arbeitsmarkt. So bejahen wir die bewährte duale Ausbildung im Betrieb und in der Schule und setzen uns für den notwendigen Ausbau, eine sachgerechte Differenzierung und eine Verbesserung der Ausstattung der Berufskollegs ein. Zudem fördern wir die erfolgreiche Zusammenarbeit verschiedener Berufskollegs.

## **2.7.6 Weiterbildung**

Bildung endet nicht mit dem Beginn des Berufslebens. In der modernen, globalisierten Gesellschaft kommt der Weiterbildung und insbesondere der abschlussbezogenen Beruflichen Bildung ein hoher Stellenwert zu. Wir setzen uns für die Förderung der Weiterbildung ein und unterstützen Erwachsene, die auf dem zweiten Bildungsweg einen Berufsabschluss anstreben. Dabei ist die Volkshochschule ein wichtiger Bildungspartner für alle Kölner.

Die externen Zulassungsmöglichkeiten müssen großzügig angewandt werden, damit möglichst viele Menschen, die in früheren Lebensphasen nicht dazu gekommen sind, eine zweite Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

## **2.8 Integration**

Köln ist eine weltoffene Stadt, in der Deutsche und Zuwanderer friedlich zusammen leben. Die Kölner CDU setzt sich für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderer ein. Wir werben für gegenseitigen Respekt und lehnen daher entschieden jede Form von Abgrenzung, Diskriminierung und Gewalt ab. Dazu fordern wir die aktive Teilhabe in der Kölner Gesellschaft von allen: Migranten, Bürger mit Zuwanderungsgeschichte genauso wie Alteingesessene.

Integration bedeutet für uns die Eingliederung der Zugewanderten in unsere bestehenden Sozialstrukturen auf der Grundlage unserer Grundwerte. Sie bedeutet zugleich die Akzeptanz kultureller Verschiedenheiten auf der Basis dieser Grundwerte.

Diese auch aus der abendländisch-christlichen Tradition entwickelten Werte – allen voran die Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, Toleranz und die Gleichheit von Mann und Frau – gelten universell. Sie stehen nicht zur Disposition und dürfen nicht multikultureller Beliebigkeit geopfert werden.

Integration ist für die Kommune ein wirtschaftliches und kulturelles Potential. Wir wollen den Aufbau eines funktionierenden Querschnittsmanagements und den Ausbau der Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung. Integration muss wieder Chefsache werden. Nur dadurch ist gewährleistet, dass die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Verwaltungsbereiche mit Politik, Verbände, Wirtschaft und Interkulturelle Zentren sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.

Politische Partizipation von Zuwanderern nehmen wir sehr ernst und setzen sie um – im Rat und in den Bezirksvertretungen. Wir wollen mehr Beteiligung von Vertreter der Migrantenbevölkerung in Diskussions- und Planungsprozessen, sei es durch Arbeitskreise, runde Tische, durch Anhörungen, Netzwerke.

## **2.8.1 Integration durch Förderung von Sprache und Bildung**

### **Sprachförderung**

Etwa jeder vierte Kölner hat eine Zuwanderungsgeschichte. Bei den Kindern unter 14 Jahren steigt diese Zahl auf 40 Prozent. Sie sind keine homogene Gruppe. Viele wachsen zweisprachig auf und beherrschen neben ihrer Familiensprache auch die deutsche Sprache. Andere haben erhebliche Defizite in der deutschen Sprache. Auch das Sprachvermögen vieler deutscher Kinder ist unvollkommen. Eine wesentliche Grundlage des Schulerfolgs und der Integration in die Gesellschaft ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Alle Untersuchungen zeigen, dass Defizite in der deutschen Sprache nicht nur Minderleistungen im Deutschen, sondern auch in den Naturwissenschaften und in der Mathematik nach sich ziehen.

### **Die Förderung beider Sprachen, des Deutschen und der Familiensprache, muss integrativ erfolgen**

Der bisherige muttersprachliche Ergänzungsunterricht (MEU) hat die Zweisprachigkeit nur sehr unvollkommen gefördert. Deswegen muss der Anteil der bilingualen Grundschulen in Köln erhöht werden, und neben den bestehenden Sprachen auch Türkisch bilingual angeboten werden. Unser Kölner Regelschulangebot versagt, wenn italienische, türkische oder griechische Schulen gegründet werden, weil die Eltern darin eine größere Chance des Abiturerwerbs für ihre Kinder sehen als auf deutschen Schulen.

Die Eltern müssen stärker als bisher zur Mitarbeit angeregt werden. Aktive Mitarbeit und Unterstützung der Eltern während der Schullaufbahn ihrer Kinder kann besonders durch Identifikation mit der jeweiligen Schule gelingen. Die Schulen sollten verstärkt die Anwesenheit der Eltern mit

Zuwanderungsgeschichte bei Elternabenden, Einschulungs- oder Informationstagen der Schulen zu persönlichen Gesprächen nutzen. Um dies vom ersten Schuljahr an zu pflegen sollten zunächst Informationsveranstaltungen für Eltern ohne ausreichende Deutschkenntnisse angeboten werden. Die Anwesenheit von Personen mit den entsprechenden Sprachkompetenzen könnte für den betreffenden Elternkreis helfen Hemmungen zu überwinden und die Kontaktaufnahme in den Schulen ihrer Kinder erleichtern.

**Die Elternvertretungen müssen verstärkt für die Sprachproblematik sensibilisiert werden, um für sprachliche Hilfestellungen zu sorgen.**

Eine weitere Möglichkeit sind parallele Sprachlernangebote besonders für die Mütter der Kindergarten- und Grundschul Kinder. Die Erfahrung hat gezeigt, dass ausländische Mütter Deutschförderprogramme annehmen, wenn sie die Vorteile für ihre Kinder erkennen. Die Integration der Mütter in den Bildungsprozess ihrer Kinder ist eine immerwährende, aber sehr lohnende Aufgabe für Kindergärten und Schulen. Der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse hilft den Müttern unsere Wertvorstellungen zu erfahren und zu akzeptieren.

### **Schulische Angebote**

Aus soziokulturellen Gründen darf die Teilnahme an schulischen Angeboten nicht verweigert werden. So muss die Teilnahme an Klassenfahrten, Schulprojekten und Förderkursen ebenso verpflichtend eingefordert werden wie am Sportunterricht. Nur bei uneingeschränkter Teilnahme an allen Klassen- und Schulveranstaltungen kann eine Integration der Jugendlichen erfolgen.

Der Sportunterricht stellt einen idealen Rahmen dar, Fairness, das Einhalten von Regeln, Zuverlässigkeit, Teamgeist und zielgerichtetes Handeln zu erproben. Die Schulen müssen eventuell in Zusammenarbeit mit Vereinen verstärkt Sport-AGs einrichten. Diese bieten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, Können und Fähigkeiten zu zeigen, die im normalen Schulalltag oft nicht die nötige Beachtung finden. Gleichzeitig sollen Kölner Sportvereine angeregt werden, sich verstärkt in den Schulen vorzustellen, um für ihre Sportart zu werben. Sportvereine rein-nationaler Prägung stehen einer Integration entgegen.

Viele Jugendliche setzen sich verstärkt mit Werte- und Sinnfragen auseinander. Diese Fragen werden besonders im Religionsunterricht erörtert. Deswegen ist es wichtig, dass auch islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrern im staatlichen Rahmen angeboten wird.

## 2.8.2 Die älteren Generationen

Deutschland ist seit fünfzig Jahren Einwanderungsland, ernsthafte Integrationsbemühungen sind erst in den letzten zehn Jahren in Gang gekommen. Die CDU Köln sieht daher auch bei der älteren Generation einen Nachholbedarf. Zunehmend verbringen Migranten der ersten Generation ihren Lebensabend in Deutschland, dem Land, in dem sie fast ein Leben lang gearbeitet und das sie mitgestaltet haben. Eine geteilte Gesellschaft trifft diese Menschen besonders hart. Nach unserem Selbstverständnis gehört auch der ältere Mensch in die Mitte der Gesellschaft. Damit einher geht die aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft. Die CDU setzt sich für die Umsetzung der folgenden Maßnahmen ein:

- Altersheime sollen die besonderen Bedürfnisse von Migranten berücksichtigen (z. B. Religion, Ernährung, Traditionen, Feiertage)
- Förderung/Unterstützung von älteren Migranten bei der Suche nach barrierefreien Wohnungen (Probleme Sprachkompetenz und Berührungängste)
- Förderung/Unterstützung von Demenz erkrankten Migranten (fehlende Strukturen im Umfeld)

## 2.8.3 Umgang mit EU-Bürgern

EU-Bürger, die von ihrem Freizügigkeitsrecht Gebrauch machen und sich hier integrieren wollen, sind herzlich willkommen. Armutseinwanderung muss adäquat von der Stadt Köln begleitet werden. Dazu gehört eine kritische Betrachtung der verteilten Sozialleistungen. Bei mutwilligem Missbrauch müssen die vorhandenen Instrumente ausgeschöpft werden.

## 2.8.4 Integration durch Sport

Die Kölner CDU unterstützt das Programm „Integration durch Sport“ – der Sportjugend Köln.

Der Sport im Verein leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, denn Sport verbindet und fördert das Miteinander und schafft Gemeinsamkeiten. Der Dialog zwischen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Aufnahmegesellschaft wird erleichtert. Das Selbstbewusstsein durch den Sport wirkt gestärkt, macht weniger anfällig für Gewaltbereitschaft und bietet Zugehörigkeit zu einer Gruppe, ein Verständnis für soziale Strukturen entsteht und das Akzeptieren von Regeln wird erlernt.

Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte werden von den 700 Sportvereinen in Köln erreicht und gefördert. Aufgabe der Stadtverwaltung muss es sein, die Vereine bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Besonders zu erwähnen ist die Gewaltprävention, die von den Jugendleitern oft in Zusammenarbeit mit der Polizei und der Stadtverwaltung geleistet wird. Der CDU Köln ist es wichtig, dass dies in den bewährten Strukturen geschieht.

Die Bereitstellung von Mitteln für die Ausbildung von Trainerinnen und Trainern ist von großer Bedeutung. Sie müssen neben den sportlichen Qualifikationen auch den Anforderungen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gerecht werden, um sie zu erreichen.

Dazu gehört die notwendige Überzeugungsarbeit bei Eltern muslimischer Mädchen, sie trotz kultureller oder religiöser Vorbehalte für die Vereine zu gewinnen und für die Vereine zu erhalten.

Die Sportvereine müssen mehr als ein normales Sportprogramm anbieten. Es muss in angemessener Weise Rücksicht auf die Besonderheiten der verschiedenen ethnischen Gruppen genommen werden.

### **2.8.5 Interessenvertretung der Migrantenverbände**

Die CDU Köln wünscht sich eine stärkere Einbindung der Migrantenverbände in die städtischen Integrationsbemühungen und wird dies weiterhin fördern. Für eine solche Zusammenarbeit ist es zwingend notwendig, dass sich die Interessen der Migrantenverbände an dem Wohl der gesamten Gesellschaft orientieren. Einseitige Betrachtungen der politischen Herausforderungen der Ursprungsländer oder einzelner Volksgruppen außerhalb Deutschlands stehen unserem Bild der Integrationsgesellschaft konträr entgegen. Diese Bestrebungen tragen nicht zur Integration ihrer Mitglieder in Deutschland bei und können alle Integrationsbemühungen schwer beschädigen.

Es ist Voraussetzung für die Unterstützung durch die CDU Köln, dass die Verbände der Interessenvertretung ihrer hier lebenden Mitglieder die absolute Priorität einräumen. Die gemeinsame Zukunft in Köln und Deutschland ist unsere gemeinsame Aufgabe.

## **2.9 Vertriebene und Aussiedler**

Die CDU bekennt sich zu den in Köln angekommenen und aufgenommenen deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedlern. Sie steht auch in Zukunft fest an ihrer Seite. Die CDU Köln kümmert sich in besonderer Weise um alle Spätaussiedler, vor allem die Deutschen aus Russland bzw. den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, und fördert die Lebendigkeit des mitgebrachten Erbes. Wir

werden innerhalb der CDU-Ratsfraktion einen Aussiedlerbeauftragten benennen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) Köln und die Landsmannschaften werden auch künftig ein wichtiger Partner der CDU sein. Die Stadt Köln muss weiterhin zu ihren Verpflichtungen und Aufgaben für vertriebene und Aussiedler stehen. Dazu zählen insbesondere das Patenschaftswerk Köln-Breslau mit der Breslauer Sammlung, das Vereinshaus der Siebenbürger Sachsen, der Tag der Heimat sowie die Einbeziehung von Vertriebenen und Aussiedlern in die Städtepartnerschaften mit Kattowitz, Klausenburg und Wolgograd.

## **2.10 Bürgergesellschaft**

Die CDU setzt sich unverändert dafür ein, die Rechte der Bürger zu stärken und ehrenamtliches Engagement zu fördern. Mit der Einführung des Bürgerhaushalts und dem Ehrenamtstag wurden unter CDU-Führung bereits wichtige Dinge verankert. In den nächsten Jahren gilt es diese zu verteidigen und die bürgerlichen Rechte weiter auszubauen.

So setzen wir uns dafür ein, dass große Infrastrukturprojekte und große städtische Neubauten immer mit einem direkten Bürgerentscheid verknüpft werden sollten. Deshalb unterstützen wir aktuell u.a. das Bürgerbegehren gegen die geplante Bebauung auf dem Rathausvorplatz.

Zur Stärkung der Bürgergesellschaft gehört auch die Stärkung der Entscheidungskompetenz der neun Bezirksvertretungen. In den letzten Jahren sind deren Entscheidungsbefugnisse zunehmend ausgehöhlt worden. Einerseits versucht die Verwaltung immer mehr lokale Entscheidungen als laufendes Geschäft der Verwaltung zu deklarieren. Andererseits versucht der Rat immer mehr Entscheidungen mit der Begründung des übergeordneten Interesses an sich zu ziehen. Beides ist nicht akzeptabel und es muss dringend ein neues Modell für die Zusammenarbeit der Bezirke mit Rat und Verwaltung erarbeitet werden.

Die Basis jeglichen Zusammenlebens in einer Kommune bildet unverändert das ehrenamtliche Engagement. Egal ob im Sportverein, in der Kultureinrichtung oder im Sozialbereich. Ohne ehrenamtliche Helfer geht es nicht. Deshalb bedarf es einer detaillierten Analyse, wie man auf kommunaler Basis das Ehrenamt weiter stärken kann.

## **2.11 Diversity**

Mit der Unterzeichnung der Charter der Vielfalt am 13.03.2008 hat sich die Stadt Köln zum Diversity Management – Nutzung sozialer Vielfalt – bekannt und sich für die Erstellung eines städtischen Diversity-Konzeptes entschieden. Ein entsprechender Sachstandsbericht der Verwaltung zur

Erarbeitung des städtischen Diversity-Konzeptes wurde zwar im Oktober 2010 vom Rat „zustimmend“ zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung ist leider jedoch bisher nicht erfolgt.

Wir setzen uns auf der Basis von Toleranz, Nächstenliebe und Achtung konsequent für den Abbau rechtlicher und tatsächlicher Diskriminierung schwuler, lesbischer, bi- und transsexueller Menschen sowie Menschen mit einer anderen kulturellen und sprachlichen Biografie im gesamten Stadtgebiet ein. Wir werden uns für die Implementierung des Diversity-Gedankens auf allen Ebenen der Stadtverwaltung und des zivilen und wirtschaftlichen Lebens unserer Stadt einsetzen.

Bei den Themen Gleichstellung, Integration oder Antidiskriminierung fehlt seitens der Verwaltung ein einheitlicher Ansatz. Im Gegensatz dazu findet sich in vielen, international tätigen Unternehmen ein sogenanntes „Diversity Management“ oder auch Vielfaltsmanagement, in dem die individuelle Verschiedenheit der Mitarbeiter einheitlich im Sinne einer positiven Wertschätzung hervorgehoben und für den jeweiligen Unternehmenserfolg nutzbar gemacht wird. Ziele von Diversity Management sind, eine positive Gesamtatmosphäre zu schaffen, soziale Diskriminierungen zu verhindern und die Chancengleichheit zu verbessern. Dabei sollen jedoch nicht verschiedene „Minderheiten“ im Fokus stehen. Vielmehr ist die Gesamtheit der Mitarbeiter sowie der Einwohner Kölns mit ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten zu berücksichtigen. Das daraus resultierende Potential gilt es auch für die Verwaltung zu heben.



## **3 INFRASTRUKTUR BEWAHREN, IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN**

### **3.1 Verkehr**

Mobilität ist ein wesentlicher Teil unserer modernen Gesellschaft. Berufsverkehr, Güter- und Lieferverkehr, Freizeitverkehr, Schüler- und Ausbildungsverkehre sind Ausprägungen dieser Mobilität. Unsere zukunftsorientierte Verkehrspolitik folgt dem Leitgedanken eines partnerschaftlichen Miteinanders von Fußgängern, Radfahrern, Auto- und Motorradfahrern und Bus- und Bahnreisenden. Dazu gehört selbstverständlich auch, Menschen, deren Bewegungsfreiheit durch Behinderung eingeschränkt ist, mit barrierefreien Zugängen ein Höchstmaß an Mobilität zu ermöglichen.

#### **3.1.1 Mobilität bedeutet Bewegung**

Unsere zukunftsorientierte Verkehrspolitik zielt darauf ab, den Verkehr fließen zu lassen. Gleichmäßig fließender Verkehr ist ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz in der Stadt. Deshalb lehnen wir den übermäßigen Rückbau von Fahrspuren ab. Die Wahl des geeigneten Verkehrsträgers treffen die Kölnerinnen und Kölner aber in freier, eigener Verantwortung. Die Politik hat für genügend attraktive und bezahlbare Angebote zu sorgen. Den Stau als Mittel der Verkehrspolitik wird es mit uns nicht geben.

#### **Pflege der Verkehrsinfrastruktur**

Die Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiges Kapital für Köln. Seit Jahren ist die Unterhaltung dieser Infrastruktur massiv unterfinanziert. Der Zustand unserer Brücken ist dafür genauso ein skandalöses Beispiel wie die unzähligen Schlaglöcher im Stadtgebiet. Mittlerweile wird der Instandhaltungsrückstau mit über 200 Millionen Euro angegeben. Deshalb müssen wir den baulichen Zustand der Kölner Straßen, der Rad- und Gehwege zwingend verbessern und dafür mehr Mittel aufwenden als SPD und Grüne bereit sind.

Straßenaufbrüche in hoher Zahl und fehlende Kontrolle der sachgemäßen Wiederherstellung führen häufig zu einer substanziellen Schädigung der Verkehrsinfrastruktur. Das unkoordinierte Hintereinander solcher Aufbrüche ist ein zusätzliches Ärgernis wegen der mehrfachen Verkehrsbehinderung. Da es offensichtlich nicht gelingt, die Bautätigkeit der privilegierten Versorgerunterneh-

men ausreichend zu koordinieren und zu kontrollieren, muss eine gesetzliche Regelung dafür sorgen.

### **Abbau von Hindernissen und Reduktion von Staupotentialen**

Einschränkungen in der Leistungsfähigkeit unseres Straßennetzes lehnen wir ab. Deshalb wollen wir auf der Rheinuferstraße eine kreuzungsfreie Lösung mit der Stadtbahn ermöglichen, deshalb wollen wir die Bonner Straße vierspurig bis zur Schönhauser Straße erhalten, deshalb wollen wir endlich die Verlängerung des Gürtels bis zur Mülheimer Brücke erreichen.

Die Leistungsfähigkeit des bestehenden Straßennetzes wollen wir durch verschiedene Maßnahmen optimieren. So wollen wir das Verkehrsleitsystem weiter ausbauen und die Telematiksysteme weiterentwickeln. Die Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsstraßen muss erhalten und soweit nötig ausgebaut werden. Wir wollen besser vernetzte „Grüne Wellen“ auf den Hauptverkehrsstraßen schaffen. Ampeln sollen – soweit möglich – eingespart werden und Kreuzungsbereiche sollen verstärkt als Kreisverkehre gestaltet werden. Um die Verkehre in der morgendlichen und abendlichen Hauptverkehrszeit auf den Ausfallstraßen besser fließen zu lassen, sollen – soweit räumlich möglich – Wechselspuren geschaffen werden.

### **Nord-Süd-Fahrt**

Eine leistungsfähige Nord-Süd-Fahrt ist für den innerstädtischen Individualverkehr eine zwingende Notwendigkeit. Zugleich ist sie eine städtebauliche Wunde, die die Aufenthaltsqualität der gesamten Umgebung massiv beeinträchtigt. Deshalb wollen wir diese Verbindungsstraße unter die Erde legen. Die die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt ist ein zentrales Element für die Neugestaltung der Umgebung von Oper, Schauspielhaus und Offenbach Platz. Die Finanzierung einer solchen Maßnahme muss durch Überbauung der so gewonnenen Fläche erfolgen.

Der Bahnknoten Köln ist ein großes Hindernis für die Ausweitung des Nah- wie auch des Güterverkehrs in und um Köln. Zwar ist das Bewusstsein dafür deutlich gestiegen, dass dieses für den ganzen Westen Deutschlands elementare Problem gelöst werden muss, allerdings fehlt es immer noch an Realisierungsmaßnahmen. Wir erwarten von der Deutschen Bahn AG ernsthafte Anstrengungen für eine schrittweise aber zeitnahe Entschärfung dieses Problems und werden weiterhin erhebliche Anstrengungen unternehmen, dieses Ziel zu erreichen. Dabei sind der Hauptbahnhof Köln und der Bahnhof Deutz/Messe organisatorisch und verkehrstechnisch auf geeignete Weise zu einer zentralen Station mit zwei Terminals zusammenzufassen und ihre Kapazität zu erweitern.

## **Verkehrskonzept Kölner Norden**

Einer der Verkehrsknotenpunkte Kölns befindet sich im Kölner Norden. Seit Jahren wird insbesondere im Stadtbezirk Chorweiler auf den Hauptverkehrsachsen, die durch Wohngebiete führen, eine Zunahme des LKW- und Individualverkehrs verzeichnet, welche sich zukünftig verstärkt fortsetzen wird. Eine vernünftige Verkehrsplanung auch zur Entlastung der Bevölkerung ist dringend geboten. Wir fordern das seit Jahrzehnten ausstehende Verkehrskonzept für den Kölner Norden.

### **3.1.2 Weg mit dem Schilderwald**

Eine Entrümpelung und Aktualisierung der Straßen- und Richtungsbeschilderung ist eine Daueraufgabe. Diese Aufgabe soll auch mit Hilfe des Sachverständs und des Engagements der Bürgerinnen und Bürger geleistet werden, die vor Ort am besten die Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten kennen. Dafür hält die Stadt eine Anlaufstelle bereit. Das Ziel muss sein, für je zwei neue oder ersetzte Verkehrsschilder ein Schild abzubauen. Zur besseren Orientierung innerhalb der Stadt gehört eine flächendeckende Ausschilderung mit Straßennamensschildern.

### **3.1.3 Sicher geht vor**

#### **Verkehrsberuhigung in Wohngebieten**

Wir setzen uns dafür ein, dass Wohngebiete verkehrsberuhigt werden, um die Lebensqualität zu unserer Veedel zu verbessern.

#### **Sinnvolle Verkehrsüberwachung**

Verkehrsüberwachung dient der Sicherheit und der Ordnung des Verkehrs, nicht der Aufbesserung der städtischen Finanzen. Danach ist zu entscheiden, wo und wie Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Verkehrssicherheit hängt wesentlich vom Verhalten der Verkehrsteilnehmer ab. Hier sind gezielt Konzepte zu entwickeln, die ergänzend zur guten Verkehrssicherheitserziehung bei Kindern und Jugendlichen auch die zunehmend gefährdeten Senioren ansprechen.

#### **Radfahren in Köln**

In der Vergangenheit haben zunehmend schwere und tödliche Verkehrsunfälle mit Radfahrern und Straßenbahnen ereignet. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit müssen hier auch technische Mittel gefunden werden. Dazu gehören die Gestaltung von Außenspiegeln an KFZ, Lichtpflicht für Zweiräder, an besonders frequentierten Kreuzungen ggf. auch separate Ampelphasen für Radfahrer. An besonders riskanten KVB-Überwegen müssen zusätzliche auffällige Warnungen angebracht werden, vor allem bei hohem Tempo der Bahnen und beim Begegnungsverkehr.

Köln muss fahrradfreundlicher werden. Der Ausbau des Radwegenetzes entsprechend dem Radwegekonzept wird weiter geführt. Zunehmend befinden sich aber auch Radwege in schlechtem Zustand. Ihre Instandsetzung hat deshalb Vorrang vor der Neuanlage von Radwegen. Wir wollen mehr und sichere Unterstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum und an KVB-Haltestellen schaffen. Das wilde Abstellen von Rädern soll dadurch unterbunden werden. Des Weiteren setzen wir uns ein für:

- Auf den Hauptstraßen sollen in Zukunft flächendeckend markierte Radwege zur Verfügung stehen.
- Das Pilot-Projekt „Fahrrad-Schnellstraßen“ sollte weiter ausgebaut werden. Nur so wird Köln als Fahrradstadt sicherer und attraktiver. Hierdurch lässt sich gezielt die Attraktivität von Wohngebieten steigern.
- Im gesamten Stadtgebiet ist die Durchführung von „innovativem Radwegebau“ durch Bürgerinitiativen zu fördern.
- Fahrradwege in Köln sind zu vernetzen.
- Fördermittel von Land, Bund und EU sind zu nutzen.

### **3.1.4 ÖPNV**

Ein leistungsstarker Öffentlicher Personennahverkehr ist eine wesentliche Voraussetzung für eine mobile städtische Gesellschaft. Er dient gleichzeitig dem Umweltschutz und der Entlastung der Straßen vom Individualverkehr. Es ist unser Ziel, die Zahl der Fahrgäste durch ein bedarfsorientiertes und qualitativ hochwertiges Angebot stetig zu erhöhen. Nicht zuletzt hat die Sicherheits- und Sauberkeitsinitiative der CDU vor über zehn Jahren bis heute die Zufriedenheit der Kunden mit der KVB deutlich wachsen lassen. Dieser richtige Weg muss weiter geführt werden. Insbesondere die Pünktlichkeit und die Kundeninformation – vor allem bei Störungen – muss weiterhin konsequent verbessert werden. Wir wollen die Sicherheit in den stadteigenen Bahnen und Bussen

weiter erhöhen. Zu diesem Zweck muss die Videoaufzeichnung in Bussen, Bahnen und auf den Stationen ausgebaut werden.

Vor dem Hintergrund wachsender Bevölkerungszahlen in Köln ist ein weiterer Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur notwendig. Wir wollen nach der Verlängerung der Linie 5 insbesondere die Verlängerung der Linien 3 und 7 erreichen. Für die Ost-West-Verbindung bleibt die Unterquerung der Innenstadt, insbesondere des Neumarkts, eine zu planende Option. Gleichwohl muss zur Kapazitätserhöhung das Fahrzeugangebot angepasst werden. Langfristig muss der S-Bahn-Westring realisiert werden. Zudem wollen wir die zusätzlichen S-Bahnhaltestellen im CFK-Gelände und an der Berliner Straße im Rahmen der Ertüchtigung der S 11 realisiert sehen. Damit kann eine deutliche Verbesserung der ÖPNV-Erschließung und eine Erhöhung der Fahrgastzahlen erreicht werden. Wir fordern im Rahmen der Projektplanung des Neubaus der Autobahn-Rheinbrücke Leverkusen die Erarbeitung eines innovativen Nahverkehrskonzeptes zur direkten Vernetzung der Industriegebiete Leverkusen West und Köln Nord/West. Wir werden uns im Zuge dieses Jahrhundertprojektes im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Planung für die Prüfung der Möglichkeiten des ÖPNV über die Rheinbrücke einsetzen. Insbesondere im Hinblick auf den zunehmenden Individualverkehr als Verbindung zwischen den beiden Rheinseiten wird der ÖPNV zur Entlastung des Verkehrs und der Schadstoffemissionen von Bedeutung sein. Wir sind der Überzeugung, dass insbesondere Pendler von der Nutzung des ÖPNV in Form einer Buslinie oder der Weiterführung der Straßenbahnlinie 12 über die Rheinbrücke nutzen werden.

Taxis sind in Köln ein wichtiger Bestandteil des ÖPNV. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Marktchancen einerseits durch höhere Standards bei Fahrpersonal und Fahrzeug ein. Andererseits muss auch die Anzahl und Qualität der Taxihaltstellen verbessert werden.

### **3.1.5 Parken in Köln**

Die pauschale und massive Erhöhung der Parkgebühren durch die rot-grüne Ratsmehrheit hat Köln zu einer der teuersten Städte gemacht. Die durchgängige Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkzeit bis 23 Uhr (und teilweise sogar bis 01.00 Uhr) verteuert zudem abendliche Besuche in der Stadt in unverträglichem Maße und wirkt abschreckend. Denn auch der ÖPNV ist vor allem abends vielfach keine gleichwertige Alternative. Darunter leidet die Attraktivität vor allem der Innenstadt mit ihren vielfältigen Angeboten. Es geht lediglich um Einnahmeerhöhungen für die Stadt. Sowohl die Ausdehnung der Parkzeit als auch die Höhe der Gebühren sollen deshalb korrigiert werden.

Wir wollen stattdessen eine Verbesserung des Parkangebotes durch den Bau weiterer Quartiersgaragen und durch eine bessere Nutzung vorhandenen Parkraumes. Diese optimierte Nutzung errei-

chen wir durch flexible Gebührengestaltung und Zeiteinteilungen. Beim Handyparken ist das Potential bei weitem nicht ausgenutzt. Diese für Stadt und Benutzer kostengünstige Möglichkeit muss durch Marketingmaßnahmen der Stadt gefördert werden. Das erfolgreiche Modell kostenfreien Kurzzeitparkens (sog. Brötchentaste) muss auf weitere Gebiete ausgedehnt werden.

Zudem sollen die „Park&Ride“-Stellplätze ausgebaut werden. Leider gibt es nur wenige Beispiele funktionierender „Park&Ride“-Systeme wie in Weiden West. Hier ist sogar dringend eine Ausweitung der Parkplatzkapazitäten erforderlich. Hingegen muss aus Negativbeispielen wie der „P&R“-Anlage „Haus Vorst“ (die gebotenen 600 Plätze werden kaum genutzt) gelernt werden, dass es mit Parkplätzen alleine nicht getan ist: Die Parkplätze müssen gut und schnell erreichbar sein, die angeschlossene Bahn darf nicht nur alle 20 Minuten fahren. Entsprechende Rahmenbedingungen müssen durch die Stadt Köln angepasst werden.

Ebenso fordert die CDU Köln von den Kölner Verkehrsbetrieben und der Stadt Köln ein umfassendes „Park&Ride“-Konzept.“

### **3.1.6 Hauptbahnhof und Köln-Messe/Deutz stärken**

Der Kölner Hauptbahnhof und der Bahnhof Köln-Messe/Deutz müssen noch stärker miteinander verbunden werden. Durch eine Verdichtung des S-Bahn-Taktes auf der Strecke Köln-Messe/Deutz und Hansaring auf 2,5 Minuten kann der problemlose Umstieg zwischen dem Fernverkehr in Köln-Messe/Deutz und Hauptbahnhof gewährleistet werden, was zu einer Verkürzung der Fahrtzeiten im Fernverkehr durch den möglichen Wegfall der Rheinquerung führen wird. Hierzu müssen am Hauptbahnhof sowie in Deutz zwei zusätzliche S-Bahngleise gebaut werden. Die CDU Köln unterstützt ausdrücklich entsprechende Bestrebungen des Nahverkehrs Rheinland.

### **3.1.7 Fernbuslinien und Busbahnhof**

Die Zulassung von Fernbusverbindungen hat in kurzer Zeit bereits zahlreiche Verbindungen von Köln zu anderen deutschen Städten mit attraktiven Preisen zur Folge gehabt. Diese begrüßenswerte Entwicklung wird sich noch ausweiten. Im Sinne ihrer Bürger muss die Stadt einen attraktiven Standort für einen Fernbusbahnhof anbieten. Ein solcher Bahnhof gehört in eine zentrale Lage, denn es hat sich gezeigt, dass der deutlich größte Teil der Fahrgäste aus Köln oder dem nahen Umland kommt. Der von Rot-Grün erzwungene Standort am Flughafen ist deshalb falsch. Nach der jahrelang verzögerten Entscheidung würde es noch Jahre bis zu einer Realisierung dauern. Es ist

eine Zumutung für die Fahrgäste, wenn Sie bis dahin mit ihrem Gepäck am Straßenrand auf den Bus warten müssen, wie es derzeit an der Gummersbacher Straße der Fall ist. Die Stadt muss die Kapazität des Busbahnhofs am Breslauer Platz ausweiten und voll ausnutzen. Nötige Investitionen und Beaufsichtigungen können über Nutzungsgebühren finanziert werden.

### **3.1.8 Umweltschutz**

Der Anspruch von Anliegern auf Schutz vor Schadstoffen und Lärmemissionen ist berechtigt. Die Lösung kann aber nicht allein in Verkehrsbeschränkungen liegen. Emissionsquellen außerhalb des Verkehrs tragen zu einer Grundbelastung bei, die an vielen Stellen in Köln zu Grenzwertüberschreitungen führt. Diese Emissionen müssen ebenso reduziert werden, wie die Schadstoffemissionen der Kraftfahrzeuge selbst. Hier ist der Bundesgesetzgeber gefragt. Ausnahmegenehmigungen für längere Übergangsfristen bei der Einhaltung der Grenzwerte sind für viele kleinere Betriebe überlebenswichtig. Hier müssen, auch angesichts der relativ kleinen Zahlen, großzügige Regelungen gefunden werden.

Lärmschutzmaßnahmen sind besonders an stark befahrenen Straßen und Schienenwegen notwendig. Bei Fahrbahnerneuerungen soll besonders an stark frequentierten Straßen sogenannter Flüsterasphalt aufgebracht werden. Lärmschutzmaßnahmen müssen auch an Strecken, für die bisher Bestandsschutz gilt, verpflichtend gemacht werden, wenn sich die Lärmbelastung gegenüber dem Genehmigungszeitpunkt nennenswert erhöht. Beim Bahnverkehr, besonders im Güterverkehr, müssen lärmreduzierende Techniken eingesetzt werden. Passiver Lärmschutz an den Strecken ist oft aus räumlichen Gründen nicht realisierbar.

### **3.1.9 Baustellenmanagement**

12.000 Baustellen gibt es pro Jahr im Kölner Straßenraum. Sie sind häufig wegen ihrer Dauer und fehlenden Koordinierung ein ständiges Ärgernis. Wir wollen deshalb ein professionelles Baustellenmanagement schaffen, das sich nicht allein auf die Erfassung und Darstellung im Internet beschränkt, sondern koordiniert und lenkt. Vor allem wegen der vor uns liegenden umfangreichen Brückensanierungen, die Nadelöhre im Kölner Verkehrsnetz bilden, ist das notwendiger denn je, soll der Verkehr in dieser Zeit nicht völlig zusammenbrechen.

### **3.1.10 Infrastrukturfinanzierung**

Auf kommunaler Ebene reichen weder die Mittel zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur noch zur Unterhaltung aus. Das geplante Auslaufen der Bundesförderung 2018 kann auf kommunaler Ebene nicht aufgefangen werden. Deshalb muss eine Nachfolgeregelung gefunden werden. Diese muss bereits Anfang der nächsten Legislaturperiode beschlossen werden, weil es wegen der langen Planungsvorläufe über mehrere Jahre eine nur sehr eingeschränkte Bautätigkeit geben wird. Das gilt gleichermaßen für Straßen- wie Schieneninfrastrukturmaßnahmen. Das Land wird aufgefordert, seinen Anteil zu leisten, der sich aus dem Entflechtungsgesetz ergibt. Die Entlastungswirkung aus diesem Gesetz muss das Land seinerseits vollständig zweckmäßig einsetzen.

## **3.2 Planen und Bauen**

### **3.2.1 Nachhaltige Stadtentwicklung**

Köln lebt von den Veedeln. Die Vielfalt der Stadt spiegelt sich in den unterschiedlichen innerstädtischen Orten wider. Eine besondere Rolle nimmt die Kölner Innenstadt ein. Sie ist die Visitenkarte der Stadt und bedarf daher bei der Stadtentwicklung der besonderen Aufmerksamkeit. Wichtige innenstädtische Projekte, wie z. B. die Umgestaltung der Ringe, die „Via Culturalis“ oder die Weiterentwicklung von Deutz müssen zügig umgesetzt werden.

Die Innenstadt kann aber die massive Nachfrage nach Wohnraum nicht mehr decken, was sich unter anderem in den sprunghaft ansteigenden Immobilien- und Bodenpreisen niederschlägt. Insbesondere für preisgünstigen Wohnraum stehen in den Innenstadtvierteln keine Kapazitäten mehr zur Verfügung.

Angesichts des prognostizierten Bevölkerungswachstums besteht umso mehr die Notwendigkeit, auch die Stadtteile außerhalb der Innenstadt zu stärken. Insbesondere in den Randbezirken können durch eine verdichtete Mischung von Wohnen und Arbeiten sowie eine Belebung des Einzelhandels attraktive, urbane Lagen geschaffen werden. Dem entgegen steht die heutzutage für viele Bürger häufig als wahllos wahrgenommene Ausweisung von Nutzungen. Ebenso häufig ziehen sich Planungen jahrelang hin, weil ein klares, ein von der Bürgerschaft getragenes Konzept über den Umgang von Flächen fehlt. Allzu häufig kommen erst im Zuge konkreter städtebaulicher Entwicklungen die Bürger zu Wort. Dadurch werden relevante Investitionen und notwendige Impulse für die Stadtteile blockiert.



### **3.2.2 Masterplan für die Gesamtstadt**

Es fehlt eine Vision und eine klare Strategie, wie sich die Innenstadt und die Stadtteile in ihrer Arbeitsteilung mittel- bis langfristig entwickeln sollen. Die zielgerichtete Mobilisierung von Investoren braucht eine in der Stadtgesellschaft und in der Politik getragene, verlässliche Planungsgrundlage. Es bedarf eines integrierten konzeptionellen Masterplans, der die wesentlichen Strukturen, die arbeitsteilige Entwicklung der Stadtteile, die konkurrierenden Ansprüche von Gewerbe und Wohnen, die Notwendigkeit der Verkehrsinfrastruktur, aber auch die Belange der Ökologie und der Naherholung in einem gesamtstädtischen Leitbild definiert und ein abgestimmtes Rahmenkonzept für die Entwicklung der Stadtteile bietet.

Nach dem Vorbild des Städtebaulichen Masterplans für die Innenstadt Kölns sowie in der Fortsetzung des Kölner Leitbildprozesses (Leitbild Köln 2020) wird daher ein integriertes Stadtentwicklungskonzept gefordert, das auf einem breiten Beteiligungsprozess aufbaut. Nur auf Grundlage eines in der Bürgerschaft breit angelegten Diskurses über die gesamtstädtische Entwicklung und die Zukunft der Stadtteile können die häufig langwierigen Diskussionen um einzelne Flächen, Sanierungsgebiete und die Revitalisierung von Brachflächen kanalisiert werden. In der Gesamtschau sind eine Abstimmung von Flächenkonkurrenzen sowie eine sinnvolle Vernetzung möglich. Befürworter und Widersacher sollen frühzeitig, bevor es um konkrete Planungen geht, miteinander diskutieren und eine gemeinsam getragene Strategie entwickeln, auf deren Grundlage verlässliche politische Beschlüsse gefasst werden können. Das integrierte Stadtentwicklungskonzept ist somit zugleich ein Instrument zur Beschleunigung von konkreten Planungsverfahren.

### **3.2.3 Nachhaltiges Flächenmanagement**

Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen muss langfristig, integriert und strategisch angegangen werden. Auf der Grundlage eines nachhaltigen Flächenmanagementkonzepts sind mittelfristig alle Stadtteile hinsichtlich ihrer Verdichtungspotentiale und im Hinblick auf ihre Ressourcen im Bestand (inkl. Baulücken, untergenutzte Grundstücke, Aufstockungs- und Innenverdichtungspotentiale) zu untersuchen. Nicht jedes Stadtquartier verträgt eine weitere Verdichtung, zudem sollen in Köln auch in Zukunft Wohnqualitäten für unterschiedliche Zielgruppen zur Verfügung stehen. Es sind daher die Areale zu identifizieren, in denen eine verstärkte Innenverdichtung städtebaulich zuträglich ist, ebenso wie diejenigen Stadtviertel, in denen lediglich eine maßvolle Verdichtung anzustreben ist.

Städtebauliche Verdichtung darf nicht um jeden Preis geschehen – einerseits darf sie nicht auf Kosten der städtebaulichen Qualität gehen, noch dürfen Wohnghettos entstehen, die über eine unzureichende Infrastruktur verfügen. Im Rahmen des Flächenmanagements muss die Auslastung der vorhandenen Infrastrukturen berücksichtigt bzw. es müssen zeitgleich ausreichend Kapazitäten geschaffen werden, die auch bei einer ggf. langfristig rückläufigen Einwohnerentwicklung in den Vierteln noch Bestand haben. Auch die Veränderung der Bevölkerung durch den demografischen Wandel schaffen neue Kapazitäten im Bestand, die zielgerichteter aktiviert werden müssen.

Gerade in den Randgebieten kann heute in einigen Stadtteilen die Nahversorgung nicht mehr gewährleistet werden. Durch eine behutsame Nachverdichtung mit Wohnbauflächen und paralleler Maßnahmen zur Verbesserung des Einzelhandels und der Infrastruktur können Stadtteile revitalisiert werden. Somit können wieder attraktive Wohnstandorte mit lebendigen Zentren entstehen. Eine angemessene Durchgrünung der Stadtteile durch öffentliche Grün- und Naherholungsflächen sind ebenso wie potenzielle Konflikte mit gewerblichen Nutzungen sorgsam abzuwägen. Auf die Belange des bestehenden Gewerbes ist zu achten. Nicht zuletzt sind die Belange des Landschafts- und Naturschutzes ebenso wie Tabuflächen, die etwa zum Ausbau der zusammenhängenden Grüngürtel vorgesehen sind, mit einer Siedlungsarrondierung abzustimmen. Zugleich muss das Flächenmanagement in die gesamtstädtische Entwicklungsstrategie (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) eingebunden werden.

Private und öffentliche Verdichtungs- und Flächenpotentiale sind ebenso wie Flächen, die zum Tausch angeboten werden können, über eine frei zugängliche kommunale „Kölner Flächenbörse“, z. B. als interaktive Internetplattform, zu veröffentlichen, um die Bautätigkeit auch im privaten Sektor und im Einzeleigentum zu mobilisieren.

### **3.2.4 Gewerbeflächenentwicklung**

Köln ist eine Wirtschaftsmetropole, die in den letzten beiden Jahrhunderten Aufstieg und Wandel erlebt hat. Die ortsansässigen Unternehmen haben wesentlich mit ihrer Wirtschaftskraft, ihren Innovationen und ihrer Kreativität zum Wohlstand der Stadt beigetragen. Insbesondere die Industrie hat seit den 1830er Jahren – früher als in anderen Städten – die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes bestimmt. Erst seit den späten 1980er Jahren ist diese Entwicklung rückläufig und der Anteil der Dienstleistungsunternehmen hat seitdem stetig zugenommen. Dennoch ist Köln eine Industriestadt, die entsprechende Flächen bereitstellen muss. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen benötigen auch Unternehmen, die nicht klassisch zur Industrie gezählt werden, ebenfalls Industriegebiete (Lärmemission).

Der Rat der Stadt Köln hat 2004 beschlossen, dass die Stadt dauerhaft 100 Hektar Gewerbe- und Industriefläche bereithalten muss. Diese Norm wurde nie eingehalten. Daher fordert die CDU, dass die Angebotsfläche für Unternehmen, die sich hier ansiedeln oder verändern wollen, wieder das beschlossene Maß erfüllt.

Zudem muss, um den steigenden Anspruch der Wohnraumversorgung, die derzeit sehr viele Flächen belegt und anvisiert, zu bedienen, ein vernünftiges Flächenmanagement auferlegt werden. Dies beinhaltet auch die Schaffung von Angebot für emittierende Unternehmen, ihren Standort an den Stadtrand oder in eigens dafür ausgewiesene Gebiete zu verlegen. Die CDU Köln appelliert an die Verantwortlichen, die Förderung der Ansiedlung von Unternehmen vorrangig zu betreiben. Flächentauschprogramme und Erschließungserleichterungen sichern Arbeitsplätze und Wohlstand in der Stadt.

Bereits vorhandene und brachliegende Industrieflächen, wie der Industriepark Nord, sind umgehend und vorrangig zu entwickeln und der Vermarktung zugänglich zu machen. Es kann nicht angehen, dass dort 40 Hektar Industriefläche nicht vermarktet werden können, weil die Verwaltung die Ertüchtigung des Geländes nicht aktiv betrieben hat. Diese Fehler aus der Vergangenheit müssen dringend rückgängig gemacht werden.

### **3.2.5 Barrierefreie Stadtentwicklung**

Verdichtete, urbane Lagen auch in den Stadtteilen sind insbesondere für die zunehmende Zahl der Senioren, denen das Eigenheim zu groß wird oder die eine nahräumige Infrastruktur suchen, eine attraktive Alternative. Vor diesem Hintergrund sind im Zuge der Stadtteilentwicklung generell grundlegende Anforderungen der Barrierefreiheit und der seniorengerechten Mobilität zu sichern. Barrierefreiheit und eine bedarfsgerechte Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr kommen letztlich nicht nur den Menschen zugute, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sondern erleichtern insbesondere auch Kindern und Eltern die Fortbewegung im öffentlichen Raum. Es soll in Abstimmung mit Seniorenvertretern, Architekten und Stadtplanern ein Leitfaden entwickelt werden, der für Politik und Verwaltung verbindliche Standards für die künftige Stadtteilentwicklung definiert.

### **3.2.6 Gesicherte Nahversorgung revitalisiert die Stadtteile**

Das in der Diskussion befindliche Einzelhandelskonzept definiert unter anderem die zentralen Versorgungsbereiche, die in den Stadtteilen die örtliche Nahversorgung sicherstellen sollen. Grund-

sätzlich ist es Ziel des Einzelhandelskonzepts, stadtweit eine wohngebietsbezogene Nahversorgung zu gewährleisten. Dennoch gibt es Stadtlagen, die nicht oder nur unzureichend mit Einrichtungen des täglichen Bedarfs ausgestattet sind. Gerade in einigen Vororten mit geringer Einwohnerdichte und somit geringer Kaufkraft und in alternden, eher ländlichen Ortsteilen rechnen sich keine Vollsortimenter oder Discounter, ferner mangelt es dort an weitergehenden Versorgungs- und Dienstleistungsangeboten für den täglichen Bedarf, die eine umfassende fußläufig erreichbare Versorgung sicherstellen können.

Dennoch ist flächendeckend eine nahräumige Grundversorgung anzustreben. Gerade in den Stadtteilen mit zunehmend älterer Bevölkerung ist eine ausreichende Grundversorgung von wesentlicher Bedeutung zum Erhalt der Wohn- und Lebensqualität. Für viele Senioren ist der Gang zum Supermarkt wesentliche Quelle, um ihr soziales Netzwerk aufrechtzuerhalten. Nachziehende Familien richten ihre Wohnstandortsuche nach der Qualität der Versorgungsstruktur. Unterversorgte Gebiete sind daher – aufbauend auf dem Einzelhandelskonzept – zu identifizieren. Auf dieser Basis sind ortsbezogenen Konzepte zu entwickeln, wie eine Grundversorgung dauerhaft sichergestellt werden kann. Neben der Mobilisierung von zentral gelegenen Flächen für herkömmliche Nahversorger zählen dazu auch alternative kleinflächige Konzepte, wie Dorf- oder Nachbarschaftsläden und ggf. auch mobile Angebote, die sich inzwischen in vielen Regionen etabliert haben.

### **3.2.7 Städtebauliche Qualitäten sichern**

Köln steht vor großen städtebaulichen Herausforderungen mit hohem Investitionsbedarf. Der Bevölkerungszuwachs und der demografische Wandel erfordern neue urbane Entwicklungsstrategien, die sowohl auf die Aktivierung neuer Flächen setzt als auch die Erneuerung im Bestand vor Augen hat. Ebenso müssen aufgrund des Klimawandels Gebäude und Brachflächen durch energetische Sanierung, durch Umnutzung oder Revitalisierung angepasst werden. Die öffentliche Hand ist in besonderem Maße gefordert, den Strukturwandel der Stadtgesellschaft zu gestalten, denn städtebauliche und architektonische Qualitäten sind wesentliche Grundlagen für eine zukunftsgerechte, nachhaltige Entwicklung.

Städtebauliche Planungen und Bauwerke prägen unsere Umwelt wesentlich und dauerhaft. Daher ist es – insbesondere bei städtebaulich relevanten Bauwerken und Quartiersentwicklungen - von großer Bedeutung, die besten Lösungen für Planungs- und Bauaufgaben zu ermitteln. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, Planungskultur und Stadtbaukultur zu thematisieren und öffentlich zu diskutieren. Der Vergleich alternativer Lösungsansätze im Rahmen von Wettbewerben oder Mehrfachbeauftragungen stellt hierzu in der Regel die beste Möglichkeit dar. Der öffentliche Diskurs

und die Mitwirkung durch Bürger bieten im Übrigen die Chance frühzeitig eine breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu gewinnen, so dass Planungen auch zügig umgesetzt werden können.

Nicht nur bei städtebaulich wichtigen Vorhaben, sondern auch im Bereich des flächenhaften Wohnungs- und Gewerbebaus bedarf es einer hohen architektonischen und städtebaulichen Qualität. Die Neu- und Umbauten von heute sind die urbanen Lebens- und Arbeitsräume von morgen. Sie dürfen nicht die Stadtumbaugebiete von übermorgen werden. Bereiche mit besonderer historischer Bedeutung brauchen einen städtebaulich sensiblen Umgang mit der vorhandenen, identitätsstiftenden Bausubstanz. Bauliche Vielfalt, Innovation und Identifikation sind daher ebenso wie die anspruchsvolle Gestaltung des öffentlichen Raums wesentliche Zielsetzungen, die im Zuge der Stadtentwicklung eingefordert werden müssen.

### **3.3 Medien und IT/Digitale Wirtschaft**

Die CDU Köln sieht Medienpolitik als Standortpolitik: Medienunternehmen und -schaffende sind ein bedeutender Faktor für das wirtschaftliche und kulturelle Leben in Köln. Zugleich bietet Köln eine vielfältige Infrastruktur für den Medien- und IT- Bereich – technisch wie auch vor allem durch in den Branchen tätige Menschen, Institutionen und Unternehmen. Diese Plattform gilt es zu entwickeln und auszubauen. Zudem ist Köln bekannt für seine starke digitale Wirtschaft, insbesondere im Bereich Start-Ups. Die Stadt Köln soll hierfür weiterhin besondere Unterstützung gewährleisten, z.B. durch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten. Eine wichtige Rolle dabei spielt die soziale Situation der Beschäftigten im Medien- und IT-Bereich und die Einhaltung gesellschaftlicher Standards, beispielsweise im Jugendschutz.

Medien und IT/Digitale Wirtschaft sind zudem ein Motor zur Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologien im digitalen Zeitalter, sei es die Nutzung von Inhalten überall und jederzeit, verbesserte Qualität der Mediennutzung oder die Verschmelzung von Internet und Medienkonsum. Dies alles generiert neue Arbeitsplätze, gerade auch am Standort Köln.

#### **3.3.1 Infrastruktur**

Medien- und IT-Politik ist in Köln kein Nischenthema, sondern betrifft alle Bürger und Unternehmen: Sei es die preisgünstige und hochwertige Telefon- und Internetverbindung, sei es das vielfältige TV-Programm, sei es die Verfügbarkeit von öffentlichen und sicheren WLAN-Zugängen. Das Angebot von verschlüsseltem Datentransfer an öffentlichen Hotspots sollte zur Selbstverständlichkeit werden.

Beim breitbandigen Infrastrukturausbau müssen nicht nur Gewerbestandorte, sondern auch Wohngebiete angebunden werden. Dabei kommt dem Glasfaserausbau durch die städtische Tochtergesellschaft NetCologne eine hohe Bedeutung zu. Das Hochleistungsnetz in der Stadt muss in den nächsten Jahren zum Standardangebot für alle Bürger und Unternehmen werden. Nur so kann der wachsenden Anzahl der von zu Hause Arbeitenden sowie den heutigen Bildungsanforderungen unserer Kinder Rechnung getragen werden. Dienstleistungsfirmen, vor allem aus der Medien- und IT-Branche, sind aufgrund dezentraler Bearbeitungsplätzen auf sichere Netze für schnellen Datenaustausch angewiesen. Der vor fünf Jahren begonnene glasfaserbasierte Breitbandausbau muss schneller vorangetrieben werden, um auch zukünftig in Deutschland zu den attraktiven Standorten zu gehören. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die verfügbaren Ressourcen endlich genutzt werden – z. B. sollen die Möglichkeiten des Breitbandatlas<sup>6</sup> gezielt in der Wirtschaftsförderung berücksichtigt und dies interessierten Unternehmen kommuniziert werden.

### **3.3.2 Neue Medien**

Produkte online verkaufen, Blogs schreiben, auf Facebook zu Veranstaltungen einladen: Die Nutzungsmöglichkeiten der neuen Medien bieten für den Bürger viele Potentiale, wenn sie sachgerecht eingesetzt werden. Ob Schulen in städtischer Trägerschaft, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Familienförderung oder Weiterbildungsstätten wie die VHS – sie alle sollten sich damit beschäftigen, Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation zu vermitteln.

Die neuen Medien bieten auch für Kultur- und freie Filmwirtschaft große Möglichkeiten, Zielgruppen kostengünstig und mit großer Reichweite anzusprechen – zum Beispiel bei der Online-Vermarktung künstlerischer und kultureller Werke und Medienprodukte. Damit Künstler und Filmschaffende diese Vermarktungs-Potentiale zielführend nutzen können, sollte die Stadt Köln sie dabei mit Beratungsmaßnahmen unterstützen.

Auch im Rahmen der Gründerförderung sollten die Potentiale der neuen Medien genutzt werden. Seien es neue Geschäftsmodelle, die insbesondere Start-ups Raum bieten, neue Möglichkeiten der Finanzierung wie „Crowdfunding“ oder der Beschaffung von Mitarbeitern und Dienstleistung wie „Crowdsourcing“ – die Stadt muss Gründern Hilfestellung dabei leisten, das unternehmerische Potential der neuen Medien zu heben.

### **3.3.3 Film und Fernsehen**

Köln ist der führende Standort im Bereich Fernsehen in Deutschland. Damit die Domstadt auch weiterhin ein führender Standort im bundes- und europaweiten Wettbewerb bleibt, muss die Position unter den Medienstädten kritisch beleuchtet werden und Fördermöglichkeiten gezielt auf Stärken und marktrelevante Produkte ausgerichtet werden. Kölner TV-, Film- und Festivalaktivitäten sind eine wichtige Basis für den Medienstandort und müssen dementsprechend unterstützt werden. Dies umfasst nicht nur städtische Mittel, sondern insbesondere auch die Unterstützung beim Zugriff auf Sponsoring- und überregionale Fördermittel.

Das Medienforum NRW ist zu einer steuerfinanzierten geschlossenen Gesellschaft abgesunken. Die CDU Köln setzt sich dafür ein, dass es wieder zu einer offenen Plattform wird, die die Potentiale des Standortes Köln/NRW spiegelt. Um Synergien zu schaffen, müssen ausgewählte Medien- und Kulturveranstaltungen zeitlich zusammen mit dem Medienforum koordiniert und Sponsoring verstärkt vorangetrieben werden.

Das Kölner Filmhaus ist ein deutschlandweit beachtetes Projekt, welches nicht zuletzt durch seine grundsätzliche Fähigkeit, sich selbst zu finanzieren, besticht. Die Einrichtung muss professionell erhalten, aber auch pluralistisch genutzt werden können. Dabei darf nicht an rein wirtschaftlichen Kriterien gemessen werden, sondern am Nutzen für die freie Filmwirtschaft. Eine entsprechende Ausschreibung zur Nutzung der Immobilie muss als offener, transparenter Wettbewerb erfolgen und zeitnah abgeschlossen werden.

### **3.3.4 Internationalisierung der Medienwirtschaft in Köln**

Die Internationalisierung des Medienstandortes erfordert einen gegenseitigen Austausch mit den ausländischen Partnern der hiesigen Medienunternehmen: sowohl in Köln, als auch direkt in den Städten und Regionen, wo diese ansässig sind. Daher müssen die bereits von Oberbürgermeister Fritz Schramma initiierten Mediendelegationen mit Schwerpunkten wie Türkei und China, aber auch dynamischen, Zukunftsmärkten wie bspw. Indien fortgesetzt werden. Wichtig sind hierbei gemeinsame Aktivitäten mit Verbänden und Institutionen wie der IHK Köln, um eine breite Beteiligung auch der kleinen und mittleren Medienunternehmen zu erreichen.

### **3.3.5 Arbeitsmarkt und Nachwuchsförderung**

Ein zentrales Anliegen der CDU Köln ist die Nachwuchsförderung im Medienbereich. So gilt es, die jungen Menschen bei ihrer Berufswahl auf den tatsächlichen Bedarf im Berufsfeld „Medien/IT“ aufmerksam zu machen. Hierbei spielt es eine wichtige Rolle, dass die Stadt im Angebot der Aus- und Weiterbildung moderierend eingreift und darauf fokussiert, wo tatsächlich Nachfrage und berufliche Perspektiven bestehen. Dazu zählen zum Beispiel konvergenzorientierte Bereiche des Marketings, der Distribution und der Games-Wirtschaft.

Gerade Medienschaffende benötigen ein ebenso kreatives wie auch bezahlbares Umfeld, um ihre Ideen zu entwickeln. Die Attraktivität des Standortes Köln hinsichtlich des Angebots von Büroräumen, Ateliers, Studios oder Collaborative Workspaces – gemeinsam auf Zeit genutzte Arbeitsflächen mit Netzwerkeffekt – muss vor allem im Vergleich zu Berlin entwickelt werden. Dies bedeutet auch, bestehende Flächen nicht weiter zu reduzieren.

Damit der Standort sein Kreativpotenzial behält, muss die wirtschaftliche und soziale Situation des Großteils der Medienschaffenden gesichert werden. Daher setzt sich die CDU Köln über ihre Mandatsträger und Gremienmitglieder für die Einführung eines Verhaltenskodexes für Beschäftigte im Bereich der Film-/Fernsehproduktionen ein.

Die CDU Köln setzt sich dafür ein, seitens der Stadt Köln ein Beratungs- und Informationsangebot für Medienschaffende anzubieten. Schwerpunkt dabei sollte die korrekte Abwicklung von Arbeits- und Dienstleistungsverhältnissen insbesondere mit Blick auf Sozialversicherung und Entgeltgestaltung sein.

### **3.3.6 Standortfaktor Medienrecht**

Das Medienrecht ist in der Medienstadt Köln ein wichtiger Standortfaktor, der gefördert werden muss. Im Rahmen des Standortmarketings müssen die Kompetenzen des Medienrechtsstandorts Köln eigenständig und selbstbewusst kommuniziert werden. Viele der kompetentesten Anwälte, Richter und Wissenschaftler aus diesem Schlüssel-Rechtsgebiet arbeiten hier in der Domstadt. Medienrecht und Medienrechtsprechung haben mittlerweile einen festen Platz in Köln. Wir fordern die Wirtschaftsförderung in Köln auf, diesen Standortfaktor stärker in ihre Arbeit mit einzubeziehen. Die Clusterbildung von Forschung, Lehre und Justizpraxis in den Bereichen Presse-, Marken- und Urheberrecht muss ebenso gestärkt werden.



## **4 LEBENSWERTES KÖLN, BASIS FÜR EINE GUTE ZUKUNFT**

### **4.1 Sicherheit**

Ein stabiles Gemeinwesen, sozialer Friede und Innere Sicherheit sind wesentliche Voraussetzungen um das hohe Niveau an Lebensqualität für die Menschen unserer Stadt zu erhalten. Sicherheit muss von den Menschen als Garant für individuelle Freiheit, Vielfalt und Entfaltungsmöglichkeiten erlebt und empfunden werden können.

Leider hat die Kriminalität in Köln ein historisches Hoch erreicht. Dieser drastische Anstieg lässt sich nicht durch eine Veränderung der Einwohnerzahl erklären, denn die Häufigkeitszahl ist zwischen 2010 und 2012 um 6,56 Prozent gestiegen. Köln hat demnach die dritthöchste Kriminalitätsbelastung im Bundesgebiet. Im Vergleich wurden nahezu doppelt so viele Straftaten pro Einwohner begangen wie in München.

Die Aufklärungsquote 2012 lag bei gerade einmal 44,35 Prozent, das heißt deutlich mehr als die Hälfte aller Straftaten wurde nicht aufgeklärt. Das ist das viertschlechteste Ergebnis aller deutschen Großstädte im Jahr 2012. Zum Vergleich: Augsburg hatte mit 70,7 Prozent die beste Aufklärungsquote. München zeigte mit einer Aufklärungsquote von 60,5 Prozent, dass auch in Millionenstädten deutlich bessere Aufklärungsergebnisse möglich sind. In Köln beträgt die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbruchsdelikten 5,9 Prozent und bei Taschendiebstahl 6,1 Prozent.

Die Polizei Köln hat im Vergleich mit München deutlich weniger Polizisten pro Einwohner im Einsatz. Die Polizeipräsenz in der Fläche ist in München ebenfalls deutlich besser. Die erheblich niedrigere Kriminalitätsrate und die deutlich höhere Aufklärungsquote in München deuten darauf hin, dass Polizeipräsenz ein wichtiger Faktor ist die Kriminalitätsbelastung zu senken und niedrig zu halten.

#### **4.1.1 Politische Maßnahmen**

##### **Gründung eines Ausschuss für Innere Sicherheit**

Der Rat der Stadt Köln hat insgesamt 19 Ausschüsse. Alle sind ohne Zweifel wichtig, doch gibt es keinen, der sich ausschließlich dem Thema Innere Sicherheit und Ordnung widmet. Das wollen wir ändern.

## **Ordnungsrechtliche Regelungen**

Die CDU fordert eine Verbesserung und konsequente Umsetzung der ordnungsrechtlichen Vorschriften bei Störungen der öffentlichen Ordnung (zum Beispiel aggressives Betteln) durch die Stadt Köln. Gleichzeitig fordern wir von der Kölner Justiz eine zeitliche Straffung der Strafverfahren und konsequente Strafverfolgung durch die Strafverfolgungsbehörden.

### **4.1.2 Organisatorische und personelle Maßnahmen**

#### **Schaffung eines Informationszentrums als wesentliches Element einer vernetzten Sicherheit**

Ein sicheres Köln kann nur dann erreicht werden kann, wenn Justiz, Polizei und Stadtverwaltung in der Inneren Sicherheit so zusammenwirken, dass die Stadt für Straftäter unattraktiv wird.

In Köln findet anlassbezogen (z.B. zum Karneval, CSD, Fußballspiele usw.) eine übergreifende Zusammenarbeit zwischen Polizei, Ordnungsamt, KVB, Jugendamt, Justiz usw. in Form von "Runden Tischen" statt.

Informationszentren (auch „Fusion Center“ genannt) sind Einrichtungen, in denen Informationen über terroristische und kriminelle Aktivitäten und Bedrohungen zusammengetragen werden und zwischen Bundesbehörden, kommunalen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen ausgetauscht werden. Es dient einem ständigen und effizienten Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren der Inneren Sicherheit. Die CDU fordert die Schaffung eines Informationszentrums in Köln.

#### **Mehr Streetworker im Bereich der Jugendhilfe**

Das Jugendamt ist mit circa 4.500 Mitarbeitern und einem Jahresetat von mehr als einer halben Milliarde Euro das größte Amt der Stadtverwaltung. Es leistet unter anderem einen wichtigen Beitrag bei der Vorbeugung von Jugendkriminalität. Die CDU fordert eine Optimierung des Einsatzes der vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen. Insbesondere sollte die Zahl der Streetworker deutlich gesteigert werden.

#### **Personal- und Strukturprobleme**

Der Personalmangel der Kölner Polizei zeigt sich im offensichtlichen Fehlen von Veedelspolizisten und in der geringen Aufklärungsquote. Deshalb fordert die CDU eine Aufstockung der Polizeikräfte für das Stadtgebiet von Köln. Personelle Engpässe auf Grund des demographischen Wandels

könnten unter anderem durch die Wiedereinführung des Mittleren Dienstes behoben werden. Darüber hinaus sollte die personelle Zusammensetzung der Kölner Polizei im stärkeren Maße die Vielfalt der Kölner Bevölkerung widerspiegeln.

### **4.1.3 Technische Maßnahmen**

#### **Einsatz moderner und wissenschaftlicher Methoden zur Verbrechensprävention**

„Predictive Policing“ ist der Versuch, mithilfe von Statistik herauszufinden, wann und wo ein Verbrechen stattfinden wird, um vorher dort zu sein und es verhindern zu können. Die Polizei bestückt täglich ein Programm mit Statistiken über Verbrechen und Verbrecher. Die Software sucht anschließend darin nach Mustern, die immer wieder auftreten. Der hohe Aktualisierungsgrad macht die Vorhersagen über Zeitpunkt und Tatort kommender krimineller Akte scheinbar sehr viel zuverlässiger als frühere Methoden.

Pilotversuche in anderen Ländern deuten darauf hin, dass sich durch diese Technik die Kriminalitätsrate deutlich senken lässt. Köln sollte sich in Nordrhein-Westfalen um einen Modellversuch bemühen.

#### **Stärkere Videobeobachtung von Kriminalitätsschwerpunkten**

Videobeobachtung ist zwar ein Eingriff in die Grundrechte von Anwohnern und Passanten, aber dem stehen das Sicherheitsbedürfnis der Bürger und das Interesse der Polizei, Straftaten zu verhindern und aufzuklären, gegenüber. Nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes ist für diesen Zweck die Videobeobachtung öffentlicher Plätze zulässig.

Studien zeigen eine deutlich Verringerung von Kriminalität in Gebieten mit Videobeobachtung. Der Effekt lässt sich steigern, wenn zusätzlich die Beleuchtung verbessert wird.

Deshalb fordert die CDU eine punktuell verstärkte Videobeobachtung des öffentlichen Raums in Kombination mit städtebaulichen bzw. Stadtentwicklungsmaßnahmen. Sinnvolle Einsatzorte wären Teilstrecken der Ringe und die neu gestaltete Dom-Umgebung.

Für uns sind die Wahrung der Verhältnismäßigkeit und eine begrenzte Speicherfrist von Aufnahmen selbstverständlich zu beachten. Videobeobachtung wird nicht jede Straftat in diesen Räumen verhindern, doch etliche Täter abschrecken. Durch die Dokumentation der trotzdem begangenen Taten wird es leichter Täter zu identifizieren und ihnen die Tat auch nachzuweisen.

Positives Beispiel sind die Kölner Verkehrsbetriebe. Mit Aufnahmen aus Bussen und Bahnen oder von Haltestellen konnten mehrfach schwere Straftaten aufgeklärt werden.

#### **4.1.4 Stadtgestalterische und sozialräumliche Maßnahmen**

##### **Angsträume vermeiden**

Bereits bei der Stadtplanung soll darauf geachtet werden, dass Übersichtlichkeit, Einsehbarkeit und Helligkeit herrscht. Barrierefreiheit soll dabei jederzeit gewährleistet sein. Vorhandene Angsträume wie zum Beispiel am Neumarkt (schlechte Ausleuchtung des Platzes, zeitweise defekte Beleuchtung, dunkle Ecken, regelmäßig defekte Aufzüge) sind zu beseitigen.

##### **Aufenthaltsqualität verbessern**

Eine gepflegte, saubere und ansprechende Gestaltung der öffentlichen Plätze durch entsprechende Möblierung und Bepflanzung, Schaffung von Sichtachsen führt zu einer höheren Nutzung und damit zur Belebung des öffentlichen Raumes. Dadurch wird das subjektive Sicherheitsempfinden gestärkt.

##### **Ghetto-Bildung verhindern**

In Fällen in denen die Stadt Köln auf die Belegung der Wohnungen Einfluss nehmen kann, ist darauf zu achten, dass sie die soziale und kulturelle Vielfalt sowie Integration fördert und damit Parallelgesellschaften vermeidet.

## **4.2 Sauberkeit**

Die Sauberkeit in Kölns Straßen und auf den Plätzen muss verbessert werden. Ansatzpunkte sind einerseits bessere Kontrollen, andererseits eine Optimierung der organisatorischen Prozesse. So funktioniert die Zusammenarbeit von Grünflächenamt und Stadtreinigung nur unzulänglich. Das Taubenproblem wird nicht mehr angegangen und auch bei der Größe und Verteilung der Abfallbehälter im Stadtgebiet besteht Optimierungsbedarf.

Verstöße im Bereich der Verschmutzung des öffentlichen Raums – anders als bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs – werden nur sehr selten kontrolliert und zumeist auch nur mit geringen Bußen belegt. Ein besonderes Ärgernis ist die Verschmutzung privater und öffentlicher Flächen bzw. Fassaden durch illegale Graffitis. Hier besteht erhebliches Verbesserungspotential.

Die Sauberkeit einer Stadt auch immer die Visitenkarte für ihre Gesamtattraktivität, und so sollten zügig Maßnahmen eingeleitet werden.

## **4.3 Wohnen**

Köln ist eine junge Stadt. Sie ist das Herz der Metropolregion. Diese profitiert aufgrund seiner dynamischen Wirtschaft, der relativ jungen Bevölkerung und seiner Attraktivität als Wohn- und Studienstandort und nicht zuletzt als Zuwanderungsgebiet. Die Kölner Bevölkerung wird daher innerhalb weniger Jahre bis zum Jahr 2020 nochmals um dreißig- bis fünfzigtausend Menschen mit Hauptwohnsitz wachsen. Es sind nicht nur junge Menschen in der Ausbildung und Familien, die hinzuziehen, sondern gleichzeitig wächst auch die Zahl der Haushalte mit Senioren und der Bürger, die ihre jeweilige Zuwanderungsgeschichte mitbringen. Auch wird die Anzahl der Singlehaushalte weiterhin zunehmen. Die Stadtentwicklung in Köln steht vor einer massiven Herausforderung. Das beginnt bei der höheren Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum mit einem entsprechenden Bedarf an Flächen, reicht über den nachfragegerechten Ausbau der technischen Infrastruktur und des öffentlichen Personennahverkehrs und endet nicht zuletzt beim Ausbau der sozialen Infrastruktur für Familien und Senioren, wie Kindergärten, Schulen, Jugend- und Pflegeangebote.

### **4.3.1 Wohnungsbauförderung optimieren**

Der Wohnungsbau der letzten Jahre bleibt weit hinter den Zielvorgaben und Notwendigkeiten zurück, und dies obwohl auf dem Papier mehrere Wohnungsbauförderungsprojekte aufgesetzt wurden. Selbst die stadteigenen Wohnungsbaugesellschaften haben nur wenige neue bezahlbare Wohnungen erstellt.

Deshalb bedarf es einer neuen Herangehensweise zur Beseitigung der Wohnungsnot. Es müssen alle Kräfte gebündelt werden. Private Investoren müssen Anreize geboten bekommen neue preisgünstige Wohnungen zu schaffen. Die städtischen Wohnungsgesellschaften müssen adäquat mit Eigenkapital ausgestattet werden anstatt sie zur Haushaltssanierung auszuplündern. Und mit dem kooperativen Bauland-Modell müssen auch neue, unkonventionelle Wege gegangen werden.

Im Rahmen der Verwaltung ist es erforderlich die Genehmigungsprozesse weiter zu optimieren. Des Weiteren muss bei Sozialbauten dringend eine Überprüfung der Mindeststandards erfolgen, da in vielen Fällen ein zu hoher Standard die Kosten überproportional nach oben treibt.

Die Kölner CDU wird der Beseitigung der Wohnungsmisere höchste Priorität einräumen und unmittelbar nach der Wahl eine Task Force zur Lösung des Problems zusammenstellen.

Im Rahmen eines Aktionsprogramms Mobilisierung von Wohnbauflächen müssen kurzfristig im gesamten Stadtgebiet alle verfügbaren Wohnbauflächen auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft und planungsrechtlich umgesetzt werden. Hierbei ist der Fokus zunächst auf möglichst konfliktarme Flächen zu nehmen und der Schwerpunkt auf diejenigen Stadtteile zu setzen, die über ausreichend Infrastrukturkapazitäten verfügen. Der Verweis auf die Umlandkommunen, die den erhöhten Bedarf aufnehmen sollen, ist keine Lösung: Die Menschen suchen das urbane Umfeld in Köln. Zudem verfügen auch die Städte und Gemeinden im Stadtumland kaum über ausreichende Möglichkeiten, den Bedarf kurzfristig zu decken.

### **4.3.2 Familien berücksichtigen**

Familien benötigen ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum. Eine verstärkte Bereitstellung von Einfamilienhausgrundstücken kann hierbei hilfreich sein. Des Weiteren sollen kooperative Baumodelle gefördert werden.

Kinder gehören in die Wohnviertel, und ein Zusammenleben von „Alt und Jung“ ist der Garant für ein lebendiges Viertel. Dazu gehören bewusst geschaffene Verweilmöglichkeiten, Bolzplätze, Spielplätze- und wiesen. Die Familien mit ihren Kindern sind in die Planung und Gestaltung von Spielplätzen einzubeziehen.

Die Überalterung von Stadtteilen und Veedeln kann durch die Förderung von Mehrgenerationenhäusern reduziert werden. Es ist in vielen Veedeln festzustellen, dass sich homogene Altersschichten herausgebildet haben, die ganz spezifische Anforderungen haben. Zumeist berücksichtigt die Stadtentwicklung dies genauso wenig wie spätere Wechsel in der Altersstruktur. Mehrgenerationenhäuser helfen diese Altershomogenität zu überwinden.

## **4.4 Kultur**

### **4.4.1 Eine Kulturmetropole von europäischem Rang**

„Der Schutz und die öffentliche Förderung von Kultur sind unverzichtbare Aufgaben des Gemeinwesens“, stellt die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ in ihrem Abschlussbericht 2007 fest und formuliert damit auch eine der zentralen Aufgaben einer modernen und freiheitlichen Stadtgesellschaft. Kultur zu fördern, ist unabdingbare Aufgabe einer

jeden Kommune und ihrer politischen Entscheidungsträger. Köln als kulturellem Oberzentrum für weit mehr als 3,5 Millionen Menschen im Rheinland kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Das große Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger hat in Köln eine kulturelle Vielfalt begründet, die heute nicht nur Aushängeschild der Stadt und bedeutender Wirtschaftsfaktor ist, sondern vielmehr die Kölner Lebensqualität entscheidend prägt und Kommunikation und soziale Netze in der Stadt maßgeblich befördert.

Diese über Jahrhunderte gewachsenen Strukturen zu bewahren und positive Entwicklungen weiter zu verstetigen, muss das Ziel verantwortlichen kommunalpolitischen Handels sein. Dabei gilt es, nach Möglichkeiten zu suchen, neben den städtischen Institutionen, auch die private Kulturszene und andere bürgerschaftliche Kulturinitiativen in ihrer Wirksamkeit angemessen zu unterstützen.

Politik muss Rahmenbedingungen definieren, mit denen das Vertrauen in den Kunst- und Kulturstandort Köln wieder gestärkt wird. Verlässlichkeit gegenüber städtischen Institutionen und insbesondere den dort beschäftigten Menschen ist dabei ebenso wichtig, wie eine tragfähige und glaubhafte Perspektive für die freien Kulturschaffenden, für deren Netzwerke und ganz allgemein für das bürgerschaftliche Engagement zur Förderung der Kunst und Kultur in unserer Stadt.

Das vorliegende Konzeptpapier adressiert auf der Basis des unter Oberbürgermeister Fritz Schramma im Rat der Stadt Köln verabschiedeten Kulturentwicklungsplanes die neun Kulturthemen, denen nach Meinung der CDU Köln eine entscheidende Bedeutung für die weitere Prosperität unserer Kulturmetropole zukommt. Die Themensammlung soll in den nächsten Monaten als Diskussionsgrundlage dienen, um gemeinsam mit der kulturinteressierten Kölner Öffentlichkeit die Eckpunkte eines tragfähigen CDU-Kommunalwahlprogrammes für den Bereich Kultur zu erarbeiten.

#### **4.4.2 Das Spitzenniveau der Darstellenden Kunst in Köln muss gehalten werden**

##### **Handlungsschwerpunkt Kölner Bühnen**

Klarer Handlungsschwerpunkt der derzeitigen Kölner Kulturpolitik sind die Kölner Bühnen, die in den vergangenen Jahren überaus erfolgreich agiert haben und Preis um Preis in unsere Stadt holen konnten: Theater des Jahres 2010 und 2011, NRW-Oper und deutsche Oper des Jahres in 2012. Nun steht Köln vor der Herausforderung, dieses künstlerische Spitzenniveau zu stabilisieren, damit der überregionale Erfolg der beiden Häuser auch nach Abschluss des 250 Millionen Euro teuren

Sanierungsprojektes und der für September 2015 geplanten Rückkehr an den Offenbachplatz gewährleistet ist. Die CDU will auch künftig in Kunst investieren und nicht bloß in Kulturgebäude. Das war auch Grundlage unserer Entscheidung zur Generalsanierung des Schauspiels, wodurch die Gesamtkosten im Vergleich zur Neubauvariante um fast 50 Millionen Euro reduziert werden konnten.

- Auch künftig dürfen daher die Kosten der Sanierung von Oper und Schauspiel am Offenbachplatz nicht zu Lasten des künstlerischen Etats der beiden Häuser gehen.
- Mehr Selbständigkeit verschafft den Intendanten der Kölner Bühnen neue Handlungsspielräume. Die derzeitige Betriebsform von Oper und Schauspiel soll auf der Grundlage des zurzeit laufenden Evaluierungsprojekts weiter optimiert werden.
- Die Finanzkraft des Eigenbetriebs muss durch zusätzliche Einnahmen gesteigert werden. Dazu beitragen können z.B. ein neu zu erarbeitendes Sponsoring-Konzept, ein verstärktes regionales und sogar weltweites Marketing und auch ein an die Situation in vergleichbaren Häusern angepasstes Preisgefüge für Eintrittskarten.
- Langfristig muss es das Ziel sein, den Tanz wieder als dritte Sparte in den Kölner Bühnen zu verankern. Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation, die sich in der Stadt für die nächsten Jahre abzeichnet, soll der Tanz aber zunächst mittels der überaus erfolgreichen internationalen Tanzgastspiele an den Bühnen weitergeführt werden.

### **Die Freie Szene in der Darstellenden Kunst**

Die Freie Szene in der Darstellenden Kunst zeichnet sich in Köln durch eine Vielfalt aus, wie sie andernorts kaum vorstellbar ist. Mehr als 60 private Theater und Theatergruppen bereichern die Theaterlandschaft unserer Stadt und locken mehr Zuschauer in ihre Aufführungen als die Städtischen Theater in vielen anderen Großstädten. Auch der freie Tanz ist in Köln eine hochagile Szene und unsere Stadt so attraktiv für diese Kunstform, dass fast 40 Prozent aller Tanzkünstler aus NRW bei uns in Köln leben.

- Die Förderkonzepte für Theater und Tanz müssen fortgeschrieben werden, wobei die Zuschüsse sukzessive auf etwa 10 Prozent des Kunstbudgets der städtischen Bühnen erhöht werden sollen.
- Nach dem Ende des Tanzhausprojektes in Mülheim und der bald anstehenden Aufgabe der Wachsfabrik benötigt die starke Kölner Tanzszene dringend neue Produktionsflächen, auch um wieder vermehrt Landesmittel zur Förderung des Tanzes nach Köln holen zu können.



### 4.4.3 Musikstadt Köln fördern

Köln ist eine der großen deutschen Musikstädte. Unsere Hochschule für Musik und Tanz gehört zu den weltweit führenden künstlerischen Ausbildungseinrichtungen und zählt zu den größten Musikhochschulen Europas. Die Philharmonie und auch die Anzahl erfolgreicher, in Köln heimischer Klangkörper verdeutlicht den Stellenwert der Musik in unserer Stadt. Jedoch steht Köln hier im harten Wettbewerb mit anderen Städten, sodass – neben der Bewahrung des Status quo – gezielt nach Möglichkeiten gesucht werden muss, mit denen Kölns Position noch verbessert werden kann.

#### **Philharmonie und das Gürzenich-Orchester**

Unsere Philharmonie und das Gürzenich-Orchester sind die Flaggschiffe der städtischen Musikkultur, deren Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verbessert werden konnten. Dennoch müssen die Spitzenpositionen, die beide in der Musiklandschaft einnehmen, weiter gestärkt werden.

- Auch das Land muss sich durch gezielte Förderung zu seinen Spitzenorchestern bekennen. Im Vergleich mit der großzügigen finanziellen Ausstattung der Staatsorchester anderer Bundesländern, stiehlt sich NRW bislang aus der Verantwortung.
- Der erfolgreiche Relaunch der Musiktriennale zum jährlichen 8-Brücken-Festival zeigt, wie Köln als authentischer Standort für Neue Musik auch mit verringerten städtischen Zuschüssen nachhaltig gestärkt werden kann. Damit auch weiterhin erfolgreich Sponsoren für das Festival gewonnen werden können, bedarf es hier eines klaren politischen Signals der Stadt, dieses einzigartige Festival auch künftig mitgestalten zu wollen.

#### **Die Kölner Musikszene**

Die Kölner Musikszene umfasst mehr als 200 professionelle Ensembles mit über 1000 Musikern und Komponisten. Neben Neuer Musik, Jazz und Pop hat sich in unserer Stadt in den letzten Jahren vor allem die Alte Musik als klarer Schwerpunkt mit sogar europaweiter Bedeutung herauskristallisiert, der mit der Gründung des Zentrums für Alte Musik nun endlich institutionalisiert werden konnte.

- Die Strahlkraft dieses Ehrenfelder „Leuchtturmprojektes“ könnte deutlich erhöht werden, wenn – mit städtischer Unterstützung – ein großes Festival für Alte Musik in Köln etabliert wird.

- Allen Sparten in der freien Musikszene ist die Not gleich, nicht über genügend Produktions- und vor allem Probenräume zu verfügen. Hier kann ein klares Konzept für mögliche Zwischennutzungen städtischer Immobilien Abhilfe schaffen und den Musikstandort Köln nachhaltig stärken.
- Angesichts kaum vorhandener Alternativen soll die Idee eines städtischen Kammermusiksaales, der bislang im Portfolio der Aufführungsstätten fehlt, weiter verfolgt werden.

#### **4.4.4 Köln als international bedeutende Museumsstadt weiter entwickeln**

##### **Kölns Museen für Kunst und Stadtgeschichte**

Köln ist nicht zuletzt wegen seiner weltweit bekannten Kunstmuseen und der in mehreren Häusern konzeptionell verteilt präsentierten 2000jährigen Stadtgeschichte ein Museumsstandort von internationaler Bedeutung, den es mit Bedacht weiterzuentwickeln gilt.

- Die Idee, dem Wallraf-Richartz-Museum/ Fondation Corboud in Form eines Eigenbetriebes mehr Selbständigkeit und weniger Bürokratie zu geben, ist bislang sehr erfolgreich umgesetzt worden. Für weitere Museen soll ein vergleichbarer Weg angestrebt werden.
- Die Optimierung von Querschnittsfunktionen, z. B. Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, übergreifende Verwaltungsstellen etc., birgt das Potential, den Museumsetat finanziell zu entlasten.
- Rund um Dom und Rathaus liegende Kultureinrichtungen sollen stärker miteinander vernetzt und vermarktet werden. Die dortigen Zeugnisse der Stadtgeschichte müssen allein wegen der Bedeutung der römischen und jüdischen Befunde im historischen wie topographischen Kontext gewürdigt und in Kooperation mit den verschiedenen bereits existierenden städtischen Kultureinrichtungen in situ ausgestellt werden.
- Die Attraktivität unserer Museen und damit auch deren Einnahmen hängen vom Angebot ab. Die vielen interessanten Sonderausstellungen in 2012 haben bei allen Museen für Besucherrekorde gesorgt. Ohne angemessenen Etat und Raum auch für größere Sonderausstellungen bliebe Köln deutlich hinter den Möglichkeiten, die dieser einzigartige Standort bietet, zurück.

## 4.4.5 Kulturmarketing setzt den Kunst- und Kulturort Köln in Szene

### Köln braucht ein Integriertes Stadtmarketing

Immer noch fehlt der Stadt ein integriertes Stadtmarketing, das nach innen und außen wirkend, Kultur als für die Stadt bedeutsamen Standortfaktor mit bewirbt. Andere Städte sind deutlich weiter, und so wirbt Frankfurt bei uns in Köln sehr erfolgreich für das Städel-Museum und Berlin für seine drei Opern, die ja nur eine Flugstunde entfernt Programm auf höchstem Niveau bieten. Ziel einer Kulturmetropole des Westens muss die weitere Profilierung des Standortes über nationales und internationales Marketing sein. Menschen in den Niederlanden, Belgien und Luxembourg können noch viel besser über unsere kulturellen Spitzenangebote informiert werden.

- Das Kulturmarketing in Köln soll nach dem Bremer Modell, wie es im Kulturentwicklungsplan formuliert worden ist, ausgebaut werden. Dabei sind unter Berücksichtigung der Möglichkeiten des allgemeinen Stadtmarketings gezielt die Chancen zu nutzen, die sich aus der überaus reichen städtischen und privaten Kulturlandschaft ergeben.

## 4.4.6 Exzellenzförderung und Avantgarde im Kunststandort

### Freiräume zu verschaffen und Potentiale erschließen

Einer Avantgarde in Köln Freiräume zu verschaffen und Potentiale zu erschließen, wäre die Hohekunst politischen Handels. Mit Weitblick kulturelle Strömungen zu interpretieren und sich zukünftig abzeichnende Schwerpunkte frühzeitig zu fördern, befähigt Kulturmetropolen im Zentrum bestimmter Genres oder gar kultureller Epochen zu stehen. Essentiell dafür ist das Schaffen von Freiräumen für die Kunst junger Künstlerinnen und Künstlern, sowie das Gewähren von Möglichkeiten auch jenseits eines unmittelbar nachweisbaren Return-of-invest. Vor allem vor dem Hintergrund des Hochschul-Clusters mit der Kunsthochschule für Medien und der Hochschule für Musik und Tanz, sowie den vielfältigen kunst- und kulturorientierten Angeboten der Kölner Universität oder der Fachhochschule, werden die Chancen für unsere Stadt deutlich.

- Die CDU Köln setzt sich – wenn möglich mit der Unterstützung von Bund und Land – dafür ein, in Köln kulturelle Spitzenleitungen insbesondere von Nachwuchskünstlerinnen und -künstlern zu fördern. Ziel dieser Exzellenzförderung ist die klare Positionierung als Kulturmetropole.

#### **4.4.7 Nutzen des verfügbaren Netzwerkes**

Köln hat mit mehr als zwei Dutzend Partnerstädten ein weltweites Geflecht interessanter und spannender Kulturorte unmittelbar im Zugriff vielfältigster städtischer Aktivitäten. Die zum Teil seit Jahrzehnten gut gepflegten Partnerschaften, als Beispiel für weltbekannte Kulturmetropolen seien nur Istanbul, Peking, Turin, Barcelona und Rio genannt, könnten noch weit besser als bisher dem Kulturschaffen und -treiben unserer Stadt dienlich gemacht werden.

- Städtische Aufgabe ist die Stärkung der interkulturellen Kulturarbeit und die Fokussierung unterschiedlichster Know-how-Träger in dem wieder zu besetzenden Referat der Kulturverwaltung.

#### **4.4.8 Räume schaffen**

Viele Kölner Stadtquartiere befinden sich bedingt durch Abwanderung von Industrie und Gewerbe im Umbruch und erlauben grundsätzlich sogenannte Zwischennutzungen, die mittlerweile in fast allen Großstädten eher der Normalfall der Stadtentwicklung sind als die Ausnahme. Leer stehende Areale, insbesondere Immobilien inmitten von Industriebrachen können oft der Kultur- und Kreativwirtschaft als preiswerte Probenräume oder Produktionsflächen zur Verfügung gestellt werden. Bedarf für solche Flächen gibt in nahezu allen Sparten der privaten Kunstszene. Dem erkannten Mangel muss noch professioneller begegnet werden.

- Die Stadt soll ein schlüssiges Konzept für den Umgang mit Zwischennutzung von leerstehenden Gebäuden erarbeiten. Ein anzustrebendes Kulturkataster ist um solche Freiflächen mit potentieller kultureller Zwischennutzung zu ergänzen.

#### **4.4.9 Baudenkmale und Kunst im öffentlichen Raum**

Kunst im öffentlichen Raum ist gerade für Köln von hervorragender Bedeutung, das Konzept des Stadtlabors als gemeinsame Initiative von Kulturdezernat und Kunstbeirat ist konsequent weiterzuentwickeln. Immer noch fehlt ein kuratorisches Konzept, fehlen vor allem ausreichende Finanzmittel für die Pflege und Instandhaltung des enormen Kunstbestandes auf Kölner Straßen und Plätzen. Auch gibt es noch keine abschließenden Strategien, wie in der Kölner Bevölkerung für dieses wichtige Anliegen geworben werden soll.

- Zur Sicherung der vorhandenen Kulturgüter muss ein umfangreiches Restaurierungs- und Erhaltungsprogramm aufgelegt werden. So muss z.B. das bisher aufgelegte Programm zu Kunst im öffentlichen Raum fortgeschrieben werden.
- Vorgänge wie beim Ma'alot-Denkmal an der Philharmonie, wo Verwaltungsstellen jahrelang über die Zuständigkeit gestritten haben, dürfen sich nicht wiederholen.
- Das Reiterdenkmal am Heumarkt ist fertig zu stellen.
- Die weitere Erschließung und Instandsetzung der preußischen Festungsbauwerke im Grüngürtel ist zu sichern. Dort können räumliche Nutzungsmöglichkeiten für Kreative, Vereine und Initiativen neu entwickelt werden.

#### **4.4.10 Fortführung der Kultur des Mäzenatentums und der Stiftungen**

Die Metropole Köln hat eine jahrhundertealte Tradition von Mäzenen und Stiftern, die uns großartige Kunstwerke hinterlassen haben. Diese Absicht wird auch zukünftig bestehen. Die CDU wird den regelmäßigen Gedankenaustausch mit diesen Bürgerinnen und Bürgern pflegen und zum Ausdruck bringen, dass deren Gaben in unserer Stadt höchst willkommen sind. Mögliche Mäzene müssen deshalb einen qualifizierten Ansprechpartner im Büro des Oberbürgermeisters haben, der unbürokratisch und höflich auf sie zugeht und zudem deutlich macht, dass die Stadt Köln ihnen zu großem Dank verpflichtet ist.

## **4.5 Sport**

Köln hat als Sportstadt eine lange Tradition. Dies belegen nicht nur die zahlreichen Landes- und Bundesstützpunkte, sondern auch die vielen Sportvereine des Breitensports bis hin zu den Kölner Spitzenvereinen wie dem 1. FC Köln und den Kölner Haien.

### **Sport im Verein**

Sport – Instrument für Freizeitvergnügen, Förderung des Erhalts der Gesundheit, der persönlichen, nationalen und internationalen Kommunikation, des Teamgeistes, der Integration, der Leistungssteigerung in Schule und Beruf – bildet eine wesentliche Säule im gesellschaftlichen Leben unserer Stadt. Zahlreiche Sportarten werden in Köln flächendeckend angeboten. Wir begrüßen diese breite Aufstellung. Mehrere hundert Vereine sind in Köln mit Aktivitäten am Boden, zu Wasser und in der Luft vertreten. Das differenzierte Sportangebot bietet Sportlern die Möglichkeit, ihren unter-

schiedlichen Begabungen und Interessen entsprechend, in einer für sie attraktiven Sportart aktiv zu werden.

Die Sportstätten gilt es zu erhalten und auszubauen. Dabei gilt es den Ausbau des organisierten Breitensports auch im Zusammenhang mit frei bespielbaren Sportflächen zu betrachten. Die Jahnwiese soll erhalten bleiben. Neben einer qualitativen und quantitativen Sanierung der bestehenden Sportstättenanlagen, sollen auch entsprechende Neubauten, insbesondere Sporthallen, den Standort Köln aufwerten.

### **Wir wollen bessere Strukturen für den Kölner Sport.**

Zurzeit agieren zu viele Institutionen im Bereich des Sports: Sportstadt Köln e. V., Stadtsportbund, Sportamt der Stadt Köln, Sportstätten GmbH, Bäder GmbH, Sportjugend usw. Um effektivere Entscheidungswege zu schaffen, ist z.B. eine Koordination durch das Sportamt denkbar.

Seitens der Verwaltung soll die Förderung und Koordination von sportlichen Großereignissen oberste Priorität haben, um unserer Stadt international noch besser zu vermarkten. Im Verhältnis zu anderen Städten besteht hier erheblicher Verbesserungsbedarf. Der von Fritz Schramma als Oberbürgermeister ins Leben gerufene Köln-Marathon mit mehr als 25.000 Teilnehmern ist ein Beispiel für die erfolgreiche Initiierung eines Sport-Großereignisses.

### **Sport in Schulen**

Um Kinder und Jugendliche bereits im frühen Alter für Sport zu begeistern, soll in besonderer Weise die Sportjugend gefördert werden – finanziell wie auch organisatorisch bei der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen. Gerade auf Grund des steigenden Bedarfs der Kommunen an zusätzlichen, geeigneten Sportangeboten im Rahmen der Offenen Ganztagschule, soll eine Verknüpfung der Ganztagsbetreuung mit dem Vereinssport erreicht werden. Engpässe gibt es immer noch bei der Bereitstellung ausreichender Möglichkeiten für den Schwimmunterricht. Wir wollen keine weiteren Schließungen von Bädern und einen Schwerpunkt auf die Durchsetzung des politischen Ziels der Schwimmbefähigung aller Schüler setzen.

Jedoch beklagen Schulverwaltung und Schulen über nicht hinreichend qualifiziert ausgebildete Sportpädagogen. Auch in den Berufskollegs ist vorgesehen, Auszubildenden im Rahmen einer mehr-jährigen Ausbildung während eines Jahres eine Stunde/Woche Sportunterricht erteilen. In der Praxis wird häufig auf Sportunterricht verzichtet. Hier sollen die Ausbildungsstätten und die Unternehmen sensibilisiert werden für die positiven Auswirkungen des Sportunterrichts auf eine effiziente Ausbildung– als Gesundheitsvorsorge, sinnvolle Freizeitgestaltung, Förderung des Teamgeistes.

Eine besondere Herausforderung wird es künftig sein, Inklusion auch im Sportunterricht umzusetzen. Hier fordern wir von der Landespolitik zügig ein schlüssiges Konzept ein. Grundlage könnten die Ideen der Deutschen Sporthochschule sein, die aktuell pädagogische Konzepte erarbeiten.

## **4.6 Umwelt**

Umweltschutz ist gerade für uns Christdemokraten eine Selbstverständlichkeit. Der Respekt vor der Schöpfung und deren Bewahrung ist für uns eine zentrale Aufgabe. Das gilt für alle Umweltmedien – für die Luft, für den Boden und für das Wasser. Um dieser gerecht zu werden, müssen vielfältige Belastungen von Luft, Boden und Wasser erkannt, und soweit wie möglich reduziert werden. Die CDU setzt dabei weniger auf Verbote der zugehörigen Aktivitäten, als auf den beschleunigten Einsatz intelligenter, energiesparender und emissionsvermeidender Technik.

### **4.6.1 Grünflächen und Grüngürtel**

#### **Plätze und Platzgestaltung**

Die Kölner Plätze haben nicht nur eine große stadtgestalterische, sondern auch ökologische Bedeutung als Freiflächen in der Großstadt.

Die Stadt muss durch zahlreiche Maßnahmen den öffentlichen Raum attraktiver und grüner gestalten.

Die Beete in der Stadt müssen attraktiv gestaltet werden. Das ist sowohl für das Stadtbild als auch für die Umwelt vorteilhaft.

#### **Grüngürtel**

Die Grüngürtel sind Kölns größte und wichtigste Freiflächen und müssen erhalten, gepflegt und geschützt werden. Die Freiflächen zwischen den radial von Köln zum Umland strebenden Straßen, entlang derer sich auch die Stadtentwicklung vollzog, müssen grün gehalten werden.

Die Kölner Grüngürtel sind die Frischluftversorgungsflächen für die Innenstadt. Besonders deutlich ist dies in Verbindung vom äußeren Grüngürtel, Stadtwald und den Wegen am Lindenthaler Kanal bis zum Aachener Weiher. Die CDU Köln lehnt eine Bebauung in den Kölner Grüngürteln ab.

Die „Kölner Grün-Stiftung“, gegründet um den teilweise desolaten Zustand des historischen Kölner Grünsystems entgegen zu wirken, muss seitens der Stadt aktive unterstützt und begleitet werden.

### **Bäume im städtischen Bereich**

Gesunde und vitale Bäume tragen ganz wesentlich zur Verbesserung der Kölner Lebensqualität bei. Die Pflege von bestehenden Bäumen ist mindestens so wichtig wie Neupflanzungen. Die Pflege von bestehenden Bäumen ist mindestens so wichtig, wie Neu- und Ersatzpflanzungen. Im Normalfall wird Baumpflege vorwiegend an Bäumen im Siedlungsraum zur Verbesserung der Verkehrssicherheit durchgeführt. Ziel muss es sein, den Bestand der Straßenbäume zu erhalten, und bei Neupflanzungen sowie bei der Pflege und Sanierung von Straßenbäumen hohe Qualitätsmaßstäbe anzulegen.

### **Grünpflege**

Die CDU begrüßt, dass es gelungen ist die Pflege der Grünanlagen durch Änderung der Organisation erheblich zu verbessern. Um bei der gegebenen Haushaltslage die Kosten zu begrenzen, sollte die Stadt Köln die neuen Organisationsmodellen der Unterhaltung und vor allem des Betriebs öffentlicher Infrastruktur für die Grünpflege prüfen und wo sinnvoll weiter ausbauen. Dabei bietet eine enge Zusammenarbeit der Abfallwirtschaftsbetriebe und des Grünflächenamts noch erhebliche Einsparmöglichkeiten.

Hier sollten stärker private Unternehmen mit der Grünpflege beauftragt werden, wobei eine effiziente Kontrolle der Leistungen durch die Stadtverwaltung erfolgen muss.

### **Friedhöfe**

Die CDU Köln will die besondere Struktur der Kölner Friedhöfe mit den vielen dezentralen Ortsfriedhöfen auch in Zukunft erhalten.

### **Bundsgartenschau**

Die CD Köln setzt sich dafür ein, die Bundsgartenschau wieder nach Köln zu holen.

### **Biodiversität**



Die CDU fordert die Stadt auf, ein hohes Maß an Verantwortung für die Artenvielfalt zu übernehmen, da die Stadt ein letztes Refugium für gefährdete Arten geworden ist. In der ausgeräumten Landschaft ohne Raine, Säume und Hecken haben viele Arten keinen Platz mehr. Bei Ausgleichsmaßnahmen sollten neben Baumpflanzungen auch Hecken und Büsche berücksichtigt werden.

## **4.6.2 Gewässer**

### **Rheinufer**

Die Anbindung der Stadt an den Rhein soll besser gestaltet und sichtbarer werden. Gerade die Realisierung des „Rheinboulevards“ als Projekt der Regionale 2010 ist dazu eine Chance. Auch in den übrigen, am Rhein liegenden Vororten muss der Zugang zum Rhein verbessert und attraktiver gestaltet werden. Dazu gehört insbesondere auch das Rheinufer in Porz-Mitte, welches bereits seit Jahren brach liegt und weiter verkommt. Die Stadt Köln muss endlich ihren Versprechungen nachkommen.

### **Auen und Bäche**

Im Kölner Stadtgebiet befinden sich entlang des Rheins noch einige naturnahe Bereiche, wie z. B. der Worringer Bruch, das Cranachwäldchen, der Weißer Bogen, die Poller Wiesen und die Zündorfer Groov. Diese auenähnlichen Gebiete sind von großer Bedeutung für das Stadtklima, für die Lebensqualität der Kölner Bürger – nämlich durch die Möglichkeit von Naturerlebnissen – und ferner auch als natürlicher Hochwasserschutz. Daher setzt sich die Kölner CDU für die Erhaltung dieser Gebiete ein bzw. für eine Weiterentwicklung im Sinne eines Biotopmanagements. Ebenso müssen die bestehenden naturnahen Bachläufe geschützt und erhalten werden.

### **Überflutungsschutz**

Durch den Klimawandel werden die Häufigkeit und die Intensität der Niederschläge vermutlich steigen. Dies führt zu häufigeren und höheren Hochwässern, worauf die Stadt vorbereitet sein muss. Mit der Erhöhung der Schutzanlagen am Rhein ist diesbezüglich schon viel erreicht worden

Der Schutz muss aber auch auf die kleinen Gewässer ausgedehnt werden, die von Osten und Westen z. B. aus dem Bergischen Land auf Köln zu fließen.

Das Kanalnetz soll die steigenden Niederschläge auch weiterhin für die Bürger schadlos aus den Siedlungsgebieten abführen. Dieses Netz muss deshalb für die steigenden Belastungen leistungsfähig genug sein, um Überflutungen und Gefährdungen der Gebäude zu verhindern. Gegebenenfalls muss das Netz entsprechend ausgebaut oder Wege für das Regenwasser aus den Baugebieten in Flutrinnen festgelegt und gesichert werden.

Eine wertvolle Maßnahme zur Verringerung der Niederschlagswassermenge ist die Entsiegelung von befestigten Fläche, durch die das Niederschlagswasser in den Untergrund versickern kann. An anderen Stellen sollte das Niederschlagswasser dort, wo es möglich ist, auf kurzen Weg einem Gewässer zugeführt werden. Hierzu können auch die Bäche im Stadtgebiet dienen.

### **4.6.3 Stadtklima**

#### **Begrünung von Gebäuden**

Die CDU Köln setzt sich dafür ein, dass auch Gebäude der Stadt oder der städtischen Gesellschaften mit Begrünungen zu einer naturnäheren Stadtbild und einem lebenswerteren Stadtklima beitragen. Fassadenbegrünungen können vor allem in engen Häuserschluchten der Innenstadt dabei helfen, schädliche Luftbestandteile, wie Stickoxide und Feinstäube zu binden und besonders bei längerer Trockenheit die Luft etwas zu reinigen. Außerdem kann die Sonneneinstrahlung und damit der Kühlungsbedarf verringert werden. Die Stadt soll durch Pilotprojekte und Beratungen helfen, u.a. Vorbehalte auszuräumen.

#### **Straßenverkehr**

Ein Beleg für eine relevante Verbesserung des Stadtklimas durch die Kölner Umweltzone bleibt trotz hohen Aufwands aus. Es fehlt an ausreichender spezifischer Kontrolle der Luftbelastung, u.a., weil diese Anfang des Jahrhunderts NRW-weit deutlich zurückgefahren wurde.

Wir streben daher vor allem eine bessere orts- und ursachenspezifische Kontrolle zur Verifizierung von Belastungen und zugehöriger Gegenmaßnahmen an. Dadurch soll die Effektivität und Notwendigkeit zugehörigen Aufwands und Einschränkungen entweder nachvollziehbarer vermittelt oder bei ungenügenden Resultaten die zugehörigen Maßnahmen notfalls beendet werden. Oberstes Ziel ist für uns menschliches Handeln und Fortbewegen so umweltfreundlich wie möglich zu machen und nur wo es nötig ist einzuschränken.

Die Stadt Köln kann die Mithilfe der Bürger nur erwarten, wenn sie selbst in allen umweltrelevanten Bereichen energie- und emissionsparende Technik einsetzt und ermöglicht (eigene Fahrzeuge, ÖPV).

### **Ampelschaltungen**

Um die Schadstoffbelastung durch den übrigen Straßenverkehr zu verringern, setzt sich die CDU Köln dafür ein, dass die Ampelschaltungen im Sinne einer verkehrsgesteuerten „grünen Welle“ weiterhin besser aufeinander abgestimmt werden. Hierdurch soll der Verkehr verstetigt werden, sodass unnötiges Bremsen und Beschleunigen verhindert, sowie Benzinverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert werden.

Auch soll geprüft werden, an welchen Standorten umweltsensitive Lichtanlagen zur Steuerung des Verkehrsflusses eingesetzt werden können.

### **Umweltfreundlichere Fahrzeuge**

Die CDU Köln setzt sich dafür ein, dass weitere Anstrengungen zur Minderung der Emissionen unternommen werden. Die Fahrzeuge müssen sauberer werden und dafür müssen alternative Treibstoffe, die bei der Verbrennung weniger Emissionen verursachen als Otto- oder Dieselmotoren, genutzt werden. Die CDU Köln setzt sich daher dafür ein, dass alle städtischen Fahrzeuge und die Fahrzeuge der städtischen Gesellschaften auf umweltfreundliche Technologien Gasantrieb so effektiv und kostengünstig wie möglich umgestellt werden.

## **4.6.4 Energie**

Städte sind als Ballungsräume zu einem großen Teil am nationalen Energieverbrauch und damit auch an den dazu verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen beteiligt. Insofern tragen gerade die Städte eine besondere Verantwortung für die Einsparung von Energie und Emissionen. Daneben führen die in Städten verdichteten Aktivitäten wie Verkehr, Städtebau, Heizung, Industrie und Gewerbe zu einer Erhöhung an weiteren gas- und staubförmigen Emissionen, wie Stickoxiden, Ruß oder mechanischen Abrieben und Aufwirbelungen. Reduzierungs- und Vermeidungspotentiale sehen wir in folgenden Bereichen.

Die CDU Köln unterstützt die von der Bundesregierung eingeleitete Energiewende und setzt sich für eine Versorgung unserer Stadt mit umweltgerechter, preiswerter und sicherer Energie ein. Sie wird die Kölner Kommunalpolitik und die Arbeit der Stadtverwaltung auf diese drei Schwerpunk-

te hin ausrichten und dafür Sorge tragen, dass die Stadtwerke als wichtige Träger der Versorgung ihre strategischen Ziele entsprechend ausrichten. Zudem sollen Bürger sowie die Kölner Unternehmenserschaft motiviert werden, sich an der Umsetzung der Energiewende im Rahmen ihrer Energieinvestitionen aktiv einzubringen.

### **Verbrauchseffizienz**

Die CDU fordert die Intensivierung der vorhandenen Beratungsangebote insbesondere bei der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden, beim Stromsparen bei Einsatz von Haushaltsgeräten sowie beim effizienten Einsatz von gewerblichen Maschinen. Die CDU Köln strebt u.a. zu diesem Zweck eine Bündelung der verschiedenen Beratungsangebote an.

Das Land bietet mit dem Programm ÖKOPROFIT den Gewerbebetrieben eine in anderen Städten erfolgreiche Hilfe hierzu an. Die Stadt muss die Voraussetzungen schaffen, dass auch die Kölner Betriebe von diesem Programm profitieren können.

### **Intelligente Stromnetze**

Während bislang Stromnetze mit zentraler Stromerzeugung dominieren, erfordert die Umsetzung der Energiewende den Einsatz dezentraler Erzeugungsanlagen und intelligenter Netze. Die Rheinenergie wird aufgefordert, bestehende Projekte voranzutreiben.

### **Vom Passiv- zum Aktivenergiehaus**

Ohne optimale Wärmedämmung ist Energiesparen heute nicht mehr denkbar, aber insbesondere mit Blick auf die Sanierung des Gebäudebestandes sind dringend neue Wege zu beschreiten (z. B. dezentrale Photovoltaikanlagen, Eischeizung, Solarthermie). Die CDU wird dafür Sorge tragen, dass die städtische Verwaltung in der energetischen Sanierung ihres Gebäudebestandes beispielhafte Projekte entwickelt.

### **Konventionelle Kraftwerkversorgung**

Unter der Voraussetzung einer ca. 80 prozentigen Versorgung mit regenerativen Energieerzeugern dienen strategisch konventionelle Energieerzeuger in der Regel dem Ausgleich der Spitzenlast und/oder der Lückenschließung regenerativer Energieträger.

- Die CDU Köln begrüßt den Bau des neuen Heizkraftwerks auf Erdgasbasis (Niehl 3) dessen Gas-/Dampfturbinenanlage eine Energienutzung von rd. 90 Prozent sichert. Das Köl-

ner Kraftwerk wird zudem in der Stromerzeugung eine Effizienz von annähernd 60 Prozent des eingesetzten Erdgases erreichen und kann innerhalb von ca. 60 Minuten vom Stillstand auf Vollast hochgefahren werden. Mit diesen Spitzenwerten wird schon jetzt eine wichtige Bedingung der Energiewende erreicht.

- Kohlekraft ist für lange Zeit wichtiger Bestandteil der nordrhein-westfälischen und damit der deutschen Energieversorgung. Die Versorgung Kölns beruht auch heute noch substantiell auf Kohlestrom. Die CDU erwartet von der Energiewirtschaft, sich aktiv an Maßnahmen zu beteiligen, die den Wirkungsgrad des NRW-Braunkohlekraftwerkparcs in Richtung 50 Prozent steigern und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoss deutlich reduzieren.

### **Stromautobahnen und Energiespeicher**

Die Erneuerung des Fernleitungsnetzes mit HGÜ (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) ist eine wichtige Aufgabe der Energiewende, da sie den Transportverlust von 3-9 Prozent auf 2-3 Prozent senken. Hiermit wird die standortgerechte Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gesichert. Die CDU sieht hier ihre lokale Verantwortung und wird notwendige HGÜ-Leitungsprojekte und die Vernetzung der kommunalen Energieträger mit dem nationalen Versorgungsnetz auf Kölner Stadtgebiet unterstützen.

Die CDU Köln erwartet zudem von der Rheinenergie eine aktive Beteiligung an der Erforschung und Produktion von Energiespeichern zur temporären „Lagerung“ von erneuerbaren Energien, die die Stromversorgung bei Nachfragespitzen und bei Produktionseinschränkungen regenerativer Energieträger sichert.

### **Fernwärmenutzung**

Die Nutzung von Fernwärme ist ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen. Durch Industrie, Müllverwertung und andere Anbieter gibt es in Köln ein bisher nicht ausgeschöpftes Potential an Fernwärmeenergie. Diese Energie darf nicht ungenutzt verloren gehen. Daher setzt sich die CDU Köln dafür ein:

- Öffentliche Gebäude sollen, soweit möglich, an das Fernwärmenetz angeschlossen werden.
- Neubaugebiete, die sich in der Nähe eines Produzenten von Fernwärme befinden sollen an dessen Netz angeschlossen werden.

## **4.6.5 Wasserver- und -entsorgung**

### **Wasserqualität**

Die Kölner CDU setzt sich für eine weitere Verbesserung der Wasserqualität des Rheins und des Grundwassers durch Verringerung der Einleitung von Schadstoffen ein. Dazu muss die Bevölkerung verstärkt über den umweltschonenden Umgang mit Wasser aufgeklärt werden. Mit Betrieben, die belastetes Abwasser produzieren, sollen Vereinbarungen über umweltgerechten Umgang mit dem Wasser und ihren Produktionsstätten getroffen werden.

In den Kläranlagen der Stadt wird das Abwasser der Stadt gereinigt. Die Schadstoffe gelangen zum geringsten Teil wie z. B. Stickstoff als flüchtige Gase in die Atmosphäre, die meisten werden im Klärschlamm aus dem Abwasser herausgeholt, die bei der Verbrennung zum Teil in die Luft oder bei der landwirtschaftlichen Verwertung in den Boden gelangen.

Die untere Wasserbehörde und die Stadtentwässerungsbetriebe werden aufgefordert, die Indirekteinleiter, die Schadstoffe in das Abwasser einleiten, bei der Entwicklung und Einsatz von schadstoffarmen Verfahren zu unterstützen und zu beraten.“

Um die erreichten Standards zu sichern, muss der Einfluss der Stadt und damit der Bürger auf die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auf Dauer gesichert werden. Nur so kann ein Ausgleich der Anforderungen und der Kosten und Gebühren erreicht werden. Die CDU lehnt deshalb die Privatisierung von kommunalen Betrieben, die der Daseinsvorsorge dienen, ab.

### **Öffentliche und private Kanalnetze**

Die öffentlichen und die privaten Kanalnetze dienen der sicheren Ableitung der in Gewerbe und Haushalten anfallenden Abwässer. Das Abwasser darf nicht durch eindringendes Grundwasser angereichert und verdünnt werden, da die Abwasseranlagen bei diesen große Abwassermengen überlastet wären. Auch darf kein Abwasser aus undichten Kanälen und Hausanschlüssen in das Grundwasser gelangen, da die Schadstoffe mit dem Grundwasser in die Trinkwasseraufbereitungsanlagen gelangen können.

Um die Kosten für die notwendigen Dichtheitsprüfungen für die Bürger zu begrenzen und möglichst schnell eine Verbesserung des Schutzes des Grundwassers zu erreichen, fordert die CDU Köln:

- Die Ausbildung und Unabhängigkeit der Sachkundigen muss verbessert werden, damit sichergestellt wird, dass der Bürger nur solche Sanierungsmaßnahmen durchführen muss,

die baurechtlich und wasserrechtlich am jeweiligen Standort notwendig sind. Überprüfungen der Abwasserleitungen durch Sachkundige und die Sanierung derselben dürfen nicht in einer Hand liegen, um missbräuchliche Überprüfungen ausschließen zu können.

- Die Hausanschlüsse gehen von der Grundstücksgrenze des Anschlussnehmers bis zum öffentlichen Kanal in das Eigentum der kommunalen Abwasserbeseitigungspflichtigen über wie es in anderen Gemeinden erfolgreich umgesetzt wurde.
- In Wasserschutzgebieten, in denen vorrangig die Dichtheitsprüfung vom Gesetzgeber für private Kanäle gefordert wird, sollen die gewerblichen Abwasserkanäle zuerst geprüft und gegebenenfalls saniert werden, wenn durch sie wassergefährdende Stoffe eingeleitet werden. Danach sind die Gebäude mit einer größeren Wohnungszahl und am Schluss die Ein- und Zweifamilienhäuser zu untersuchen.

Die CDU Köln begrüßt, dass die kostengünstigsten Lösungen eingesetzt werden sollen, die meist durch die gleichzeitige Prüfung und Sanierung der öffentlichen und privaten Kanäle erreicht werden.

## **4.6.6 Tiere**

### **Tierschutz**

Köln ist Lebensraum für zahlreiche Haus-, Nutz- und Wildtiere. Alle diese Tiere sind Mitgeschöpfe, die in der Stadt in Abhängigkeit von den Menschen leben. Aus Verantwortung für die Schöpfung haben wir eine moralische Verpflichtung, uns um das Wohlergehen dieser Tiere zu kümmern, auch wenn kein unmittelbarer Nutzen für den Menschen daraus folgt. Vorrangige Aufgabe der Kommune ist es, die Einhaltung der geltenden Tierschutzbestimmungen zu sichern.

Es ist zu empfehlen, Schüler mit dem Tierschutz vertraut zu machen. Das hat u. a. Einfluss auf

- die Ernährung
- den Umgang mit der Umwelt
- das Zusammenleben von Menschen und Tieren in Köln

Die CDU Köln setzt sich für den Tierschutz und für das Zusammenleben von Menschen und Tieren in der Großstadt Köln ein. Dazu ist auch eine verstärkte Aufklärung und Information nötig.

### **Stadttauben**

Zur Eindämmung der überhandnehmenden Stadtaubenpopulation müssen tierschutzadäquate Lösungen umgesetzt werden. Hierfür gibt es bereits funktionierende Modelle (kontrollierte Taubenschläge, in denen die Gelege ausgetauscht werden).

## **Hunde**

Hunde sind gerade für die Bürger der Stadt wichtige Begleiter, an denen sie viel Freude haben und die ihnen das Leben in der Stadt bereichern. Sie dürfen aber die Bürger nicht belästigen. Die CDU fordert deshalb, dass die Strafen für Hundebesitzer erhöht werden, wenn die Hunde die Stadt unreinigen und der Besitzer diese nicht entfernt.

- Die CDU fordert die Aufstellung von mehr Papierkörben und von Boxen, in denen Tüten zur Verfügung stehen, die die Hundebesitzer benutzen müssen.
- Die CDU fordert, dass mehr Personal zur Kontrolle, zumindest für einen gewissen Zeitraum, zur Verfügung steht.

Den Hundebesitzern sollen in den Parkanlagen Flächen zur Verfügung gestellt werden, wo sie ihre Hunde frei laufen lassen können. Hier müssen dann auch vermehrt Papierkörbe und Boxen mit Tüten zur Verfügung stehen. Die Flächen für frei laufende Hunde sollen abgetrennt sein von der übrigen Parkanlage, damit andere Parkbesucher sich nicht von den Hunden belästigt fühlen.

## **Wildtiere**

Städte werden auch zunehmend zum Lebensraum von Wildtieren (z.B. Vögel, Kaninchen). Auch ihr Lebensraum ist zu schützen. Eine Populationskontrolle sollte in Zusammenarbeit mit der Verwaltung artgerecht und nur von kompetenter Seite durchgeführt werden.

## **Wildparks**

Sowohl im rechtsrheinischen wie im linksrheinischen Köln gibt es schöne Wildparks, in denen die Kölner Bürger heimische Wildtiere in ihrer natürlichen Umgebung erleben können. Sie haben auch als geschützte Grünflächen eine wichtige Funktion. Durch die Zusammenarbeit mit dem Zoo ist eine artgerechte Pflege der Tiere gewährleistet, die CDU will diese Tierparks unterstützen und ihre Existenz sichern. Sie wird dazu die Zusammenarbeit mit dem Zoo noch weiter stärken.



## 4.7 Veedel

Die Kölner Veedel bilden das Herz des Zusammenlebens. Hier spielt sich ein Großteil des Zusammenlebens und der sozialen Kommunikation ab. Sie machen den besonderen Charme von Köln aus. Gerade deshalb bedarf es großer Anstrengungen die Veedel in ihrer Ursprünglichkeit zu erhalten.

Hierzu müssen einerseits eine behutsame Weiterentwicklung der Bebauung und eine Bewahrung des typischen Charakters in den Rahmenplänen erfolgen. Aber auch die sonstigen Faktoren müssen andererseits immer wieder vor gravierenden Verschlechterungen geschützt werden. Hierzu gehören unter anderem die Situation des lokalen Einzelhandels und die demografische Durchmischung des Quartiers.

Die Stadtplanung muss dies in ihren Überlegungen immer wieder berücksichtigen und auch immer offen für Anregungen der Bürger sein. Wer in einem Veedel seit langer Zeit lebt, der kennt am besten die Sorgen und Nöte.

Die CDU will die Veedel erhalten und stärken.

## **5 METROPOLREGION KÖLN, MOTOR IM HERZEN EUROPAS**

### **5.1 Die Metropolregion der Zukunft**

Mit seiner zentralen Lage im Westen Europas sowie Standortvorteilen in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Kultur und Wissenschaft ist die Großraum Köln die Zukunftsregion in Nordrhein-Westfalen. Durch eine abgestimmte Regionalplanung ist die Metropolregion zu stärken. Diese muss die Ballungsräume ebenso umfassen wie die Entwicklung des ländlichen Raums. Zudem werden wir die dringend erforderliche Weiterentwicklung der Region insbesondere durch eine familien- und kinderfreundliche Infrastruktur vorantreiben. Wir streben die Zusammenarbeit mit weiteren Städten und Gemeinden des Rheinlandes an, um eine leistungsstarke Metropolregion Köln zu schaffen, die sich im europäischen Wettbewerb behaupten kann.

### **5.2 Der Wirtschaftsstandort der Zukunft**

Die Metropolregion Köln ist einer der bedeutendsten Wirtschaftsstandorte Deutschlands, unter anderem für die Chemie-, Energie- und Automobilindustrie. Neben der Festigung der Industriestandorte durch abgestimmte Rahmenplanungen in der Region ist der Umstrukturierungsprozess zum Dienstleistungs-, Informations-, Medien-, Gesundheits- und Biotechnologiestandort von zukunftsweisender Bedeutung. Hierzu gehört auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand als Wachstumsmotor und Impulsgeber. Eine aktive Wirtschaftsförderung bündelt regionale Strukturen und vernetzt Initiativen in den Bereichen Arbeit, Unternehmen und Bildung, Wissenstransfer zwischen Forschung und Wirtschaft und europäische Förderpolitik. Diese anspruchsvolle Zukunftsperspektive erfordert künftig vermehrt abgestimmtes regionales Handeln aller Akteure. Der Wettbewerb in der Region darf nicht zu einem Standortnachteil für die gesamte Region werden. Gemeinsam und arbeitsteilig wollen wir die Potentiale der Region erfolgreich heben.

### **5.3 Verkehrskreuz des Westens**

Die Region verfügt über exzellente Anbindungen an die europäischen Verkehrsachsen auf Schiene und Straße, in der Luft und zu Wasser. Dies ist das Rückgrat einer erfolgreichen Metropolregion.

Die Anbindung an die europäischen Verkehrsnetze ist weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist es, die zugehörige Infrastruktur und das Verkehrsnetz innerhalb der Region zu optimieren. Als Grundlage hierzu ist ein abgestimmtes und verlässliches Gesamtkonzept zu erarbeiten, welches ÖPNV und Individualverkehr, Güter- und Personenverkehre, effektiv und nachhaltig miteinander vereinbart. Dabei sind die Vorteile an Mobilität und Erreichbarkeit mit den Belastungen für die vom Verkehrsgeschehen nachteilig betroffenen Menschen verantwortungsvoll miteinander abzuwägen.

## **5.4 Die Kulturmetropole**

Die Metropolregion Köln verfügt über ein wertvolles kulturelles Erbe und ist einer der bedeutendsten Kulturstandorte Deutschlands. Museen, Theater, Schauspiel, Oper, Musik, Kirchen und die freie Kulturszene haben ein vielfältiges, tief integriertes, an Menschen orientiertes Kulturleben entwickelt. Um Synergie-Effekte zu wecken und die Kultur über die Region hinaus zu vermarkten, ist die Kulturszene deutlich zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten. Wir streben ein Konzept zur Weiterentwicklung der hochklassigen Kulturmetropole an, das auf der Basis straffer ökonomischer Grundsätze die vorhandene attraktive Vielfalt erhält, die internationale Magnetwirkung verstärkt und zugleich den Bedürfnissen der Menschen in den Städten und den ländlichen Bereichen noch besser gerecht wird.

## **5.5 Der Wissenschaftsstandort**

Die Metropolregion Köln hat die größte zusammenhängende Hochschullandschaft Deutschlands. Die Metropolregion Rheinland bietet heute mit ihrer großen Dichte an Universitäten, Fachhochschulen und Instituten im Herzen des Rheinlandes ein herausragendes Potential von Bildungseinrichtungen und garantiert dadurch auch zukünftig eine hohe Anzahl an jungen, gut ausgebildeten Menschen zwischen 20 und 30 Jahren. Wir wollen, dass diese enorme geistige Leistungsfähigkeit zum Wohle der Menschen und der Wirtschaft in der Region genutzt wird, indem wir nicht nur die Kommunikation unter diesen Standorten erheblich verbessern, sondern gleichzeitig die Verbindung von Schule, Hochschule, Wirtschaft und staatlichem Handeln noch erfolgreicher nutzen.

## **5.6 Die grüne Region**

Die Metropolregion Köln hat große und hochwertige Grünflächen, wie die drei Naturparks der Region (Naturpark Rheinland, Naturpark Siebengebirge, Naturpark Bergisches Land), die sowohl erstklassige Naherholungsgebiete als auch wichtige „weiche“ Standortfaktoren sind. Die raumwirksamen Projekte der Regionale 2010 knüpfen an dieses Potential an und werden nach ihrer Umsetzung die Lebensqualität in der Region noch einmal spürbar erhöhen. Wir werden den Flächenverbrauch durch ein Gesamtkonzept zur zukünftigen Flächennutzung auf das Notwendige reduzieren, indem die Region ihren Bedarf an Flächen für Wohnbau, Gewerbe, großflächigen Einzelhandel und Erholung einvernehmlich mit den Anforderungen des Landschafts- und Naturschutzes abstimmt. Diese Abstimmung muss einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklungsperspektive im ländlichen Raum Rechnung tragen. Mit gleicher Wirksamkeit werden Erholungsflächen frei gehalten und landschaftstypische Tiere und Pflanzen geschützt, um ein verantwortliches Miteinander von Mensch und Natur in der Region mit dem Ziel einer hohen Lebensqualität zu garantieren.

## **5.7 Die Freizeit- und Sportregion**

Die Metropolregion Köln ist geprägt durch seine vielfältigen Freizeit- und Sportangebote. Diese großartigen Möglichkeiten zu sportlichen Aktivitäten in unserer Region sind ein hervorragender Standortfaktor. Wir wollen uns verstärkt gemeinsam um die Ausrichtung von Sport-Großereignissen bewerben, den hohen Freizeitwert der Region erhalten und die Attraktivität der Metropolregion Köln stetig fortentwickeln. Damit wird auch ein solides Wachstum des für die Region bedeutenden Wirtschaftszweigs „Tourismus“ konsequent angestrebt.